



## Demokratie macht Schule

**SCHULE**  
Eine Referendarin  
wirft hin

**RECHT & TARIF**  
Wählt euren  
Betriebsrat

**GEWERKSCHAFT**  
Feministisches  
Dossier



## Lernen lernen

von Aron Tremmel und Carla Siepmann

**D**er Chip unter meiner Haut sendet das Zeichen, dass die Pause endet. Ich hacke mich mit meinem Tablet ins System, um mir 15 weitere Minuten zu ergaunern. »Der Trick klappt immer«, sage ich zu mir selbst »diese Androiden sind viel zu leicht zu manipulieren«. Ein Overheadprojektor schwebt auf einem per Satellit gesteuerten Hoverboard an mir vorbei. »Sachen gibt es«, denke ich und schüttele den Kopf: »Das Board ist doch aus der letzten Saison«. Ich blicke auf den vorbeifliegenden Uhdroiden, 13 Minuten noch. Ich laufe in den nächsten Beamerraum und teleportiere

mich zwei Stockwerke aufwärts zum nächsten Unterricht. Während das Gerät lädt, sage ich »beam mich hoch, Scotty!«, weil mein demenzkranker Großvater das immer ruft, wenn er wieder halluziniert. Im Classspace angelangt, steht der Mathedroide bereits am Overheadprojektor von vorhin. Er dreht sich in abgehackten Bewegungen zu mir: »Zwei. Minuten. Und. 43. Sekunden. Zu. Spät.«. »Verdammt«, denke ich, »haben die doch wirklich den Code geändert... früher war das mit Hacken einfacher...«. Genervt entschuldige ich mich und nehme auf dem zu mir schwebenden Sessel Platz. Nach Mathe haben wir Geographie. Wir lernen über ein Land, das vor über drei Jahrzehnten untergegangen sein soll. Die Niederlande oder so. Ob davon

wohl der Film »Atlantis« inspiriert ist? Der Geographiedroide spricht mit robotischer Stimme. Er steht vor der Klasse Level Zehn und spricht weiter über den sogenannten »Klimawandel«, der angeblich der Grund dafür sei, weshalb wir unsere Städte nun auf Orbitalstationen errichten. Ich frage mich, warum die uns den Lehrstoff nicht einfach auf die Chips laden. Der Droide scheint meinen Gedanken gehört zu haben: »Damit. Ihr. Faulen. Kinder. Lernt. Zu. Lernen.« Welch wahres Wort, denke ich, und schließe seiner monotonen Stimme lauschend die Augen. ■

Aron Tremmel und Carla Siepmann sind Schüler\*innen am Carl-von-Ossietzky-Gymnasium.

# Take Care

**Die Priorisierung von Sorgearbeit und der Schutz von Gefährdeten sind der Ellenbogenmentalität entgegenzusetzen. Ein Kommentar anlässlich des 8. März**



*Kirsten Achteik, Sozialwissenschaftlerin, freie Journalistin und Autorin*

**D**ie Ampelkoalition hat ein gleichstellungspolitisches Jahrzehnt versprochen: Bis 2030 soll die Gleichstellung von Frauen und Männern erreicht sein. Theoretisch ist das sicher möglich, sehr wünschenswert, und der Koalitionsvertrag bietet dafür eine ganz gute Grundlage. Allerdings kann kritisiert werden, dass schon hier die konkreten sozialpolitischen Maßnahmen fehlen, denn gleiche Rechte helfen wenig ohne die realen Möglichkeiten, diese auch wahrzunehmen. Die gleichberechtigte Teilhabe von Frauen und allen Menschen, die marginalisiert sind, hat sich durch die Corona-Pandemie jedenfalls erstmal deutlich verschlechtert. Die neue Koalition hat bereits erste Chancen verpasst, dies anzuerkennen und für Abhilfe zu sorgen. Vor allem Personen, die sich um Kinder kümmern, werden mit ihren Sorgen, zusätzlichen Aufgaben und Kosten nahezu vollständig alleine gelassen. Bund und Länder haben in unterschiedlichem Maße versagt, und gezeigt, dass sie die Belastung der Kinder, Jugendlichen und Eltern nicht ernst nehmen. Die Pädagog\*innen in Kitas und Schulen müssen Regeln durchsetzen und vermitteln, die Kinder und Jugendliche belasten und zur Verhinderung von Ansteckungen unzureichend sind. Diese Berufsgruppe schultert einen großen Teil der verfehlten Politik. Dass anscheinend eine Durchsuchung von Kindern und Jugendlichen einkalkuliert wird, bringt vor allem Menschen mit Kindern mit einer Vorerkrankung oder Behinderung in eine verzweifelte Lage.

Die Ampel hat den Schwerpunkt darauf gelegt, das Land am Laufen zu halten, Produktion und Konsumption zu schützen ... statt die Verwundbarsten.

Die neue Bundesregierung macht bisher leider nur wenig Anstalten, auf die vielfältigen Probleme politisch zu antworten und die zusätzlichen Anstrengungen zu kompensieren – Schattenfamilien mit Risikokindern sind schließlich nicht die Lufthansa. Zwar sollen die Kinderkrankentage pro Kind und Elternteil auf 15 Tage und für Alleinerziehende auf 30 Tage erhöht werden, das ist allerdings in einer Pandemie auch nicht viel. Gab es in der ersten Impfwelle noch eine Priorisierung für ältere Menschen und Angehörige von Risikogruppen, war für die Boosterimpfungen Eigeninitiative gefragt. Gerade Heimwohnende blieben da auf der Strecke und waren häufig ungeimpftem Pflegepersonal ausgeliefert. Aber auch bei der rechtssicheren Empfehlung für die Impfung von Kindern war Deutschland spät dran. Die häufige Änderung der Regeln und die sehr unterschiedliche Durchsetzung erforderte einen hohen Grad an Informiertheit. Eigeninitiative ist also der Begriff, der sinnvoll erscheinendes und lohnendes Verhalten in der Pandemie zusammenfasst. Das fördert allerdings eine Ellenbogenmentalität, die das gesellschaftliche Klima vergiftet. Gegenseitige Verantwortungsübernahme, die Priorisierung von Sorgearbeit statt Produktion und business as usual, der solidarische und wirksame Schutz von Gefährdeten wären dagegen zu setzen. »Take care together« sollte daher das Motto des diesjährigen feministischen Kampftages am 8. März sein, um zu zeigen, dass sich Feminist\*innen solidarisch und intersektional dieser Krise entgegenstemmen statt sich gegeneinander ausspielen zu lassen.

**W**ie weit wir am Ende dieses Jahrzehnts in Sachen Gleichberechtigung und Emanzipation sein werden, kann man jetzt noch nicht wissen. Wir können allerdings schon sicher sagen, dass es mehr gaps zu schließen gibt als nur den gender pay gap. ■



**31 SCHULE** Eine Referendarin berichtet eindringlich, wie wenig Unterstützung sie an ihrer Schule erhalten hat. Schon der Mangel an Informationen und die unsensible Gestaltung pädagogischer Prozesse lassen einen fassungslos zurück.



### **36 RECHT & TARIF**

Alle vier Jahre finden Betriebsratswahlen statt, so auch in 2022. Warum die Arbeit als Betriebsrät\*in eine spannende Aufgabe ist, die auch Anfänger\*innen bewältigen können, erklärt Jeannine Schätzle. In einem weiteren Text weist Sabine Herzig darauf hin, dass auch in etablierten Betriebsräten kontinuierliches Engagement wichtig ist, um deren Erhalt zu sichern.

### **41 GEWERKSCHAFT**

Zum dritten Mal begeht Berlin in diesem Jahr den 8. März als arbeitsfreien Feiertag. In unserem Dossier anlässlich des Internationalen Frauen\*kampftags wirft Carola von Braun einen Blick zurück auf die Entstehung des Landesgleichstellungsgesetzes, dem im Mai ein Fachtag gewidmet ist. Elke Gabriel und Friederike Peiser beschäftigen sich mit dem Thema Jobsharing.



## | INHALT

Kolumne | Standpunkt | kurz & bündig |  
Impressum | Leser\*innenforum \_\_\_\_\_ 2-7 | 50



**8 TITEL** Die Schule sollte der Ort sein, an dem Demokratie schon früh eingeübt wird. Wie sehr dieser Anspruch gelebt wird, hängt aber immer vom Engagement der Lehrkräfte, Schüler\*innen und Eltern vor Ort ab. In unserem Themen-Schwerpunkt wollen wir zeigen, warum Mitbestimmung in der Schule wichtig ist, und wie sie am besten umgesetzt werden kann.



---

<b>DEMOKRATIE MACHT SCHULE</b>	8
Mehr echte Mitbestimmung <i>Sabine Achour / Anja Höppner / Annemarie Jordan</i>	8
Demokratiepädagogik an der FU studieren <i>Gernot Goldenbaum</i>	12
Mehr Raum für Klassenräte <i>Ulrike Kahn / Sabine Huffmann</i>	14
Demokratie in der Primarstufe <i>Christoph Schieb</i>	15
Berliner Programm für Politische Bildung <i>Bettina Dettendorfer</i>	17
Interview: Wettbewerb »Demokratisch Handeln« <i>Janina Bähre</i>	18
Aktiv für Kinder- und Jugendbeteiligung <i>Pia Yvonne Schäfer</i>	20

---

<b>KINDER-, JUGENDHILFE &amp; SOZIALARBEIT</b>	
Von »Sprachdefiziten« und anderen Mythen <i>Bedia Akbaş / Ayça Polat</i>	22
Vertrauen schützen <i>Fabian Schmidt</i>	23
Interview: Beziehungsarbeit und Vertrauen <i>Jeannine Schätzle</i>	24
Was macht Soziale Arbeit in der Kita <i>Gabi Kelch</i>	26

---

<b>SENIORITA</b>	
Interview: GEW hält jung! <i>Markus Hanisch</i>	27
Bergwandern und Kultur <i>Brigitte Dillinger</i>	29

---

<b>SCHULE</b>	
Albtraum Referendariat <i>Ulrike U.</i>	31
Mehr Pluralismus unter Lehrkräften zulassen <i>Michaela Ghazi</i>	32
Ohne Konzept für den Übergang von Schule zu Beruf <i>Manfred Triebe</i>	34

---

<b>RECHT &amp; TARIF</b>	
Die Wahlen zum Betriebsrat sind eine Chance <i>Jeannine Schätzle</i>	36
Betriebsratsarbeit läuft nicht von allein <i>Sabine Herzig</i>	37

---

<b>GEWERKSCHAFT</b>	
Interview: Jobsharing in der Schulleitung <i>Elke Gabriel / Friederike Peiser</i>	38
Fachtag »Zeit zu leben – Zeit zu arbeiten« <i>Martina Regulin / Tine Maier</i>	40
Feminismus geht nur zusammen <i>Carola von Braun</i>	41
Corona-Blog <i>Markus Hanisch / Joshua Schultheis</i>	43
<i>Kleinere Klassen für weniger Belastung</i> <i>Anne Albers</i>	44
<i>Wahlausschreiben</i> <i>Leitungsteam der Senior*innen</i>	45

---

<b>TENDENZEN</b>	
Kritik am Konzept »konfrontative Religionsbekundung« <i>Juliane Karakayali / Meltem Kulaçatan</i>	46
Interview: Pippi, Jim und all die anderen Struwwelpeter <i>Laura Pinnig</i>	48

---

<b>SERVICE</b>	
Ausstellung   Bücher   Materialien   Aktivitäten	52



Am 30. November 2021 begrüßte die GEW BERLIN eine Delegation von Lehrkräften der ukrainischen Gewerkschaft für Bildung und Wissenschaft »PON« in der Ahornstraße. Neben ihrer deutschen Schwestergewerkschaft besuchte die Delegation auch das Auswärtige Amt sowie das Abgeordnetenhaus.

FOTO: GEW

### ■ Hohe Hürden für ausländische Lehrkräfte

Eine Studie der GEW zeigt, dass nur jede zehnte ausländische Lehrkraft, die sich in Berlin um eine Lehrerlaubnis bemüht, diese auch erhält. Einen solchen Antrag haben in der Hauptstadt zwischen 2014 und 2019 insgesamt 2.498 ausländische Lehrkräfte gestellt, von denen 143 sofort stattgegeben und 94 unmittelbar abgelehnt wurden. Für weitere 1.662 Anträge wurden Ausgleichsmaßnahmen festgelegt: für eine Anerkennung hätten Weiterbildungen absolviert werden müssen – das taten aber nur 171 Antragsteller\*innen. Ein Hauptgrund dafür dürfte sein, dass die Nachqualifizierung vermeintlicher Defizite in der Ausbildung in der Regel sehr zeitintensiv und damit für die meisten finanziell nicht leistbar ist. Die GEW sieht darin eine große Verschwendung von Potenzial und Chancen, ganz besonders in Zeiten des Lehrkräftemangels.

### ■ Viele Erstklässler\*innen ohne Untersuchung

Für Schulanfänger\*innen ist eine ärztliche Untersuchung vor der Einschulung eigentlich verpflichtend. Dabei soll festgestellt werden, ob das Kind gesund sowie schulreif ist und ob eventuell ein besonderer Förderbedarf vorliegt. Im letzten Jahr haben aber viele Erstklässler\*innen diese Untersuchung nicht erhalten. Im Sommer 2021 mussten circa

6.600 von 35.660 Kindern darauf verzichten. Das sind fast 20 Prozent aller Schulanfänger\*innen. Der Grund: Die Gesundheitsämter und die Amtsärzt\*innen sind mit der Bekämpfung der Corona-Pandemie so sehr beschäftigt, dass für viele Routineuntersuchungen in Kitas und Schulen keine Kapazitäten vorhanden seien.

### ■ 500 Millionen für Berliner Kitas

Für die Berliner Kitas wurde ein neuer Rahmenvertrag verhandelt. Das Land Berlin einigte sich mit Vertreter\*innen der Kita-Vereinigungen auf einen finanziellen Zuwachs von 500 Millionen Euro, verteilt auf vier Jahre. Insbesondere die Sachkostenpauschale, unter die auch Miet- und Betriebskosten fallen, wurde erhöht. Das Budget für die etwa 2.800 Berliner Kitas beträgt nun bis 2025 jährlich etwa 2,5 Milliarden Euro.

### ■ Berlin hat eine neue Bildungsministerin

Astrid-Sabine Busse (SPD) ist die Bildungsministerin der neuen Berliner Landesregierung. Sie übernimmt das notorisch schwierige und unbeliebte Amt von Sandra Scheeres. Bis zu ihrer Ernennung war Busse die Schulleiterin der Schule in der Köllnischen Heide. Von dort kam erst im Dezember 2021 ein Brandbrief der GEW-Betriebsgruppe, in dem hohe Arbeitsbelastung und mangelnder Gesundheitsschutz während der Pandemie beklagt wurden. Als wich-

tigstes Ziel in ihrem neuen Job gab Busse die Wiedereinführung der Verbeamtung von Lehrkräften an.

### ■ Berlin erhält Vorsitz der Jugend- und Familienministerkonferenz

Gerade neu im Amt, übernimmt die Bildungsministerin Astrid-Sabine Busse turnusgemäß den Vorsitz der Jugend- und Familienministerkonferenz 2022. Die Jugend- und Familienministerkonferenz (JFMK) ist das Fachgremium der für die Kinder-, Jugend- und Familienpolitik zuständigen Minister\*innen und Senator\*innen der Länder. Sie berät und beschließt über wichtige sowie grundsätzliche Angelegenheiten in diesen Bereichen. Die GEW BERLIN hat zu den bevorstehenden Aufgaben in den Jugendämtern, den Kindertagesstätten und der Schulsozialarbeit klare Forderungen formuliert. Hierzu werden wir mit Senatorin Busse in den Austausch treten.

### ■ Mehr Lehrkräfte für Mathematik

Die Kultusminister\*innenkonferenz (KMK) hat ein Programm zur Förderung der Aus- und Weiterbildung von Mathematiklehrkräften beschlossen. Das Programm mit dem Namen »QuaMath – Unterrichts- und Fortbildungs-Qualität in Mathematik entwickeln« ist auf zehn Jahre ausgelegt und wird vom Deutschen Zentrum für Lehrerbildung Mathematik (DZLM) in Kiel entwickelt. An das DZLM gehen insgesamt über 20 Millionen Euro für das Projekt. Hintergrund der Initiative der KMK ist auch das schlechte Abschneiden deutscher Schüler\*innen im Fach Mathematik. Nur die Hälfte von ihnen erreicht die Regelstandards der Kultusministerien.

### ■ Bundesverdienstkreuz geht an Derviş Hızarcı

Für sein »Engagement in der Einwanderungsgesellschaft« wurde dem Berliner Pädagogen Derviş Hızarcı das Bundesverdienstkreuz verliehen. Hızarcı, Jahrgang 1983, hat in Berlin und Magdeburg sein Lehramtstudium und an einer Hauptschule in Lichtenberg sein Referendariat absolviert. In verschiedenen Funktionen hat er sich gegen Antisemitismus eingesetzt. Seit 2015 ist er Vorsitzender der Kreuzberger Initiative gegen Antisemitismus (KIgA) und zwischen August 2019 und September 2020 war er der Antidiskriminierungsbeauftragte der Berliner Se-

natsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie. Die Auszeichnung wurde Hızarcı von Bundespräsident Franz-Walter Steinmeier am 3. Dezember 2021 im Schloss Bellevue überreicht.

### ■ TU Berlin hat neue Präsidentin

An der Technischen Universität (TU) Berlin wurde Geraldine Rauch zur neuen Präsidentin gewählt. Im Erweiterten Akademischen Senat erhielt die 40-Jährige im ersten Wahlgang 31 der 61 Stimmen. Damit setzte sie sich gegen Christian Thomsen durch, der das Amt des Präsidenten der TU acht Jahre lang innehatte und auf den 21 Stimmen entfielen. Thomsen war zunehmend für die durch Personalmangel überlastete, TU-interne Verwaltung in die Kritik geraten. Ebenfalls unterlegen war die Physikerin Ulrike Woggon, die sieben Stimmen erhielt. Aktuell ist Geraldine Rauch Professorin für Biometrie und Prodekanin an der Charité. In ihrem neuen Amt ist Rauch die erste Frau in der Geschichte der TU.

### ■ Studierende leiden unter viertem Corona-Semester

Der »freie Zusammenschluss von student\*innenschaften« (fzs), der Dachverband der deutschen Studierendenvertretungen, hat 7.500 Studierende von 181 Hochschulen nach den Auswirkungen der Coronapandemie auf ihr Studium und Wohlbefinden befragt. Auf die Frage, wie sie sich fühlten, wenn sie an das laufende Semester dächten, sagten knapp die Hälfte der Befragten »schlecht« oder »sehr schlecht«. 73 Prozent gaben an, unter Konzentrationsstörungen zu leiden, unter Niedergeschlagenheit litten 62, unter Rückenschmerzen 59 und unter Schlafstörungen 41 Prozent. 28 Prozent der Befragten gaben an, aktuell keinerlei Präsenzveranstaltung mehr zu besuchen. Mehr als die Hälfte gab zudem an, dass die Qualität der Onlinelehre nicht zufriedenstellend sei. Der fzs fordert angesichts der Umfrageergebnisse mehr Beratungsangebote für Studierende sowie eine erneute Verlängerung der Regelstudienzeit.

### ■ Jugendliche glauben nicht an Bildungsgerechtigkeit

Laut einer Forsa-Umfrage unter 1.000 14- bis 21-Jährigen sagten 59 Prozent, dass sie nicht glauben, dass alle Kinder unab-

hängig von ihrem familiären und ökonomischen Hintergrund dieselben Chancen auf eine gute Bildung in Deutschland haben. Seit die Befragung das erste Mal im Jahr 2015 durchgeführt wurde, ist das der schlechteste Wert, der gemessen wurde. 92 Prozent der Befragten sagen, dass die Qualität der Schule entscheidend für den Bildungserfolg ist, und 90 Prozent glauben, dass die finanziellen Möglichkeiten der Eltern dabei eine wichtige Rolle spielen. Von der Bildung der Eltern sagen das 67 Prozent, vom kulturellen Hintergrund noch 51 Prozent. 86 Prozent denken, dass die eigene Motivation ebenfalls eine wichtige Rolle spielt.

### ■ Seit 15 Monaten keine Antidiskriminierungsbeauftragte

Seitdem der letzte Antidiskriminierungsbeauftragte der Berliner Schulen im September 2020 von seinem Amt zurücktrat, ist die Stelle unbesetzt – seit nunmehr 15 Monaten. Blockiert wird die Vergabe durch ein arbeitsrechtliches Verfahren. Ein Bewerber klagt gegen seine Ablehnung. Die Stelle der Antidiskriminierungsbeauftragten wurde 2017 von der damaligen Bildungs-senatorin Sandra Scheeres geschaffen. Die ersten beiden Beauftragten, Saraya Gomis und Derviş Hızarcı, sind jeweils nach relativ kurzer Zeit wieder zurückgetreten. Beide beklagten fehlende Unterstützung und wenig Handlungsspielraum im Amt.

### ■ Neue Vorsitzende beim DGB Berlin-Brandenburg

Der Bezirksverband Berlin-Brandenburg des Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB) hat ein neues Führungsduo gewählt. Auf der teils in Präsenz, teils digital abgehaltenen Bezirkskonferenz wählten die 98 Delegierten der verschiedenen Mitglieds-gewerkschaften Katja Karger (verdi) mit 94,7 Prozent der Stimmen zur Ersten Vorsitzenden. Karger war bis dahin Vorsitzende der DGB Hamburg. Sie löst damit Christian Hoßbach (IG Metall) ab, der die DGB Berlin-Brandenburg seit 2018 geführt hatte und nun nicht wieder zur Wahl antrat. Zweite Vorsitzende wurde Nele Techen, auf die 97,8 Prozent der Stimmen entfielen. Techen war zuvor in der Bezirksleitung der IG Metall Berlin-Brandenburg-Sachsen tätig. Die Vorsitzenden der GEW BERLIN, Martina Regulin und Tom Erdmann, wünschten den beiden Alles Gute für ihre neue Aufgabe. ■

## I ÜBRIGENS

**G**anz im Zeichen des Mitmischens steht diese Ausgabe der *bbz*. Im Schwerpunkt geht es um Partizipation von Kindern und Jugendlichen in der Schule. Auch die anstehenden Betriebsratswahlen sind ein wichtiges Element der Mitsprache am Arbeitsplatz. Anlässlich des Frauentages am 8. März gibt es außerdem gleich mehrere Beiträge zu feministischen Themen.

**E**inmal mehr zeigt sich dabei, dass die Gleichberechtigung von Frauen allen anderen Menschen auch zu Gute kommt, wird sie erst einmal zugelassen.

**W**ie etwa, wenn das Jobsharing durchgesetzt werden könnte. Trotz aller Fortschritte mahlen allerdings bekanntlich die Mühlen auch in dieser Hinsicht äußerst langsam. Dranbleiben heißt die Devise! NW

### VON MITGLIEDERN FÜR MITGLIEDER

Die *bbz* veröffentlicht Beiträge zu vielfältigen Themen, von jedem GEW-Mitglied. Schreibt an [bbz@gew-berlin.de](mailto:bbz@gew-berlin.de) und bringt euch ein!

#### REDAKTIONSSCHLUSS

**Mai/Juni 2022: 14. März**

Die Inhalte in der *bbz* geben die Meinungen der Autor\*innen wieder, nicht die der Redaktion. Erst recht sind sie nicht als verbandsoffizielle Mitteilungen der GEW BERLIN zu verstehen. Die *bbz* sieht es als ihre Aufgabe, nicht nur Verkündungsorgan der offiziellen Beschlusslage zu sein, sondern darüber hinaus auch Raum für kontroverse Positionen zu geben, Diskussionen zu ermöglichen und so zur Meinungsbildung in der GEW beizutragen.

## I IMPRESSUM

Die *bbz* ist die **Mitgliederzeitschrift der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft**, Landesverband Berlin, Ahornstr. 5, 10787 Berlin und erscheint zweimonatlich (6 Ausgaben). Für Mitglieder ist der Bezugspreis im Mitgliedsbeitrag enthalten. Für Nichtmitglieder beträgt der Bezugspreis jährlich 18 Euro (inkl. Versand).  
**Redaktion:** Nadine Wintersieg (verantwortlich), Markus Hanisch (geschäftsführend), Janina Bähre, Josef Hofman, Antje Jessa, Caroline Muñoz del Rio, Jeannine Schätzle, Ralf Schiweck, Joshua Schultheis, Bertolt Prächt (Fotos), Doreen Stabenau (Sekretariat).  
**Redaktionsanschrift:** Ahornstraße 5, 10787 Berlin, Tel. 21 99 93-46, Fax -49, E-Mail [bbz@gew-berlin.de](mailto:bbz@gew-berlin.de)  
**Verlag:** GEWIVA GmbH, erreichbar wie Redaktion.  
**Anzeigen:** bleifrei Medien + Kommunikation, [info@bleifrei-berlin.de](mailto:info@bleifrei-berlin.de), Tel. 030/613936-30. Es gilt die Preisliste Nr. 16 vom 1.10.2021  
**Satz, Layout und Konzept:** bleifrei Texte + Grafik / Brauweiler, Miller  
**Druck:** Bloch & Co, Grenzgrabenstr. 4, 13053 Berlin  
Gedruckt auf 100 % Recyclingpapier mit dem Blauen Engel

ISSN 0944-3207 / 75. (90.) Jahrgang

3-4 / 2022: 31.300



Die Schüler\*innen der  
Grundschule Bad Münde  
bestimmen mit.  
Die Fotos zum Schwerpunkt  
wurden von den Kindern  
selbst gemacht.  
Rechts: Die Kinder der  
Miteinander-Podcast-  
Redaktion



# Mehr echte Mitbestimmung

**Eine Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung kommt zu dem Schluss,  
dass Demokratiebildung in Berlin je nach Schulform ungleich verteilt ist**

*von Sabine Achour, Anja Höppner und Annemarie Jordan*

» Die Koalition wird für alle Schüler\*innen konkrete Möglichkeiten der Beteiligung am schulischen Alltag und der Schulorganisation ausbauen sowie zur Teilnahme ermutigen«, so der (einzige) Satz der neuen Berliner Landesregierung im Koalitionsvertrag zur Demokratiebildung an Schulen. Wenn Schule tatsächlich demokratischer werden soll, bedarf es einer Konkretisierung und Operationalisierung dieses Satzes. Neben dem (Menschen-)Recht auf Teilhabe fokussiert Demokratiebildung ebenso die Förderung von Demokratiefähigkeit. Das heißt im Sinne des Berliner Schulgesetzes, junge Menschen politisch urteils- und handlungsfähig zu machen, ganz besonders auch gegen Menschenfeindlichkeit, Rassismus,

Demokratiefeindlichkeit, Geschichtsrevisionismus und Verschwörungsglauben. Eingefordert werden müssen vor diesem Hintergrund für Berliner Schüler\*innen Instrumente, Ressourcen und verlässliche Strukturen für entsprechende Bildungsangebote und Beteiligungsmöglichkeiten.

Wie aber ist es überhaupt um die Demokratiebildung aus Sicht der Berliner Schüler\*innen bestellt? Einen Einblick gibt die Studie »Zwischen Status quo und State of the Art: Politische Bildung und Demokratiebildung an Berliner Schulen«. In Auftrag gegeben wurde sie von der Friedrich-Ebert-Stiftung und konnte im Rahmen des Projektes »Demos Leben« durchgeführt werden, welches von der Berliner Bil-



»Es konnte ein positiver Zusammenhang zwischen der Anzahl der demokratiebezogenen Formate an den Schulen und der Bewertung des Schulklimas festgestellt werden.«

dungsverwaltung finanziert wurde. Die Studie beleuchtet aus der Perspektive von knapp 600 Berliner Lernenden die Quantität und Qualität der Angebote von Demokratiebildung und politischer Bildung, das politische Interesse, die Partizipation(sbereitschaft) und Selbstwirksamkeit der Schüler\*innen sowie ihre politischen Einstellungen. Die Ergebnisse für Berlin beruhen auf einer berlinspezifischen Sonderauswertung von Befragungsdaten, die im Zuge der bundesweiten Untersuchung »Wer hat, dem wird gegeben« von knapp 3.400 Lernenden aller Schulformen (inklusive Berufsschulen) ab Klasse 9 im Schuljahr 2018/19 erhoben wurden.

Dieser Titel soll einen der zentralen Befunde und damit die besonderen Herausforderungen unterstreichen, wie sie für das gesamte Bundesgebiet, aber auch für Berlin deutlich wurden: Das Angebot von Demokratiebildung und politischer Bildung verteilt sich zwischen den Gymnasien und nichtgymnasialen Schulformen häufig ungleich, und zwar zugunsten der Gymnasialschüler\*innen. Aufgrund der soziokulturell oft privilegierten Lernendenschaft an den Gymnasien ist der Zugang zu diesen Bildungsangeboten entlang der verschiedenen Schulformen sozial ebenfalls ungleich verteilt. Dies geht einher mit einem geringeren Demokratie- und Institutionenvertrauen, geringerer Partizipation(sbereitschaft) und ▶



einer weniger deutlichen Ablehnung von Antisemitismus, antimuslimischem Rassismus und der Abwertung von Asylsuchenden bei Lernenden an den nichtgymnasialen Schulformen. Mit Blick auf die empirisch bekannte Bildungsabhängigkeit politischer Einstellungen unter Erwachsenen, wie sie die Mitte-Studien und die Leipziger Autoritarismusstudien regelmäßig aufzeigen, müssen wir uns ernsthaft fragen: Wird dieses Phänomen strukturell im gegliederten Schulsystem verschärft? Und wie kann es reduziert werden, wenn wir es mit der Demokratiebildung für alle ernst meinen?

### Schulklima im Schnitt demokratisch

Positiv hervorzuheben ist, dass die befragten Berliner Lernenden das Klima an ihrer Schule sowohl an den Gymnasien als auch an den Integrierten Sekundarschulen im Schnitt als demokratisch bewerten. Zugleich existiert insbesondere »Luft nach oben«, wenn es um die aktive Mitbestimmung und -gestaltung geht. So stimmen die Befragten schulformüber-

greifend am stärksten Aussagen zu, die sich auf einen offenen Meinungsaustausch innerhalb der Schule beziehen. Die im Mittel geringste Zustimmung hingegen erhielten Mitbestimmungsmöglichkeiten an der Schule und die Nachvollziehbarkeit von Entscheidungen, die alle betreffen. Im Gesamtdurchschnitt schätzen die Gymnasialschüler\*innen ihr Schulklima etwas demokratischer ein als die Schüler\*innen an den Sekundarschulen. Befragte an Sekundarschulen haben allerdings im Vergleich etwas stärker den Eindruck, an ihrer Schule den Umgang mit Konflikten zu lernen, und dass Entscheidungen nachvollziehbar sind, die alle betreffen.

Ein Baustein zur Förderung demokratiebezogener Kompetenzen kann die Behandlung demokratiebezogener Inhalte in allen Unterrichtsfächern sein. Im Orientierungs- und Handlungsrahmen Demokratiebildung für Berliner und Brandenburger Schulen werden beispielsweise Grund- und Menschenrechte, demokratische Grundwerte, aber auch Formen gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit wie Antisemitismus und Muslimfeindlichkeit genannt. Bei der Frage nach deren Thematisierung außerhalb des Po-

**In der Rubrik »Wir sind Kinder einer Welt« produzierte die Redaktion des preisgekrönten Miteinander-Podcasts Berichte über Kinder weltweit in Corona-Zeiten.**



litikunterrichts gaben die Befragten bei den meisten Themen Folgendes an: Diese werden lediglich teilweise im Unterricht aufgegriffen. Nur wenige der Themen werden den Schüler\*innen zufolge in hohem Maße aufgegriffen – und dies zumeist auch nur an den Gymnasien. Schulform- und jahrgangsübergreifend als am wenigsten stark vertreten wurde das Thema Muslimfeindlichkeit angegeben. Antisemitismus wird nach Aussage der Lernenden zwar teilweise in den Fächern thematisiert, an den Gymnasien in der Sekundarstufe II sogar in hohem Maße. Allerdings lässt die vergleichsweise weniger eindeutige Ablehnung des israelbezogenen Antisemitismus der Befragten vermuten, dass das Thema vor allem im Kontext des Nationalsozialismus und weniger mit Bezug auf aktuelle Erscheinungsformen aufgegriffen wird. Es lassen sich also deutlich offene Potenziale hinsichtlich demokratiebezogener und diskriminierungssensibler Inhalte identifizieren.

Auch mit Blick auf außerunterrichtliche Formate der Demokratiebildung wie die Schüler\*innenversammlung, ein Service-Learning-Angebot oder einen Demokratietag zeigen sich deutliche Unterschiede im Angebot entlang der Schulformen und Sekundarstufen. Die Befragten konnten zu 18 Formaten angeben, welche davon in den letzten zwölf Monaten an ihrer Schule stattfanden und an welchen sie teilgenommen haben. Von diesen Formaten sind etliche gar nicht oder nur von einem sehr geringen Teil (zum Beispiel der Kinderrechtetag an den Gymnasien) genannt worden. Andere hingegen wurden von rund drei Vierteln der Schüler\*innen der jeweiligen Befragtengruppe angegeben (zum Beispiel die Schulversammlung an den Gymnasien in der Sekundarstufe I). Die meisten demokratiebildenden Formate werden dabei deutlich häufiger von den Lernenden an den Gymnasien als von denen an den Sekundarschulen bestätigt. In der Sekundarstufe I divergieren die Werte zwischen Gymnasium und Integrierter Sekundarschule dabei noch stärker als in der Oberstufe. Das ist umso bedenklicher, da in der bundesweiten Studie die Befragten an den Berufsschulen im Schnitt auf ein eher noch prekäreres Angebot von Demokratiebildung und politischer Bildung verweisen. Da sich dies auch für Berlin vermuten lässt, kann von einer Kompensation nach der 10. Klasse an den Berufsschulen nicht ausgegangen werden, während sich an den gymnasialen Oberstufen der Sekundarschulen eine Angleichung des Angebots an das der Gymnasien ablesen lässt.

### Mitbestimmung nachhaltig implementieren

Für die Bedeutsamkeit demokratiebildender Angebote lassen sich dabei in verschiedenen Studienergebnissen Hinweise finden: Erstens werden alle Formate, die in Berlin den Lernenden zufolge angeboten werden, von den befragten Schüler\*innen auch genutzt (jeweils mit unterschiedlicher Nachfrage).

Zweitens konnte ein (schwach) positiver Zusammenhang zwischen der angegebenen Anzahl der angebotenen demokratiebezogenen Formate und der Bewertung des Schulklimas vonseiten der Schüler\*innen festgestellt werden. Und drittens haben sich in einer Sonderauswertung der bundesweiten Daten Effekte gezeigt, wenn Lernende »viel Demokratiebildung« (fünf Formate und mehr) in den letzten 12 Monaten wahrnehmen konnten: Ihr Demokratievertrauen und ihr gesellschaftspolitisches Engagement waren im Vergleich zu Schüler\*innen mit »wenig Demokratiebildung« (weniger als drei Formate) sichtlich höher. Ebenso lehnten sie deutlicher antimuslimischen Rassismus und Antisemitismus ab und zeigten sich offener für migrationsbedingte Diversität.

Auffällig ist, dass es erst einmal unerheblich zu sein scheint, welche Formate die Lernenden wahrnehmen konnten. Entscheidend scheint vielmehr, dass Demokratiebildung an den Schulen eine präsen- te und nachhaltige Rolle spielt. Das heißt Demokratiebildung sollte kein Zufallsangebot bleiben, weil es kurz vor den Ferien noch einmal passt oder menschenfeindliche, antidemokratische Vorfälle »keine andere Wahl lassen«. Demokratiebildung sollte professionell und ganzheitlich in Schule aufgestellt sein. Mit Blick auf die Studienergebnisse heißt das auch, Demokratiebildung im Sinne von echter Partizipation und Mitbestimmung zu implementieren und vor allem dort mit Ressourcen zu stärken, wo sich sozio-kulturelle Ungleichheit von heute nicht mit politischer Ungleichheit von morgen überlagern darf: an Sekundarschulen und Berufsschulen. ■

Die kompletten Studien, herausgegeben von der Friedrich-Ebert-Stiftung, gibt es hier zum Download.



»Wer hat, dem wird gegeben.« Politische Bildung an Schulen. Bestandsaufnahme, Rückschlüsse und Handlungsempfehlungen

Zwischen Status quo und State of the Art. Politische Bildung und Demokratiebildung an Berliner Schulen



»Demokratiebildung gilt es dort zu stärken, wo sich sozio-kulturelle Ungleichheit von heute nicht mit politischer Ungleichheit von morgen überlagern darf: an Sekundarschulen und Berufsschulen.«



Sabine Achour, Anja Höppner, Annemarie Jordan,  
Otto-Suhr-Institut für Politikwissenschaft  
an der Freien Universität Berlin, Arbeitsbereich  
Politikdidaktik/Politische Bildung



Die Demokratie-AG stellt ihr Konzept der Spielausleihe vor.

# Demokratie lehren lernen

Ein einzigartiger Masterstudiengang an der Freien Universität Berlin vermittelt erfolgreich Handlungskompetenzen für die demokratische Schulentwicklung

von Gernot Goldenbaum

Der weiterbildende Masterstudiengang »Demokratiepädagogische Schulentwicklung und soziale Kompetenzen« besteht seit nunmehr zwölf Jahren an der Freien Universität Berlin und versteht sich unter anderem als Angebot zur dritten Phase der Lehrkräftequalifizierung. Gleichmaßen richtet sich dieses Studium an berufserfahrene Bachelor-Absolvent\*innen und bietet, verteilt über zwei Semester, insgesamt 15 Präsenz-Veranstaltungen an Frei- und Samstagen an der Freien Universität in Dahlem. Der Masterstudiengang soll Lehrkräfte, Pädagog\*innen, Soziolog\*innen und Schulsozialarbeiter\*innen in Bildungseinrichtungen dazu befähigen, demokratiepädagogische Lerninhalte zu vermitteln, Lernarrange-

ments zur Förderung sozialer Kompetenzen passgenau zu gestalten und diese umzusetzen. Studienziel ist also der Erwerb von Handlungskompetenzen für die professionelle Schulentwicklung, damit Schule sich zu einem demokratischen Lern- und Lebensort entwickeln kann. Dieses berufsbegleitende Programm am Fachbereich Erziehungswissenschaft und Psychologie bietet den bis dato 170 Masterstudierenden, darunter vielen internationalen Teilnehmer\*innen mit unterschiedlichen Professionen, spannende wissenschaftliche Seminar Diskussionen.

## Demokratie ist mehr als eine Staatsform

Die »Demokratie ist nicht nur eine Staatsform, Demokratie ist eine Lebensform«, so schrieb schon der Politikdidaktiker Gerhard Himmelmann. Es geht demzufolge auch darum, welche professionelle Haltung wir einnehmen, welche eigenen sozialen Kompetenzen wir haben, wie wir diese vermitteln und wie wir im täglichen Leben miteinander umgehen. Demokratiepädagogik hinterfragt und diskutiert entsprechend immer den eigenen Standpunkt. Der anwendungsorientierte Studiengang vermittelt aber speziell im Mix fachübergreifender wissenschaftlicher Disziplinen der Erziehungs- und Sozialwissenschaften, Pädagogik, Philosophie und Entwicklungspsychologie was denn genau unter Demokratie und Demokratiepädagogik zu verstehen ist, wie demokratische Schulentwicklung funktioniert, welche sozialen Kompetenzen für Lehrpersonal und Schüler\*innen dazu notwendig und welche praktischen Konzepte nützlich sind. Im Verlauf des Studiums absolvieren die Studierenden ergänzend ein Praxisprojekt, um neue Methoden und Didaktiken und demokratiepädagogische Instrumente auszuprobieren, auf einen späteren Transfer sowie Implementation zu überprüfen und Wirkungen zu evaluieren. Die Inhalte des Studiengangs haben sich im Laufe der Zeit kontinuierlich verändert, vor allem, weil aktuel-

»So schaffen wir Schulen, an denen alle gern sind, an denen Inklusion gelehrt und gelebt wird.«



le bildungspolitische und pädagogische Herausforderungen aufgegriffen und neueste Forschungsergebnisse in das Lehrangebot integriert werden.

Die Rückmeldungen zur Wissensvermehrung und Anwendungskompetenz der Absolvent\*innen sind immer sehr positiv. Die Studierenden lassen sich darauf ein, wegzukommen von der Vorgabe, dass Kinder möglichst standardisiert durch das Schulsystem geschleust werden müssten, hin zu einem Konzept, in dem die Schüler\*innen Demokratie lernen und daran teilhaben, Anerkennung und Selbstwirksamkeit erfahren sowie die dazugehörige Verantwortung entdecken. Um einen genaueren Einblick in das Studium zu erlangen, haben wir zwei Studierende zu Wort kommen lassen. Philipp Wernemann, Lehrkraft am Berggruen Gymnasium mit der Beauftragung zum koordinierenden Schulberater im Bereich Jugendschulsozialarbeit an weiterführenden Schulen in Berlin, ist einer von ihnen.

### Für ein Schulklima der Gemeinschaft

Wenn ich als Lehrkraft auf Schulen schaue, erlebe ich komplexe und zum Teil sperrige Transportschiffe, die versuchen, den Atlantik zu überqueren. Wir sind eingenommen im Netz der Bürokratie, der Abhängigkeiten und der Herausforderungen der Strukturen, von Senatsverwaltung über Schulaufsichten bis in die Kollegien hinein. Natürlich versuchen wir, unseren täglichen Arbeitsalltag zu gestalten, zu erleichtern und stetig zu verbessern, aber einmal ehrlich draufgeschaut, zeigt sich, dass wir dabei auch immer mal wieder die Schüler\*innen aus dem Blick verlieren und an unsere eigenen Grenzen stoßen. Ja, Schule ist ein mächtiger Koloss der Meere, aber dieser besteht eben aus verschiedensten Beteiligten, mit all ihren individuellen Bedürfnissen und Erwartungen. Eben eine mächtige Herausforderung.

In den letzten Jahren wurde der Bereich der Inklusion, der Diversität, der Multikulturalität und des Antirassismus immer wieder zurecht in den Fokus gerückt. Zugleich können wir die Frage stellen, warum wir über Jahrzehnte gesehen immer nur stückweise erfolgreich bei der Implementierung dieser Bereiche im Alltag sind. Die Antwort ist leicht, betrachten wir die eingangs beschriebene Schulschiffmetapher.

Ich bin fest davon überzeugt, dass wir für eine tolerante, weltoffene und nachhaltige Schule eine demokratische Schule brauchen. Eine Schule, an der Demokratie gelebt und erfahren werden kann. An der meinungsbildend gestritten, aber auch entwickelt wird. Schulen, an denen alle Beteiligte gleichermaßen wahrgenommen und gehört werden. Dort, wo sich alle in die Schulentwicklung einbringen können, entstehen demokratische Schulen mit einem Schulklima der Gemeinschaft.

Im Rahmen meiner Teiltätigkeit als Koordinator und Schulberater erlebe ich Schulsozialarbeiter\*innen und Lehrkräfte, die zu Teilen leider nur noch

## THEMENSCHWERPUNKTE UND INHALTE

Derzeit werden folgende Themenschwerpunkte und Inhalte im Curriculum angeboten:

- Demokratietheorie als Grundlage demokratie-pädagogischer Arbeit
- Internationale demokratiepädagogische Konzepte
- Entwicklung und Förderung sozio-moralischer Kompetenzen
- Selbstwirksamkeit und Motivationsförderung im sozialen Kontext und Förderung von Sozialklima und sozialen Kompetenzen im Unterricht
- Digitale Souveränität als Bildungsziel, dazu Antimobbing- und Präventionsprogramme
- Partizipation
- Lernen durch Engagement und Schulentwicklung
- Demokratische Schulentwicklung – Konzept, Prinzipien und praktische Umsetzung und Schule als demokratischer Resonanzraum.

reaktiv eingreifen können, da sie keine Kapazitäten mehr haben, um an ihren Schulen proaktiv tätig zu werden. Dabei ist meines Erachtens der präventive schulgestaltende Weg ein nachhaltiger, der zu Veränderungen führen kann. Deswegen braucht es über die Schulsozialarbeit, die einen so wichtigen Beitrag für unsere Schulen leistet, hinaus mehr Kolleg\*innen, die bereit sind, sich für demokratische Schulen einzusetzen und diese gestalten zu wollen. Im Rahmen der Ausbildungen oder Fort- und Weiterbildungen kommt dieser Aspekt meist zu kurz. Daher sollte jede Schule neue Stellen in diesen Bereichen schaffen und Weggehen vom Gedanken der nur klassischen Funktionsstellen, wie zum Beispiel nur Fächer-Fachbereichsleitungen. Wir brauchen Stellen im Bereich einer demokratischen Schulentwicklung. Die multiprofessionellen Beratungsstellen wie Inklusion, Diversity und Qualität sollten erweitert werden um die einer wertebildenden Fachbereichsleitung der demokratischen, inklusiven Schulentwicklung. Damit lässt sich langfristig und flächendeckend unsere Demokratie mit ihren Werten in der Gesamtgesellschaft hochhalten und stärken. So schaffen wir Schulen, an denen alle gerne sind und lernen, an denen inklusiv gelehrt und gelebt wird. An denen wir jeden wertschätzen und akzeptieren. Ein solches Studium, wie es die FU anbietet, sollte daher elementar in die Lehrkräfteausbildung aufgenommen und dort eingebaut werden. Die Schwerpunkte und Themen lassen sich direkt in den Arbeitsalltag übernehmen und anwenden. Praxisnah und schulweltorientiert vermitteln die Dozent\*innen Fachwissen und fördern den Blick der Studierenden für ihre Schulen und Tätigkeitsfelder. So wird mit jede\*r Teilnehmenden bereits die Schullandschaft demokratischer. ■



**Studienbeginn**  
zum Wintersemester  
eines Jahres,  
Bewerbungen sind ab  
dem Frühjahr online  
möglich:



**Neugierig geworden?**  
Weitere Argumente für eine  
Teilnahme an dem Studiengang  
findest du in diesem  
zweiten Erfahrungsbericht.



Gernot Goldenbaum,  
Studiengangskordinator Master-  
studiengang »Demokratie-  
pädagogische Schulentwicklung und  
soziale Kompetenzen«, FU Berlin





# Wir sind klasse

**Der Klassenrat bietet den Raum für Erfahrungen von Zugehörigkeit, Mitbestimmung und Verantwortung. Nun muss er nur noch in allen Klassen praktiziert werden**

von Ulrike Kahn und Sabine Huffmann

Die Langversion dieses Artikels gibt es online



**Lernmaterial zum Klassenrat**  
[www.degede.de/project/lassenrat-wir-sind-klasse](http://www.degede.de/project/lassenrat-wir-sind-klasse)

Der Klassenrat ist keine Bühne für Streit  
[www.klassenrat.org/themen-schuelerinnen](http://www.klassenrat.org/themen-schuelerinnen)

**D**er Klassenrat ist für viele Grund- und weiterführende Schulen in Berlin nichts Neues. Er ist das Forum einer Klasse, in dem Schüler\*innen über ihre Anliegen in ein ernsthaftes, beziehungsförderndes und lösungsorientiertes Gespräch kommen. Dabei werden Strategien zu Perspektivübernahme, Empathiefähigkeit, Respekt und Ambiguitätstoleranz entwickelt und eingeübt.

Die Klassenratsinitiative »Wir sind klasse« wurde 2012 von der Deutschen Gesellschaft für Demokratiepädagogik e.V. (DeGeDe) in Berlin zusammen mit der Serviceagentur Ganztägig Lernen (SAG) gegründet. Beeinflusst und begleitet wurde dies durch den anerkannten Erziehungswissenschaftler Wolfgang Edelstein, zudem flossen die Erkenntnisse des Programms »Demokratie lernen & leben« der Bund-Länder-Kommission mit ein. Auf der Website von »Wir sind klasse« heißt es: »Wir wollen den Klassenrat als Herzstück in der Schule verankern, damit alle Schüler\*innen einen demokratischen Habitus lernen und leben können. Dadurch entsteht die Chance, dass die Schule demokratischer agieren kann und die Beteiligungsrechte der Schüler\*innen ernst genommen werden.«

Die seit 2013 jährlich in diesem Rahmen stattfindende Veranstaltung »Klassenrat Team 7« ermöglicht es Schulteams aus pädagogischem Personal und Schüler\*innen der 7. Jahrgangsstufe aller weiterführenden Schulen, das Lernarrangement Klassenrat als wichtiges Beteiligungs- und Kommunikationsinstrument kennenzulernen und es in der eigenen Schule zu etablieren.

Die Standards für den Klassenrat in Berlin wurden im Laufe der letzten Jahre durch weitere Partner\*innen aus dem Berliner »Bündnis Bildung für eine demokratische Gesellschaft« wie zum Beispiel »Mehr als Lernen«, Beteiligungsfüchse, SV-Bildungswerk und DeVi, in Kooperation mit der Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie (SenBJF) bereichert und ergänzt. Die unterschiedlichen Bündnispartner\*innen bieten inzwischen vielfältige Angebote zur Implementierung des Klassenrates für alle Schul-

arten und Jahrgangsstufen, Fortbildungen sowie Lernmaterial von Peer-Education bis zu Studientagen an. Weitere Angebote wie zwei Filme zum Klassenrat mit Berliner Schüler\*innen, begleitende universitäre Forschung, eine digitale Schulleitungsakademie, die bereits entwickelten Angebote für Willkommensklassen und Förderschulen haben dazu beigetragen, dass sich aus der ursprünglichen Initiative eine Klassenratsoffensive entwickeln konnte.

## Von der Initiative zur Offensive

Bildungspolitisch orientiert sich das Lernarrangement Klassenrat an den Qualitätsstandards einer demokratischen Schule. Demokratiebildung ist ein Brückenschlag zwischen politischer Bildung und gelebter Partizipation und fördert die Entwicklung junger mündiger Bürger\*innen. Im Hinblick auf die Schulgesetz-Erweiterung ist ein Ausbau einer breit angelegten Klassenratsoffensive in Kooperation mit der SenBJF nicht nur empfehlenswert, sondern dringend erforderlich: Begleitende universitäre Forschung zur Wirkungsweise des Lernarrangements Klassenrat, zur nachweisbaren Kompetenzerweiterung der Beteiligten sind ebenso unabdingbar wie die Unterstützung der erweiterten Schulleitungen durch die Digitalakademie der DeGeDe sowie weitere Fortbildungsangebote für Trainer\*innen und Peers und Formate für Förderschulen. Leuchtturmprojekte an einigen Berliner Schulen zeigen eindrucksvolle Erfolge.

Der Zusammenhalt in unserer demokratisch verfassten Gesellschaft basiert auf dem Konsens gemeinsam gelebter Werte und der Beteiligung aller Bürger\*innen. Ein wertvoller Schritt in diese Richtung wird sichtbar, wenn der Klassenrat in allen Klassen einer Schule durchgeführt und die Qualitätsstandards weiterentwickelt werden. Wir rufen alle Engagierten auf: Lasst uns weitermachen! Es lohnt sich. ■

Ulrike Kahn, Vorstand der Deutschen Gesellschaft für Demokratiepädagogik (DeGeDe); Sabine Huffmann, Mitinitiatorin der Klassenratsinitiative

»Nur wer sich anerkannt fühlt, kann selbstwirksam handeln und Verantwortung übernehmen.«





Im Schüler\*innen-Rat wird über das zukünftige Jahresthema abgestimmt.

# Miteinander und Füreinander

Die Grundschule Bad Münde zeigt, wie Demokratie und Kinderrechte bereits in der Primarstufe konkret in der Schulkultur verwirklicht werden können

von Christoph Schieb

**F**reundlicher und kindgerechter sollte er sein, der Vorplatz der Grundschule Bad Münde. Geplant war, ein Straßenschild mit einem neuen Namen aufzustellen, welcher einen besonderen Bezug zum Schulprofil besitzen und ausdrücken sollte, was den Menschen der Grundschule Bad Münde wichtig ist. Die Ideenfindung und die Abstimmung über den Vorplatznamen wurden den Kindern überlassen. In Absprache mit dem Schüler\*innenrat waren alle Kinder aufgerufen, Namensvorschläge einzureichen. Auf diese Weise kamen über 25 Anregungen zusammen, von denen der Schüler\*innenrat fünf für eine Abstimmung unter den Kindern und Erwachsenen der gesamten Schule auswählte: Platz der Kinder, Platz der Kinderrechte, Miteinander-Füreinander-Platz, Platz der Freundschaft, Platz der Demokratie. Von den über 300 abgegebenen Stimmen sprach sich die Mehrheit für den Namen »Miteinander-Füreinander-Platz« aus. Das neue Straßenschild ist bereits in Auftrag gegeben und wird in Kürze mit einer feierlichen Zeremonie gemeinsam enthüllt.

## Beteiligung ist keine Eintagsfliege

Das Beteiligungsprojekt um den neuen Namen des Vorplatzes der Grundschule Bad Münde zeigt zum einen, wie »lohnend« Partizipation von Kindern sein kann. Die Kinder erfahren sich als wichtige Impulsgeber\*innen, übernehmen Verantwortung, können eigene Ideen einbringen, beschäftigen sich intensiv mit den Ideen anderer, werden in ihrer Urteilsfähig-

keit ernstgenommen und erleben sich als Handlungsträger\*innen von aktuellen Gestaltungsprozessen. Zum anderen verdeutlicht das Beispiel auch, dass eine langfristig angelegte Entwicklung bei den Kindern angekommen ist. So finden sich in den Vorschlägen für die Namensgebung des Vorplatzes insbesondere die Stichworte »Kinderrechte« und »Demokratie« wieder. Das bedeutet, dass ein derartiges Beteiligungsprojekt keine »Eintagsfliege« ist, sondern Teil einer demokratisch gelebten Schulkultur, in der Kinderrechte und die Übertragung von Verantwortung in die Hände der Schüler\*innen Alltagsrelevanz besitzen. Demokratie und Kinderrechte im Unterricht und Schulleben konkret erfahrbar zu machen ist der pädagogische Ansatz der Grundschule Bad Münde. Seit mehreren Jahren erprobt die Schule in vielfältigen Formen, Kinder in die Gestaltung der Schulentwicklung verantwortungsvoll und angemessen einzubeziehen. Zwei weitere Beispiele machen dies anschaulich.

»Die Grundschule Bad Münde will Demokratie und Kinderrechte konkret erfahrbar machen.«

## Das Jahresthema lädt zu Kreativität ein

Mit dem Jahresthema verbindet sich das Ziel, alle Kinder und Erwachsenen, alle Lerngruppen oder Gremien unter einem, von den Kindern bestimmten, inhaltlichen Schwerpunkt vielfältig einzubinden und für die Mitwirkung an der Schulentwicklung zu ge-





**Die Demokratie-AG  
initiiert eine Ostereier-  
Gemeinschafts-Aktion.**

»Insbesondere  
die Frage nach  
den Kinderrechten  
in der Pandemie  
beschäftigte die  
Kinder.«

winnen. Seit vier Jahren bestimmt der Schüler\*innenrat, der sich aus den Klassensprecher\*innen der Jahrgänge 1 bis 4 bildet, kurz nach dem Schuljahresbeginn das jeweilige Jahresthema. Der finalen Abstimmung im Gremium der Schülervertreter\*innen geht dabei eine mehrwöchige und intensiv geführte Meinungsbildungsphase voraus. Dabei werden Themenvorschläge gesucht, in der Aula veröffentlicht und diskutiert. Nach diesem gründlichen Argumentations- und Abwägungsprozess, in dem die Sicht der Kinder und das Interesse der Schulgemeinschaft im Vordergrund stehen, berät und beschließt der Schüler\*innenrat in einer von allen mit Spannung erlebten

Sondersitzung das endgültige Jahresthema. In den vergangenen Jahren waren das zum Beispiel Themen wie »Natur«, »Spielen« oder »Sport und Bewegung«.

Nach dem Beschluss sind alle aufgerufen, sich mit einer Aktion oder einem längerfristigen Projekt mit dem jeweiligen Jahresthema auseinanderzusetzen. Den Zeitpunkt ihres Vorhabens innerhalb des Schuljahres bestimmen die Beteiligten selbst. Die Teilnahme ist grundsätzlich für alle freiwillig. Die Erfahrung hat entsprechend gezeigt, dass es für alle Klassen stets eine besondere Herausforderung und Freude war, sich mit einem eigenen kreativen Beitrag an der Ausgestaltung des gemeinsamen Jahresthemas zu beteiligen.

Hinsichtlich der Durchführung sind die Kinder angehalten, das jeweilige Geschehen mit Foto- oder Filmkameras aus ihrer Sicht zu dokumentieren. Die so festgehaltenen Ergebnisse der einzelnen Beiträge werden im Anschluss zunächst in der Projektdatenbank der Schulhomepage veröffentlicht. Zum Ende eines Halbjahres werden sie zudem auf den gemeinsam zelebrierten »Jahresausklängen« in der Schullaula in Form eines längeren Videoclips der Schulöffentlichkeit präsentiert. Zusätzlich wird für jedes Jahresthema mit den eingegangenen Fotos und Projektberichten ein großes Poster grafisch gestaltet und im Schulflur aufgehängt. Auf diese Weise schaffen die digital erbrachten Arbeitsergebnisse auf mehreren Ebenen eine nachhaltige Erinnerung an das vielfältige Wirken der Kinder und Erwachsenen unter einer gemeinsamen Zielperspektive. Zugleich empfinden die

Beteiligten die unterschiedlichen Präsentationsformen ihres Engagements als besondere Wertschätzung und werden so motiviert, sich auch im kommenden Jahr für die Schulentwicklung einzusetzen.

**Der Miteinander-Podcast erhält die  
Schulgemeinschaft**

Der plötzliche Verlust der Schulgemeinschaft durch die Corona-Pandemie war im März 2020 ausschlaggebender Grund, das Miteinander der Grundschule Bad Münde zumindest mit der Stimme aufrecht zu erhalten. Die im Rahmen der Notbetreuung verbliebenen drei Kinder und zwei Erwachsenen schufen spontan den »Miteinander-Podcast«, in dem sie täglich aus der Schule berichteten, die Kinder zuhause zum Senden von Sprachnachrichten einluden und natürlich über die vielfältigen Aspekte der Einschränkungen aus dem Blickwinkel der Kinder berichteten. Das »Ohren-Experiment« zum Erhalt der Schulgemeinschaft erlebte von Sendung zu Sendung eine steigende Resonanz und erreichte letztendlich sogar Hörer\*innen in ganz Deutschland und Teilen der Welt. Mit zunehmender Dauer der Pandemie und der Wiederaufnahme des Wechselunterrichts veränderte sich der Erscheinungsrhythmus. Derzeit gibt es den Podcast einmal pro Monat.

Ebenso knüpften die Kinder in der Redaktion mehr und mehr an den Themen an, die im Schulprofil eine bedeutsame Rolle spielen. Insbesondere die Frage nach den Kinderrechten in der Pandemie beschäftigte die Kinder. In Telefon-Interviews mit Verbandsvertreter\*innen oder Verantwortlichen aus Politik und Verwaltung war es den Kindern wichtig zu erfahren, warum elementare Kinderrechte wie zum Beispiel das Recht auf Spiel, Freizeit und Bewegung oder das Recht auf Beteiligung in der Corona-Zeit eine untergeordnete Rolle spielten. Bis Ende des Jahres 2021 entstanden so fast einhundert Sendungen, die mit unterschiedlichen Rubriken Informationen und Unterhaltung aus der Schule und der Welt lieferten. Inzwischen werden die von den Kindern produzierten Beiträge regelmäßig beim Regionalsender radio aktiv im Kinderprogramm gesendet. Dadurch erhalten die Themen und Anliegen eine noch größere Reichweite.

Die drei Beispiele zeigen nicht nur, dass Demokratie und Kinderrechte in ihrer konkreten projektartigen Verwirklichung die pädagogische Arbeit bereichern. Sie sind darüber hinaus gerade in einer Zeit, in der die Pandemie vielerlei Umwälzungen in Schule und Gesellschaft mit sich bringt, positive Orientierungen mit Leitbildfunktion. ■

*Christoph Schieb,  
Schulleiter der Grundschule Bad  
Münde und Vorstandsmitglied  
des Fördervereins Demokratisch  
Handeln e. V.*



Mehr Infos unter  
[www.gs-badmuender.de](http://www.gs-badmuender.de)  
oder per Mail:  
[cs@gs-badmuender.de](mailto:cs@gs-badmuender.de)

Mehr über den  
Miteinander-  
Podcast:



# Neue Dynamik für gute Ideen

Trotz der Einschränkungen durch Corona haben zahlreiche Schulen das Programm »Politische Bildung an Berliner Schulen« kreativ für Projekte genutzt. Offen ist, ob es fortgeführt wird



von Bettina Dettendorfer

» Haben Sie heute auch manchmal noch Angst?« Dies war eine Frage, die eine der 40 Schüler\*innen der Georg-Zacharias-Grundschule im Rahmen eines Zeitzeugengesprächs Kurt Hillmann stellte, um mehr über sein Leben und seine Erfahrungen als jüdischer Junge in Berlin während der Zeit des Nationalsozialismus zu erfahren. Kindgerecht berichtete der Zeitzeuge über Diskriminierung, Verfolgung und seinen Kampf ums Überleben und beantwortete die Fragen der Kinder. Organisiert wurde das Gespräch in Kooperation mit der Gedenkstätte »Stiftung Denkmal für die ermordeten Juden Europas«, finanziert wurde die Aktivität über das Programm »Politische Bildung an Berliner Schulen« der Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie.

In diesem Programm erhielten 2021 erstmalig alle öffentlichen Grund-, weiterführenden und beruflichen Schulen ein Budget von 2.000 Euro zur freien Verfügung, um in Kooperation mit außerschulischen Partner\*innen Aktivitäten im Feld der politisch-demokratischen Bildung zu realisieren. Ziel des Programms ist es, die demokratische Schulkultur zu fördern und die politische Bildung schulweit zu stärken. Im Idealfall entfalten die Angebote Wirkung für die gesamte Schulgemeinschaft.

## Engagiert und miteinander

Die Schulen müssen die Förderung nicht extra beantragen: Im Budget des Verfügungsfonds jeder Schule wird das Geld für Maßnahmen aus dem Bereich »Politische Bildung« gebunden. Da die Schulen selbst ihre Bedarfe definieren können, ist die inhaltliche Bandbreite möglicher Themen groß. Im Sinne der übergreifenden Themen Demokratiebildung, Bildung zur Akzeptanz von Vielfalt, Nachhaltige Entwicklung/Lernen in globalen Zusammenhängen, Gewaltprävention und den anderen übergreifenden Themen mit Bezügen zur politischen Bildung und dem Basiscurriculum Medienbildung ist vieles denkbar.

An der Knobelsdorff-Schule in Spandau etwa nahmen Schüler\*innen des Oberstufenzentrums an einem RapNews-Hiphop-Workshop zum Thema »The NSU complex – 10 years after the crimes« als Teil

des Englischunterrichts teil und beschäftigten sich über den Zugang der Musik mit diesem komplexen Thema. Das Projekt wurde auf Wunsch der Schüler\*innen, sich mit dem Thema »Rassismus in Deutschland« beschäftigen zu wollen, durchgeführt.

Ganz anders beschäftigten sich Schüler\*innen des Förderzentrums Schule am Pappelhof. Anfang Oktober bauten sie dort an fünf Tagen im Rahmen des Projekts »Social Day – Erneuerbare Energien« ein solarbetriebenes Auto, ein Wind- und ein Wasserrad. Ziel war es, das eigene Projekt vorzustellen und seine Nachhaltigkeit zu begründen. Dazu sollte auch ein Projektfilm entstehen, der den anderen Klassenstufen als Anregung und Lehrfilm dient.

Die Beispiele zeigen: Bei den Formaten ist keine Schule festgelegt. Möglich sind deshalb nicht nur Aktivitäten für Schüler\*innen, sondern beispielsweise auch Fortbildungen für Lehrkräfte und pädagogische Fachkräfte. Aber auch die Begleitung von Schulentwicklungsprozessen ist denkbar.

So geschehen bei der Lietzensee-Grundschule, die sich durch den Träger »miteinander.schule« unterstützen ließ, um der Frage nachzugehen, wie man gemeinsam zu einer von allen getragenen kooperativen Schulkultur kommt. In verschiedenen Open-Space-Runden quer über Ebenen und Hierarchien hinweg wurden Meilensteine erarbeitet und Ressourcen identifiziert. Sehr gerne würde die Schule diesen Prozess fortsetzen und hofft deshalb auf die Fortführung des Programms »Politische Bildung an Berliner Schulen« im Jahr 2022, was im Mai oder Juni mit dem neuen Haushalt entschieden wird.

Aber auch die eingangs erwähnte Georg-Zacharias-Grundschule wüsste schon, was sie mit dem Budget 2022 anfangen möchte: nämlich eine Fortsetzung der historischen Bildungsarbeit, um noch mehr Kindern ihrer Grundschule diese wertvollen Erfahrungen zu ermöglichen.

»Ziel des Programms ist es, die demokratische Schulkultur zu fördern und die politische Bildung schulweit zu stärken.«



Zum Programm der Senatsbildungsverwaltung:  
[www.berlin.de/sen/bildung/unterricht/politische-bildung](http://www.berlin.de/sen/bildung/unterricht/politische-bildung)



Bettina Dettendorfer,  
Senatsverwaltung für Bildung,  
Jugend und Familie, Programm  
»Politische Bildung an Berliner  
Schulen«



# Mitmischen erwünscht

Über 300 spannende Projekte nehmen jedes Jahr am Bundeswettbewerb Demokratisch Handeln teil. Die Projektleiterin Daniela Danz zeigt, wie vielfältig die Partizipation von Kindern und Jugendlichen ist

Das Interview führte Janina Bähre

*bbz: Worum geht es bei Demokratisch Handeln?*

**Danz:** Seit über 30 Jahren trägt der Bundeswettbewerb Demokratisch Handeln dazu bei, Projektarbeit an Schulen und Freizeiteinrichtungen zu stärken. Wir rufen Kinder und Jugendliche auf, sich für Demokratie zu engagieren. Engagement für Demokratie kann viele Formen haben. Wir suchen vor allem Projekte, in denen sich Kinder und Jugendliche mit eigenen Ideen für demokratische Prozesse in der Gemeinde, in der Schule, in Jugendeinrichtungen oder an anderen Orten einsetzen. Kurz: in denen sie demokratisch handeln. Bis zum 15. Dezember jeden Jahres können sich Kinder und Jugendliche alleine, in Gruppen oder in einem Team mit Lehrer\*innen, Jugendarbeiter\*innen oder Eltern mit ihrem Projekt bei unserem Wettbewerb bewerben. Eine Jury wählt 50 Projekte aus, die zu unserer Preisträger\*innenveranstaltung, dem Junify Demokratiefestival in Berlin, eingeladen werden. Seit diesem Jahr gibt es auch Sonderpreise, wie zum Beispiel den Film- oder Kita-Preis.

*Nach welchen Kriterien wählt ihr die Projekte aus?*

**Danz:** Alle ausgezeichneten Projekte sind besonders partizipativ, das heißt, sie wurden vor allem durch die Kinder und Jugendlichen selbst gestaltet.

Wir sprechen alle jungen Menschen in allen Schulformen und im außerschulischen Bereich an, denn wir denken, Demokratie darf keine Elitenbildung sein. Daher schauen wir besonders auf den Prozess und was mit welchen Ressourcen erreicht worden ist. Wir sind kein reiner Leistungswettbewerb, sondern vor allem auch Motivations- und Wertschätzungswettbewerb.

*Was ist das Junify Demokratiefestival?*

**Danz:** Unsere Preisträger\*innenveranstaltung, das Junify Demokratiefestival, sind drei Tage Demokratie pur. Zum Festival laden wir rund 150 engagierte Kinder, Jugendliche und Erwachsene aus ganz Deutschland nach Berlin ein. Sie finden Partnerprojekte, mitunter neue Freund\*innen, nehmen an Workshops teil und bringen Anregungen sowie Ideen mit nach Hause. Vor allem genießen sie die Festivalatmosphäre mit Musik und anderen gemeinsamen Aktivi-

täten. Das Demokratiefestival ist ein Ort der Begegnung. Die verschiedenen Projekte werden einander vorgestellt, aber darüber hinaus können die Teilnehmer\*innen auch viele neue Erfahrungen machen.

*Inwiefern tragen Kinder und Jugendliche etwas zu gelebter Demokratie bei?*

**Danz:** Ohne sie geht es nicht, und ihr Recht auf Mitbestimmung ist nicht nur gesetzlich verankert, sondern Kinder und Jugendliche nehmen gerne an demokratischen Prozessen teil, wenn ihnen der Raum dafür gegeben wird. Kinder und Jugendliche sind in einer Demokratie genauso wichtig wie Erwachsene. Es ist wichtig, dass sie Erfahrungen machen können und positive Erlebnisse haben, wenn sie Demokratie erleben. Demokratie muss erlebt, und kann nur in Teilen gelehrt werden. Daher müssen wir Kinder und Jugendliche dabei unterstützen, sich erfolgreich einbringen zu können. Wenn Kinder und Jugendliche sich einbringen, dann haben sie oft tolle Ideen und es kommt Großartiges dabei heraus. Die Beispiele des Wettbewerbs zeigen, wie Kinder und Jugendliche in ihrem Lernumfeld die Demokratie vielfältig stärken.

*Können Sie ein paar Beispiele nennen?*

**Danz:** Das fängt schon mit der Gestaltung des kommunalen Umfelds an. Ob Gespräche mit Politiker\*innen vor Ort, ob ein Engagement in Institutionen vom Krankenhaus bis zur Senior\*inneneinrichtung, ob in lokalen Unternehmen, immer geht es um das Mitmachen und den Austausch. Oder die Mitsprache auf Schulebene, wie zum Beispiel bei politischer Mitbestimmung in Schüler\*innenvertretungen und Kinderparlamenten, in der Redaktion der Schüler\*innenzeitung oder in einer Arbeitsgemeinschaft. Kinder und Jugendliche zeigen auf vielen Ebenen, dass sie mitgestalten möchten und können. Wir gestalten die Zukunft der Demokratie in Verantwortung und Freiheit auch mit Blick auf die Vergangenheit. Manche Projekte verbinden Erinnerung und Zukunft, denn auch Erinnern trägt zu einem guten Miteinander bei. Viele Kinder und Jugendliche interessieren sich für Gerechtigkeits- und Verteilungsfragen, für das Verhältnis von Mensch und Natur ebenso wie für globale Entwicklungsfragen und nachhaltiges Handeln.

»Wir sind vor allem ein Motivations- und Wertschätzungswettbewerb.«



Die Miteinander-Podcast-Redaktion interviewt den Bürgermeister von Bad Münster, Dirk Barkowski.

»Kinder und Jugendliche nehmen gerne an demokratischen Prozessen teil.«

Was waren Projekte, die Ihnen besonders gut gefallen haben?

**Danz:** Zum Beispiel die Gefangenenzzeitung »Popshop« aus Bielefeld. Da hat eine Schule mit Jugendlichen der JVA Herford kooperiert. Oder das Kohlengraberlandprojekt der Erich-Fried-Gesamtschule aus Herne, wo sich Schüler\*innen nicht nur mit Regionalgeschichte beschäftigen, sondern diese, zum Beispiel mittels eines\*r Stadtführers\*in oder einer Homepage, weitergeben. Die Teilnehmenden setzten sich auch gegen die Bebauung eines ehemaligen Kriegsgefangenen- und Zwangsarbeitslager ein und forderten stattdessen eine Gedenkstätte an dem Ort. Auch das Projekt über »Jüdisches Leben in der Gemeinde Nohfelden« hat mir besonders gut gefallen. Dort forschen die Jugendlichen seit fast sieben Jahren und präsentieren ihre Ergebnisse auf vielfältige Weise der Gemeinde. Wir haben auch immer tolle Grundschulprojekte. Der Miteinander-Podcast der Kinder der Grundschule Bad Münster war zum Beispiel toll (siehe Seite 15). Er stärkte die Schulgemeinschaft während des Lockdowns und signalisierte Zusammenhalt und Sicherheit.

Wo können sich Kinder und Jugendliche noch engagieren?

**Danz:** Der Lebensalltag von Kindern und Jugendlichen findet vor allem in der Familie und der Schule statt, aber auch im Jugendclub oder im Verein. Demokratisches Handeln ist nicht auf die Schule begrenzt, sondern umfasst auch das weitere Lebensumfeld im Jugendzentrum oder in einer Jugendorganisation. Demokratisches Handeln beginnt im Alltag. Daher möchten wir auch noch mehr Projekte außerhalb von Schulen gewinnen, die sich am Wettbewerb beteiligen. Viele Jugendclubs leisten großartige Arbeit in Hinblick auf die Stärkung demokratischer Kompetenzen. Nicht immer haben Jugendliche im schulischen Rahmen die Möglichkeit, sich einzusetzen – und dann tun sie es außerhalb der Schule.

Was hat sich seit Corona für die Preisträger\*innenveranstaltung verändert?

**Danz:** Wir konnten uns nur digital treffen. Das hat aber erstaunlich gut geklappt, da wir gut vorbereitet waren. Wir konnten auch digital Planspiele, wie zum Beispiel zur Seenotrettung durchführen oder hatten Angebote mit Tanz und Bewegung. Die digitale Müdigkeit hat aber zugenommen, das spüren wir auch. Wir konnten Influencer\*innen wie Esra Karakaya für uns gewinnen und haben unsere Social-Media-Präsenz ausgebaut. Wir hoffen, dass das Demokratiefestival in diesem Jahr wie geplant in der »Weißen Rose« in Berlin-Schöneberg, stattfinden kann.

Was macht Demokratisch Handeln sonst und was würden Sie sich wünschen?

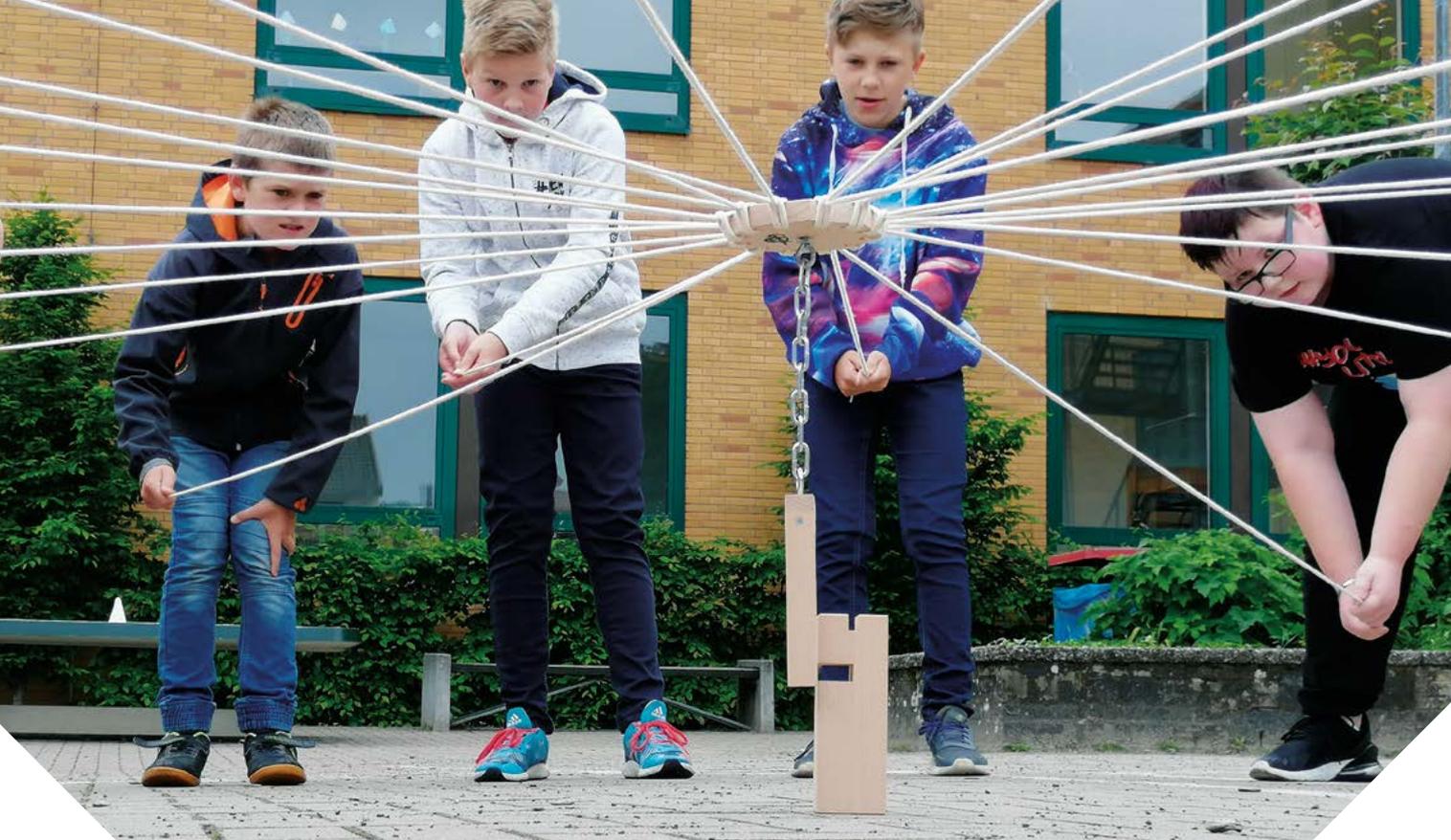
**Danz:** Wir arbeiten gerade an Open Educational Resources (OER)-Materialien, um unser Know-how weiterzugeben. Außerdem arbeiten wir am Ausbau unseres Regionalnetzwerkes, damit künftig in noch mehr Bundesländern Regionalberater\*innen zur Unterstützung und Beratung der Projekte zur Verfügung stehen. Zusätzlich wollen wir auch unsere Reichweite im außerschulischen Bereich weiter ausbauen. ■



Die Meinung der Kinder ist wichtig – Interviews für den Miteinander-Podcast.



Janina Bähre,  
Mitglied der bbz-Redaktion



Zusammenhalt  
lernen – mit koope-  
rativen Spielen

# Aktiv für Kinder- und Jugendbeteiligung

Wie können wir gemeinsam Kinder und Jugendliche besser in für sie relevante Prozesse einbinden und für Beteiligung motivieren? Das Projekt »Drehscheibe Kinder- und Jugendpolitik Berlin« hat Antworten

von Pia Yvonne Schäfer



»Wer nutzt die Jugendeinrichtungen und welche Angebote sind gewünscht?«

Es ist 8:30 Uhr, langsam füllt sich der Seminarraum mit Jugendlichen im Alter zwischen 12 und 16 Jahren. 45 junge Menschen sind neugierig, welche Erkenntnisse eine Befragung ihrer Altersgruppe an den Schulen und Jugendfreizeiteinrichtungen in Reinickendorf Nord gebracht hat. Dort sollte eine Jugendfreizeiteinrichtung renoviert und umgestaltet werden. Damit diese auch von jungen Menschen angenommen wird, sollte sie nach den Wünschen der Kinder und Jugendlichen ausgerichtet werden – sowohl in der räumlichen wie auch in der inhaltlichen Gestaltung.

## Den Beratungsprozess gestalten

Durchgeführt wurde die Befragung mittels eines Fragebogens, den zwei Sozialraumkoordinator\*innen und ein Jugendhilfeplaner des Bezirksamtes Reini-

ckendorf mit Unterstützung der Drehscheibe Kinder- und Jugendpolitik Berlin entwickelt haben. Der Befragung war ein umfangreicher Beratungsprozess durch die Drehscheibe vorausgegangen.

Im Beratungsprozess wurde deutlich, dass ein Beteiligungsprojekt ausschließlich zur Gestaltung der Jugendfreizeiteinrichtung nicht reichen würde. Notwendig war eine umfängliche Befragung darüber, was Kinder und Jugendliche im Bezirk Reinickendorf Nord wollen. Wer nutzt die Einrichtungen – und welche Angebote sind gewünscht?

Die Drehscheibe unterstützte dabei, zu definieren, welche Parteien in den Prozess mit eingebunden werden müssen: Fachkräfte sowohl in der Verwaltung als auch in den einzelnen Jugendfreizeiteinrichtungen sowie Schulsozialstationen, Lehrer\*innen und Politiker\*innen, insbesondere der Stadtrat für Jugend – und dann natürlich die Jugendlichen selbst. Durchgeführt wurde dann ein Fachtag für

Fachkräfte der Jugendarbeit an Schulen und in Jugendfreizeiteinrichtungen, um das Thema Beteiligung im Bezirk und die Weiterentwicklung des konkreten Projekts vorzustellen.

Nach der Auswertung des Fachtags wurde der Fragenkatalog entwickelt. Dieser wurde an alle Sekundarschulen und Gymnasien in der Region Nord verteilt. Der Rücklauf war überraschend hoch. Es wurden über 1.500 Fragebögen ausgefüllt und zurückgegeben. Die Sozialraumkoordinator\*innen und der Jugendhilfeplaner werteten sie aus. Die Ergebnisse wurden auf einem eigenen Fachtag für Kinder und Jugendliche vorgestellt. Diese bearbeiteten in Kleingruppen die Ergebnisse weiter und entwickelten dabei konkrete Vorschläge für die neugestaltete Jugendfreizeiteinrichtung sowie konkrete Wünsche für die Region Reinickendorf Nord. Diese wurden in einem so genannten Gallery-Walk dem damaligen Stadtrat für Jugend vorgestellt. Im anschließenden Gespräch mit den Jugendlichen erläuterte der Stadtrat, welche Ideen der jungen Menschen er umsetzen kann und wo er Hindernisse für eine Umsetzung sieht. Er sagte den Jugendlichen zu, mit ihnen in Kontakt zu bleiben und sie über die Fortschritte zu informieren.

Das oben beschriebene Szenario fasst einen rund einjährigen Beratungs- und Begleitprozess der Drehscheibe zusammen und bildet einen wesentlichen Kern der Arbeit des Projekts. Träger der Drehscheibe ist die Stiftung Sozialpädagogisches Institut Berlin »Walter May« (Stiftung SPI). Finanziert wird die Drehscheibe zu hundert Prozent aus Mitteln des Landes Berlin. Im Auftrag der Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie übernimmt sie die Aufgabe einer Landeskoordinierungsstelle für Kinder- und Jugendbeteiligung. Dafür stehen insgesamt 60 Fachstunden pro Woche, die auf zwei Kolleg\*innen aufgeteilt sind, zur Verfügung. Der primäre Auftrag besteht darin, Bezirke dabei zu unterstützen, verlässliche Strukturen für Kinder- und Jugendbeteiligung auf beziehungsweise auszubauen. Die Zielgruppen sind in erster Linie Fachkräfte in den Bezirksämtern und Einrichtungen vor Ort sowie Bezirkspolitiker\*innen, die für die Bereiche Jugend Verantwortung tragen. Nicht immer ist eine Begleitung eines Bezirks so intensiv gestaltet wie zuletzt in Reinickendorf. Aber allen gemeinsam ist die stets parteiliche Arbeit für die Belange junger Menschen.

### Ohne Mitstreiter\*innen geht es nicht

Auch wenn das Thema Beteiligung/Partizipation seit längerem an Bedeutung gewinnt, braucht es viele Mitstreiter\*innen, damit verlässliche Beteiligungsstrukturen in den Berliner Bezirken wachsen. Das Beispiel aus Reinickendorf zeigt sehr gut, wie viele Parteien dazu beitragen – und tatsächlich kommt es auf jede\*n Einzelne\*n an. Deshalb vernetzt die Drehscheibe die Fachkräfte, die zum Thema Beteiligung

und Partizipation in den Bezirken arbeiten. Mitglieder des Netzwerkes sind Kinder- und Jugendbeteiligungsbüros, Kinder- und Jugendbeauftragte, Mitarbeitende der Kinder- und Jugendparlamente, bezirkliche Beteiligungskoordinator\*innen und außer der Drehscheibe weitere Landesinstitutionen. Gemeinsam tauscht sich das Netzwerk zu Entwicklungen in den Bezirken aus, formuliert Qualitätskriterien für gelingende Beteiligungsstrukturen und entwickelt Öffentlichkeitskampagnen.

Die Beteiligungsstrukturen in Berlin entwickelten sich langsam, aber stetig. Mit der Novellierung des Jugendwohlfahrtsgesetzes zum Kinder- und Jugendhilfegesetz 1991 und mit der Ratifizierung der UN-Kinderrechtskonvention durch Deutschland erhielten junge Menschen in den Berliner Bezirken zunehmend Beteiligungsrechte. Damit die Bezirke Anreize hatten, Beteiligungsstrukturen zu etablieren, kooperierte die Drehscheibe mit unterschiedlichen Institutionen, wie zum Beispiel mit der Jugend- und Familienstiftung des Landes Berlin oder der Kreuzberger Kinderstiftung. Mit den aufgelegten Förderprogrammen konnten Kinder- und Jugendbüros an den Start gehen. Mit dem seit dem Jahr 2014 aufgelegten Jugenddemokratiefonds »stark gemacht« des Landes Berlin werden Projekte unterschiedlichster Art von und für Kinder und Jugendliche sowohl in den Bezirken als auch für das Land Berlin zum Thema Beteiligung gefördert. Die Drehscheibe übernimmt hierbei die Betreuung der Einrichtungen, die im jeweiligen Bezirk Kinder- und Jugendjurs ausrichten und die entsprechende Förderung aus dem Jugenddemokratiefonds erhalten.

### Beteiligung zwölf Mal anders

Da die Berliner Bezirke eigens verfasste Kommunen sind, sehen die jeweiligen Beteiligungsstrukturen für Kinder und Jugendliche recht unterschiedlich aus. Mit dem neuen Berliner Jugendförder- und Beteiligungsgesetz, das im Januar 2020 in Kraft getreten ist, sind die Bezirke nun dazu angehalten, jeweils eine Beteiligungscoordination einzurichten und müssen alle vier Jahre einen Jugendförderplan unter Beteiligung von Kindern und Jugendlichen aufstellen. Das soll in Kooperation mit den bereits bezirklich etablierten Strukturen der Kinder- und Jugendbeteiligung geschehen. Dadurch hofft das Land Berlin, vielen jungen Menschen mehr Einfluss im Bezirk zu ermöglichen. ■

*Pia Yvonne Schäfer,  
Diplom-Sozialpädagogin (FH)  
Projektkoordination Drehscheibe  
Kinder- und Jugendpolitik Berlin,  
Stiftung SPI*



»Der primäre Auftrag besteht darin, Bezirke darin zu unterstützen, verlässliche Strukturen für Kinder- und Jugendbeteiligung auf- und auszubauen.«



### Wo fangen Beteiligung, Partizipation, Teilhabe an, wo hören sie auf?

*Mit dieser Frage ist die Drehscheibe ständig beschäftigt. Wenn ihr einen Beteiligungsprozess mit jungen Menschen starten wollt, meldet euch bei der Drehscheibe. Wo sie können, unterstützen die Mitarbeiter\*innen euch oder bringen euch mit den richtigen Partner\*innen zusammen.*



[www.mitbestimmen-in-berlin.de](http://www.mitbestimmen-in-berlin.de)



# Von »Sprachdefiziten« und anderen Mythen

**Mehrsprachigkeit bei Kindern oder Mitarbeiter\*innen wird in Kitas oft beargwöhnt. Dabei sollte sie als Chance betrachtet und gefördert werden**

---

von Bedia Akbaş und Ayça Polat

**B**undesweit haben etwa 28 Prozent der Kinder unter sechs Jahren in Kitas einen ›Migrationshintergrund‹. Diese Tendenz ist seit Jahren steigend. Wenngleich Mehrsprachigkeit als Mehrwert in Bildungs- und Erziehungsplänen betrachtet wird, spiegelt sich diese Realität kaum in den elementarpädagogischen Konzepten und Förderansätzen wider. Vielmehr scheinen Pädagog\*innen ihre vorrangige Aufgabe darin zu sehen, den Erwerb der deutschen Sprache als einzig legitime Sprache im monolingualen Kontext der Frühpädagogik zu fördern. Diese Perspektiven sind eingebettet in einen jahrzehntelangen wirkmächtigen Neo-Linguizismus im deutschen Bildungssystem. Darunter ist eine Benachteiligung beziehungsweise Diskriminierung von Menschen aufgrund ihrer Herkunftssprache zu verstehen. Dieser Blick auf Sprache zeigt sich beispielsweise darin, dass die Mehrsprachigkeit der Mehrheit der Kinder mit ›Migrationshintergrund‹ als ‚störend‘ definiert wird, wenn sie nicht die in Schulcurricula enthaltenen Sprachen wie

Englisch oder Französisch umfasst sowie keine ökonomistische Verwertbarkeit der jeweiligen Sprachen für Bildungs- und Berufsverläufe angenommen wird.

## **Mehrsprachigkeit frühpädagogischer Fachkräfte**

Monolingualer Habitus und Neo-Linguizismus zeigt sich auch im Umgang mit der Mehrsprachigkeit der frühpädagogischen Fachkräfte. 2016 lag der Anteil an Beschäftigten mit ›Migrationshintergrund‹ im frühpädagogischen Bereich bei 13 Prozent. Auch die Verbleibsquote fällt signifikant geringer aus: Nur die Hälfte der Kinderpfleger\*innen, Sozialassistent\*innen und Erzieher\*innen mit ›Migrationshintergrund‹ verbleiben nach ihrer Ausbildung im Berufsfeld. Zudem sind sie überproportional häufig von Befristung ihrer Beschäftigungsverhältnisse und atypischen Arbeitsbedingungen wie geringfügiger Beschäftigung und Sicherung des Lebensunterhalts über Transfergeleis-

tungen und Einkommensarmut betroffen.

Die Studie »Von Sprachdefiziten und anderen Mythen« untersucht die Ursachen der unterschiedlichen Teilhabechancen von Fachkräften mit ‚Migrationshintergrund‘ in der Frühpädagogik.

## **Anerkennung migrationsbedingter Mehrsprachigkeit**

Für die Studie war die folgende Fragestellung von zentraler Bedeutung: Unter welchen Bedingungen werden linguizistische Normgebungen im frühpädagogischen Handlungsfeld erzeugt und inwieweit wird migrationsbedingte Mehrsprachigkeit anerkannt und als fördernd im pädagogischen Alltag eingebunden?

Unter Einsatz sowohl quantitativer als auch qualitativer Forschungszugänge wurden Kindertagesstätten-Leitungskräfte und pädagogische Fachkräfte mit ›Migrationshintergrund‹ in Kindertagesstätten befragt. Die Ergebnisse der Studie bestätigen sowohl die Unterrepräsentation von Fach-

kräften mit ›Migrationshintergrund‹ im elementarpädagogischen Berufsfeld als auch ihre schlechteren Berufs- beziehungsweise Aufstiegsperspektiven. Als Ursachen konnten neo-linguizistische Bevorzugungen von Fachkräften mit westeuropäischen Sprachen und institutionelle Formen der Benachteiligung von Bewerber\*innen entlang der Kategorie Sprache bei Einstellungs- und Beförderungsverfahren identifiziert werden. Begleitet werden diese Praxen der Diskriminierung zum Teil durch kulturrassistische Kollektivannahmen, wie zum Beispiel, dass Fachkräfte mit russischem ›Migrationshintergrund‹ »autoritär« seien. Für die Einrichtungen in kirchlicher Trägerschaft ist zudem anzumerken, dass Leitungspositionen mit der Begründung einer »verkündigungsnahe« Tätigkeit nur Fachkräften mit christlichem Bekenntnis zugänglich sind. Vor dem Hintergrund, dass Kindertageseinrichtungen in kirchlicher Trägerschaft regional teilweise einen hohen Anteil ausmachen, stellt die ‚Bekenntnis-Anforderung‘ für nicht-christliche Fachkräfte eine weitere Zugangs- und Aufstiegsbarriere dar.

Die in der Studie beobachteten Aufstiegs- und Beschäftigungsbedingungen machen das Berufsfeld Elementarpädagogik für Fachkräfte mit ›Migrationshintergrund‹ in spezifischer Weise unattraktiv und führen zum niedrigen Verbleib. Ihre

---

## »Das Einläuten eines Perspektivwechsels hin zur Migrationspädagogik ist aus unserer Sicht für das Berufsfeld nicht nur hilfreich, sondern auch notwendig.«

---

Mehrsprachigkeit wird kaum anerkannt und in die pädagogische Arbeit eingebunden. Zudem findet die Unterstützung zum berufsbegleitenden Lernen der deutschen Sprache kaum Beachtung. Bei der derzeitigen Situation im elementarpädagogischen Berufsfeld kann davon ausgegangen werden, dass ein Beharren auf dem B2/C1 Deutschsprachniveau sich perspektivisch als nicht funktional für die pädagogischen Institutionen erweisen wird. Akzentfreies Deutsch sagt nichts über die fachlichen Kompetenzen der Personen aus.

Die kritischen Auseinandersetzungen mit Dominanz- und Herrschaftsverhältnissen, die sich zum Beispiel darin zeigen, dass Leitungspositionen hauptsächlich von Fachkräften ohne ›Migrationshintergrund‹ besetzt werden und Mehrsprachigkeit kaum Anerkennung findet, halten wir für eine wesentliche Voraussetzung von migrationsgesellschaftlichen Öffnungsprozessen. Dies gilt auch für den Umgang mit religiöser Zugehörigkeit in einer multireligiösen und zunehmend konfessionsfreien Migrationsgesellschaft.

Durch migrationsgesellschaftliche Öffnung können kulturalisierende und diskriminierende Zuschreibungen bei Aufnahme- und Einstellungsverfahren sowie im beruflichen Alltag thematisiert und unterstützende Instrumente angeboten werden. Die Ausbildungsstätten können dabei einen wichtigen Beitrag zum Paradigmenwechsel beitragen. Das Einläuten eines Perspektivwechsels hin zur Migrationspädagogik ist aus unserer Sicht für das Berufsfeld nicht nur hilfreich, sondern auch notwendig. Verbunden ist damit auch eine inhaltliche und konzeptionelle pädagogische Ausrichtung in den Ausbildungs- und Weiterbildungscurricula, die rassismuskritische Ansätze aufgreift. ■

*Um die problematische Konstruiertheit und die provisorische Verwendung des Begriffs ›Migrationshintergrund‹ anzuzeigen, markieren die Autorinnen ihn mit einfachen Anführungszeichen.*

---

*Bedia Akbaş und Ayça Polat,  
Professorinnen für Soziale Arbeit,  
FH Kiel und HS Osnabrück*

## Vertrauen schützen

### Das Bündnis für Zeugnisverweigerungsrecht in der Sozialen Arbeit will mehr Rechte für Sozialarbeiter\*innen

---

*von Fabian Schmidt*

**D**as Zeugnisverweigerungsrecht ist kein alltäglicher Begriff, der uns oft unterkommt. Vielleicht kennt man es aus Krimis, wenn eine Figur vor Gericht keine Aussage geben will, um ihren Ehepartner nicht zu belasten. Neben Geistlichen, Anwalt\*innen und Therapeut\*innen können auch Mitarbeiter\*innen von Schwangerschaftsberatungen und von Beratungsstellen in der Drogenberatung unter Umständen eine Aussage verweigern, wenn es ihre Klient\*innen belasten würde.

Aber da ist auch schon Schluss im Abs. 1 §53 der Strafprozessordnung (StPO). An-

dere Tätigkeiten in der Sozialen Arbeit sind bisher davon ausgeschlossen. Ob man in einer stationären Einrichtungen mit Jugendlichen arbeitet, die vielleicht mal »Mist« bauen oder in der Familienhilfe oder einem Jugendclub, wo einem auch mal Themen anvertraut werden, bei denen die Grenzen des Gesetzes überschritten wurden. Wird man als Zeuge befragt, muss Auskunft gegeben werden. Das macht die Beziehungsarbeit, die einer der Grundpfeiler der Sozialen Arbeit ist, nicht einfacher.

Das Bundesverfassungsgericht hat 1972 dagegen entschieden, Sozialarbeiter\*innen

in das Zeugnisverweigerungsrecht zu nehmen. Als Begründung gab das BVerfG an, »dass der Berufsstand der Sozialen Arbeit über keine besondere Vorbildung verfüge« und dass das »Vertrauensverhältnis in der Sozialen Arbeit nicht besonders schützenswert sei«. Diese Begründung ist spätestens heute nicht mehr haltbar. So sieht das auch das »Bündnis für Zeugnisverweigerungsrecht«, das das Zeugnisverweigerungsrecht für die Soziale Arbeit erweitern will. Im April wird die Fachgruppe Kinder-, Jugend- und Sozialarbeit dazu eine offene Veranstaltung organisieren, um unsere Position auszuloten. Interessierte sind willkommen. Kontakt: [FG.Sozialwesen@gew-berlin.de](mailto:FG.Sozialwesen@gew-berlin.de) ■

---

*Fabian Schmidt,  
Leiter des Vorstandsbereichs Kinder-, Jugendhilfe und Sozialarbeit*



# Beziehungsarbeit und Vertrauen

Dewi Försterling erzählt von ihrer Arbeit als Sozialpädagogin mit Jugendlichen in einer therapeutischen Wohngemeinschaft

Das Interview führte Jeannine Schätzle

**bbz:** Erzähl doch mal, wie bist du zur Sozialen Arbeit gekommen?

**Försterling:** Ich bin schon immer gerne als Betreuerin auf Gruppenreisen mitgegangen. Es hat mir so einen Spaß gemacht, mit den Kindern und Jugendlichen zu verreisen und die Zeit zusammen zu verbringen, dass ich gedacht habe, ich bräuchte einen Job, der so etwas Ähnliches bietet. Und so bin ich dazu gekommen, in der DDR Heimerzieherin zu werden. Später habe ich noch einmal berufsbegleitend Sozialpädagogik studiert.



**In welcher Einrichtung bist du tätig?**

**Försterling:** Ich arbeite in einer therapeutischen Wohngemeinschaft für Kinder und Jugendliche im Alter von 14 bis 20 Jahren, die suizidgefährdet sind und sich in psychischen Krisen befinden.

**Was unterscheidet eine therapeutische Wohngemeinschaft von anderen Arten der Unterbringung?**

**Försterling:** Bedingung bei uns ist, dass die Jugendlichen eine Therapie machen, allerdings nicht innerhalb unserer Wohngemeinschaft. Sie brauchen alle eigene Therapeut\*innen. Wir helfen ihnen bei der Suche, was zurzeit recht schwierig

ist. Übergangsweise können auch die Kolleg\*innen unserer Beratungsstelle und unsere therapeutische Leiterin die Jugendlichen psychologisch betreuen.

**Und ihr vor Ort?**

**Försterling:** Wir begleiten die Jugendlichen, organisieren ihr Leben und bieten intensive Gespräche an, allerdings immer in Abgrenzung zur Therapie. Wir haben zwar keine therapeutische Zusatzausbildung, werden aber von unserer Chefin gecoacht, die Therapeutin ist. In unseren Teamsitzungen und Supervisionen besprechen wir, wie wir mit den Jugendlichen in der Wohngemeinschaft arbeiten wollen und sind zudem im Austausch mit den Therapeut\*innen. Wir arbeiten also in einem therapeutischen Milieu mit verschiedenen Berufsgruppen.

**Die Jugendlichen kommen zu euch, nachdem sie vorher schon stationär psychiatrisch betreut worden sind?**

**Försterling:** Ja, die meisten kommen direkt aus der Klinik, aus der Kinder- und Jugendpsychiatrie. Es kommen aber auch Jugendliche übers Jugendamt, wenn Eltern sich dort hinwenden oder sie selbst um Hilfe bitten oder aus Krisenwohnungen.

**Kannst du ein bisschen erzählen, wie sich dein Arbeitsalltag gestaltet?**

**Försterling:** Man kommt in den Dienst, hat eine Übergabe mit der\*em Kolleg\*in für eine Stunde und dann ist man meistens allein mit den Jugendlichen, organisiert alles für das tägliche Leben und ist Ansprechpartner\*in. Wir haben zwei Tage

in der Woche, an denen wir Gruppenangebote anbieten können und uns besprechen können, da wir dann stundenweise zu zweit arbeiten.

**Das heißt, dass man individuelle Betreuung eher nicht leisten kann?**

**Försterling:** Das ist schon schwierig. Wir bieten einmal in der Woche Befindlichkeitsgespräche an, welche ungefähr eine Stunde dauern. Das ist dann ein Einzelkontakt, aber dass wir eine Unternehmung mit ihnen allein machen, ist eher selten. Es gibt die Regel, dass es mindestens zwei Jugendliche sein müssen, mit denen wir zum Beispiel ins Kino gehen. Wir sitzen auch mal mit Einzelnen im Gruppenraum, begleiten sie bei individuellen Terminen, bereiten Hilfeplangespräche mit den Jugendlichen vor und begleiten sie dabei. Grundsätzlich ist es eher Gruppenarbeit.

**Was glaubst du, welche Kompetenzen man in diesem Job braucht?**

**Försterling:** Wichtig ist, dass man gerne mit diesen Jugendlichen arbeitet, nicht die Lust verliert, emphatisch ist, Interesse an ihren Lebensgeschichten hat und eine systemische Sichtweise mitbringt. Man muss einen roten Faden haben, an dem sich die Jugendlichen orientieren können und sehr berechenbar sein. Eine liebevolle Strenge und Humor zugleich. Es geht ja letztlich um Beziehungsarbeit und Vertrauen.

**Kannst du erzählen, warum du dich genau für diesen Schwerpunkt entschieden hast?**

**Försterling:** Ich habe nach meiner Ausbildung erst mit behinderten Menschen gearbeitet, anschließend war ich in einem Kinderheim für sexuell missbrauchte Kinder und Verdachtsfälle tätig. Durch einen Trägerwechsel beim Kinderheim bin ich bei meinem jetzigen Träger gelandet, bei dem ich viele verschiedene Projekte kennengelernt habe, beispielsweise diese

**»Wir begleiten die Jugendlichen, organisieren ihr Leben und bieten intensive Gespräche an.«**



---

»Irgendwann habe ich gemerkt, dass ich mit Kindern und Jugendlichen arbeiten möchte, die aus schwierigen Verhältnissen kommen, bestimmte Traumata erfahren haben.«

---

therapeutische Wohngemeinschaft für Jugendliche. Irgendwann habe ich gemerkt, dass ich mit Kindern und Jugendlichen arbeiten möchte, die aus schwierigen Verhältnissen kommen, bestimmte Traumata erfahren haben. Man kann sie gut erreichen und ihnen ein alternatives Modell anbieten, auf das sie zurückgreifen können.

*Aber die Jugendlichen haben ja schon noch ein Elternhaus. Kommen die Eltern auch zu Besuch? Macht ihr Elternarbeit?*

**Försterling:** Sie haben alle Eltern, mit denen mal mehr, mal weniger Kontakt besteht. Die Elternarbeit findet in dem Rahmen statt, dass wir regelmäßige Telefonate mit ihnen führen und unsere therapeutische Leiterin Gespräche anbietet. Je nach Situation und Bedarf werden gemeinsame Gespräche mit den Eltern und Jugendlichen geführt. Die Jugendlichen dürfen ihre Eltern auch besuchen und dort übernachten. Manche nehmen es in Anspruch, manche eben nicht. Manchmal ist es so, dass sich die Beziehung zu den Eltern während des Aufenthaltes bei uns in der Wohngemeinschaft verändert. In den meisten Fällen entspannt sie sich, weil sie von unserer therapeutischen Leiterin und von uns begleitet wird.

*Was macht dir besonderen Spaß an deiner Arbeit?*

**Försterling:** Ich gehe jeden Tag gerne zur Arbeit und ich freue mich auf die Jugendlichen. Es ist schön, wenn man merkt, dass sie das Beziehungsangebot annehmen. Sie werden in den Gesprächen ernst genommen, so dass sie einem aus ihrer Kindheit erzählen. Viele Jugendliche

wenden sich an mich, wenn sie Probleme haben und sind interessiert daran, meine Meinung zu hören, was bestimmte Verhaltensmuster betrifft. Ich mache gerne Gruppenarbeit und Ausflüge. Aber ich finde es auch gut, mit ihnen zusammen zu sitzen und eine entspannte Atmosphäre zu haben, individuell mit ihnen zu arbeiten und so in Beziehung zu gehen und damit etwas zu erreichen.

---

»Ein großes Problem ist der Personalmangel.«

---

*Gibt es neben den positiven Sachen etwas, das schwierig ist, oder gibt es Dinge, beispielsweise in der Einrichtung oder Rahmenbedingungen, die besser sein könnten?*

**Försterling:** Ein großes Problem ist der Personalmangel. Das ist bei uns besonders heikel. Wenn ein\*e Kolleg\*in zum Beispiel kündigt, haben wir nie gleich Ersatz, der die Stelle annimmt, und das heißt, dass wir monatelang unterbesetzt arbeiten. Für jede\*n einzelne\*n bedeutet es viele Überstunden und mehr Stress. Die Aufgaben verteilen sich auf weniger Mitarbeiter\*innen. Zudem ist die Einarbeitung von neuen Kolleg\*innen immer sehr anstrengend, weil es viel ist, was man ihnen nebenbei erklären muss. Wir hatten zeitweise eine Springerin, das war ein ganz gutes Konzept, aber sie hat wieder aufgehört und jetzt suchen wir wieder ein\*e. Seit Monaten findet sich niemand. Man muss deshalb oft kurzfristig einspringen, umdisponieren, im Notfall

hinfahren und Überstunden machen. Für das eigene Familienleben ist es eine echte Herausforderung.

Auch das Verhältnis von Leitung und Team ist immer wieder eine Herausforderung. Da habe ich manchmal das Gefühl, es wäre gut, wenn die Leitung ein bisschen mehr von der pädagogischen Arbeit mitkriegt und sehen würde, was wir alles allein im Dienst bewältigen. Das ist manchmal unglaublich, was wir alles meistern, wenn wir mit den sechs Jugendlichen arbeiten, die alle ihre Geschichten und Problemen mitbringen und nebenbei noch alles, was in der Wohnung anfällt.

*Was würdest du dir wünschen, was die Arbeit nochmal angenehmer machen würde oder eine Erleichterung wäre?*

**Försterling:** Ich würde mir mehr Wertschätzung wünschen. Es wird oft schneller kritisiert als gelobt. Man neigt dazu, die positiven Sachen nicht so zu benennen wie Dinge, die nicht gut laufen. Das gehört zur Mitarbeiter\*innenpflege, vielleicht auch um Kolleg\*innen länger zu halten. Und ich würde mir mehr Fehlerfreundlichkeit wünschen. Es ist ja logisch, wenn man einen 24-Stunden Tag alleine managt, dass mal was untergehen kann oder man einen falschen Satz sagt. Auf jeden Fall brauchen wir einen anderen Personalschlüssel. ■

---

Jeannine Schätzle,  
Sozialarbeiterin und  
Betriebsrätin, Mitglied  
der bbz-Redaktion





# Was macht Soziale Arbeit in der Kita?

**In den Kitas war lange von Sozialarbeit nicht die Rede. Nun ist sie schon eine Weile zumindest Gesprächsthema. Auch wenn noch viel zu wenige Einrichtungen Kita-Sozialarbeiter\*innen vor Ort haben**

von Gabi Kelch

Lange galten Bildung und Erziehung von jüngeren Kindern als etwas, das jede\*r konnte. Durch die Einführung von Bildungsprogrammen ist ein größeres Bewusstsein darüber entstanden, was die Profession der pädagogischen Fachkräfte ausmacht. Es ist deutlich geworden, dass die Zusammenarbeit mit den Familien von immenser Bedeutung ist. Allerdings auch, dass es die Personalberechnung überhaupt nicht möglich macht, Familien, die mehr Unterstützung benötigen, gut zu begleiten und aktiv zu unterstützen. Erzieher\*innen fühlen sich dafür häufig nicht ausreichend ausgebildet. Um Prävention, um chancengerechtes Aufwachsen von Kindern und um die Auflösung herkunftsbedingter Benachteiligung geht es. In Kitas haben Familien durch die zumeist vertrauensvolle Zusammenarbeit die Möglichkeit, schnell Schwierigkeiten anzusprechen. Oder Fachkräfte beobachten diese und sprechen sie an. Durch Kita-Sozialarbeit gibt es insbesondere zeitliche Ressourcen zur individuellen Unterstützung der Familien. Sie stellt eine Möglichkeit des Lückenschlusses zwischen Frühen Hilfen und Schulsozialarbeit dar. Die Prinzipien sind klar: Frei-

willig, niedrigschwellig, unbürokratisch, präventiv und sozialraumorientiert soll sie sein.

## Zeit für die vielfältigen Anliegen von Eltern

Die Sozialarbeiter\*innen arbeiten vor Ort, sie sind den Eltern bekannt und die Kontaktaufnahme geht so nebenbei. Eltern können Einzelberatungen und Gruppenangebote wahrnehmen. Angebote gibt es von Bewegung über Freizeitgestaltung zur gesunden Ernährung. Einzelgespräche können zu weiteren Gesprächen mit den pädagogischen Fachkräften führen, aber auch zur Begleitung in andere Institutionen. Je nach dem, was benötigt wird. Das Motto »Hilfe zur Selbsthilfe« wird großgeschrieben, damit Familien ihre Handlungsmöglichkeiten selbst erkennen, Ressourcen eigenaktiv und eigenverantwortlich nutzen und mehr Selbstvertrauen gewinnen. Die Vernetzung in Gruppenangeboten, wie beispielsweise Eltern- oder Sprachcafés, bietet den Beteiligten die Möglichkeit, sich untereinander besser kennen zu lernen.

Im Kirchenkreis Spandau wurde 2015 das Projekt »Erweiterte Elternarbeit« in einem Brennpunktkiez ins Leben gerufen. Die Wirksamkeit im Sinne der Prävention wurde als hoch bewertet und so kam 2016 ein zweites Projekt dazu, das aus Mitteln der »Sozialen Stadt« gefördert wurde und wird. Beide Projekte wurden erfolgreich evaluiert. Im Jahr 2020 wurde der Deutsche Kita-Preis indirekt an ein Kita-Sozialarbeit-Projekt verliehen. Einer der vier zweiten Plätze ging an das Bildungsnetz Heerstraße Nord – AG frühe Förderung aus Berlin-Spandau und damit an das Projekt der Kita-Sozialarbeit im Kirchenkreis. Die Jury lobte die Arbeit für den frühzeitigen Ansatz für nachhaltige Verbesserungen der Lebenschancen der Kinder, die innovativen Lösungen der multiprofessionellen Zusammenarbeit, das starke Engagement für Chancengleichheit und die ganzheitliche, niedrigschwellige Hilfe zur Selbsthilfe. Kurzfristig gab es Mittel aus einem bezirklichen Budget zur Gewaltprävention, um zwei Sozialarbeiter\*innen zu beschäftigen. Diese Mittel sind leider nicht verlängert worden.

## Wir wünschen uns die Regelfinanzierung der Kita-Sozialarbeit

Einige Träger setzen die finanziellen Mittel, die sie durch das sogenannte Gute-Kita-Gesetz und die Einführung der Brennpunktzulage erhalten, für den Einsatz von Kita-Sozialarbeiter\*innen ein. Das ist eine gute Entlastung für die Fachkräfte und eine sehr gute Unterstützung für die Familien.

Aktuell läuft eine Postkartenaktion, die die Senatsverwaltung zum Ausbau der Kita-Sozialarbeit und zur Erarbeitung berlinweiter verbindlicher Standards zu Sozialarbeit in Kitas auffordert. Wir haben die Erfahrung gemacht, dass sich diese Investition langfristig auszahlt. Daher wünschen wir uns eine Regelfinanzierung der Kita-Sozialarbeit für alle Kindertageseinrichtungen durch die Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie. ■

Gabi Kelch,  
Fachberatung für  
Kindertageseinrichtungen  
im Kirchenkreis Spandau



# GEW hält jung!

**Klaus Will und Dieter Haase haben 15 Jahre die *bbz*-Beilage für das gehobene Alter »SenioRita« gemacht. Nach 44 Ausgaben hören sie nun auf**



*Das Interview führte Markus Hanisch*

*bbz: Lieber Klaus, lieber Dieter, sonst interviewt ihr an dieser Stelle verdiente GEW-Kolleg\*innen. Heute ist es mal andersherum, und ich stelle euch die Fragen. Der Grund ist, dass dies eure letzte SenioRita sein wird. Wir wollen gemeinsam zurückblicken. Was hat euch vor 15 Jahren dazu bewogen, mit der SenioRita anzufangen?*

**Haase:** Bevor wir mit der SenioRita angefangen haben, hatten wir uns an der Bundeszeitung »Dialog« beteiligt. Das war aber eher eine »Bleiwüste«, die auch von den Senior\*innen nicht so sehr gelesen wurde. Wir wollten es anders machen, ein bisschen lockerer.

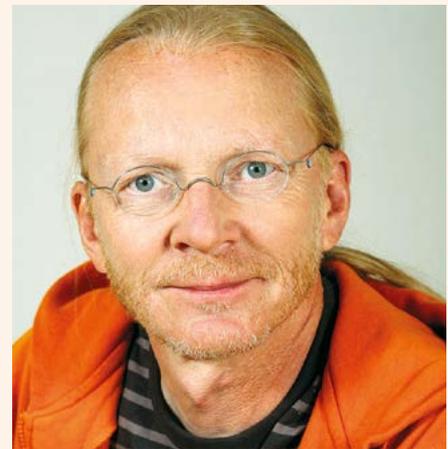
**Will:** Bis dahin waren die Themen der Senior\*innen-Beilage: Rentenberechnung, wie bleibe ich gesund und wie hoch sind die Pflegekosten? Das kann doch nicht alles sein, haben wir gedacht. Wir können ältere Menschen nicht darauf reduzieren, dass sie öfter krank und bedürftig sind.

**Haase:** Es gab zeitgleich auch einen Umbruch bei unseren Senior\*innen. 2007 hat sich eine Gruppe »Junger Alter« neben dem Landessenioren\*innenausschuss gefunden, die sich eine andere Senior\*innenarbeit vorgestellt haben, mit politischen Diskussionen, Kultur, Chor und Aktionen. Das passte gut zusammen.

*Was ich beim Lesen der SenioRita immer besonders wahrgenommen habe, sind die Interviews zur Gewerkschaftsgeschichte. War das von Anfang an der Kern eurer Idee?*

**Will:** Es war Teil der Idee, dass die SenioRita eben nicht nur Senior\*innen lesen, sondern auch andere Mitglieder.

**Haase:** Ob das mit den Interviews ankommt, da waren wir uns anfangs nicht so sicher. Es stellte sich aber schnell



**Klaus Will und Dieter Haase wollen endlich wieder reisen: ohne Corona und ohne SenioRita**

raus, dass wir mit den Interviews viel Resonanz bekamen – es kamen viele Zuschriften und Anrufe.

*36 Interviews habt ihr in den 15 Jahren in der SenioRita geführt. Welche Geschichten sind euch besonders in Erinnerung geblieben?*

**Will:** Das aufwendigste Interview war zweifellos das mit Claus Duske in der *Dezember-blz* 2007. Der hat so interessant von seinem Projekt »Generationsübergreifendes Lernen« im Stadtgut Blankenfelde erzählt, dass wir da unseren Fotografen Christian von Polentz hingeschickt haben, der es dann tatsächlich geschafft hat, zu diesem Projekt auch ein aussagekräftiges Foto zu machen. Die gute Zusammenarbeit zwischen SenioRita und den GEW-Senioren\*innen zeigt das Interview mit Hilde Schramm. Sie hatte 2012 ein Buch über ihre beeindruckende Lehrerin Dora Lux veröffentlicht, die als Jüdin

in Berlin überlebt hatte und dann Hildes Lehrerin in Heidelberg war. Das war natürlich nicht nur ein Thema für Senior\*innen, sondern traf auf breites Interesse, zumal Hilde in GEW-Kreisen gut bekannt war. Wir haben ein Interview über das Buch mit ihr geführt und auf die Lesung hingewiesen (*blz* September 2012). Die Veranstaltung selbst wurde von den damals noch Jungen Alten organisiert und durchgeführt.

Den schönsten Aufmacher hat Sabine Tietjen geliefert: »Das Leben rückwärts verstehen« hieß ihr Artikel über autobiografisches Arbeiten. Überhaupt könnte man mit dem Titel eine ganz eigene Geschichte der SenioRita schreiben: »Gern gearbeitet, gern gegangen« hieß beispielsweise das Interview mit Susanne Pape. Und »Der Weg ist das Ziel« war das Interview mit Rosi Seggelke und Peter Sinram überschrieben, die über ihre Reisen mit dem Wohnmobil berichtet hatten. ▶

Über das Interview mit Detlef Mücke stand der Titel »Für eine lustbetonte Gewerkschaftsarbeit«.

*Und was hat euch bei all den Interviews besonders berührt?*

**Will:** Die älteren Kolleg\*innen waren für uns immer besonders interessant: Lore Kujawa oder Sigrid Gärtner haben von ihren Erfahrungen aus der Nachkriegszeit berichtet. Da merkt man, dass das andere Schicksale sind als die unserer heutigen Funktionär\*innen.

*Was habt ihr in all den Jahren über das Alter und das Altern gelernt?*

**Will:** Dass es Leute gibt, denen man das Alter gar nicht anmerkt. Die sind genauso fidel und wach wie alle anderen und können immer noch viel erzählen. Je mehr man nachbohrt, desto mehr wird erzählt. Alte Leidenschaften bleiben erhalten.

**Haase:** Fast alle, die wir interviewt haben, sind auch im Ruhestand politisch aktiv geblieben, haben sogar neue Leidenschaften entdeckt und die GEW auch zum großen Teil genutzt, um ihre Ideen umzusetzen. Die waren wirklich fast alle noch aktiv. Man könnte sagen: »GEW hält jung«.

*Euer Rat für angehende GEW-Senior\*innen?*

**Will:** Auf jeden Fall aktiv bleiben! Man hört ja nicht von heute auf morgen auf. Das ist auch ungesund.

*Müsste die GEW eurer Ansicht nach mehr für die älteren Mitgliedergruppen tun?*

**Haase:** Als ich in der GEW angefangen habe, ging es darum, die Senior\*innen zu betreuen. Da sind wir seit Mitte der 2000er längst weiter. Die Senior\*innen organisieren sich selbst und das sehr erfolgreich. Hier entstehen die Ideen, dort wird gesagt, wir wollen jetzt noch eine Theater-AG machen und dann finden sich ein paar Leute und machen das. Wichtig ist, dass die GEW die nötigen Rahmenbedingungen für dieses Engagement bereitstellt.

**Will:** Wenn die Jungen Alten oder Senior\*innen an der Mahnwache am Wittenbergplatz nicht wären, würde diese gar nicht stattfinden. Da ist von Vorteil, dass sie viel Zeit haben, obwohl sie ja immer klagen, sie hätten so wenig Zeit.

*Viele Kolleg\*innen gehen bald in Rente. Klaus, du bist schon, und Dieter, du stehst kurz davor. Was können wir tun, damit das Wissen der Älteren nicht verloren geht?*



**Haase:** Die SenioRita sollte auch immer eine Brücke sein zwischen den Generationen. An vielen Stellen, zum Beispiel bei Patenschaften für Quereinsteigende, wird der Wissenstransfer sehr individuell umgesetzt. Ich denke, viele Kolleg\*innen würden sich freuen, wenn sie auf GEW-Ebene, auch fachbezogen und strukturiert ihr Wissen weitergeben könnten. Vielleicht sind hier neue Veranstaltungsformate denkbar.

*Nach 44 Ausgaben habt ihr nun beschlossen, dass diese SenioRita eure letzte sein soll. Wen hättet ihr noch gerne interviewt?*

**Will:** Ein Gruppeninterview würde ich noch interessant finden, beispielsweise mit dem Chor. Das Liedgut des GEW-Chors würde mich sehr interessieren. Da gibt es bestimmt heftige Diskussionen. Und außerdem: Dieter hat am Ende des Interviews mit Sigrid Gärtner (blz Dezember 2017) angekündigt, dass wir sie zu ihrem 100. Geburtstag wieder interviewen wollen, der wäre 2027 – also gar nicht mehr so lange hin! Versprechen muss man halten!

**Haase:** Wenn ich die Zeit dazu finde, will ich die Epoche um 1989 und 1990 angehen. Was in der DDR los war und was dann passierte. Die letzten 30 Jahre sind ja für mich wie im Fluge vergangen. Ich hätte nicht gedacht, dass sich mein Berufsleben mal völlig umgestalten würde. Da werde ich auf jeden Fall versuchen, Leute zusammen zu kriegen, das Wissen aus dieser Zeit aufzuschreiben.

**Will:** Die Auseinandersetzung der verschiedenen Biografien aus Ost und West in der GEW BERLIN unter dem Motto »Zwei Vergangenheiten – eine Zukunft« ist über die Jahre etwas eingeschlafen. Ich glaube, das wäre immer noch sinnvoll.

*Da gibt es also noch spannende Interviews zu führen. Aber das wollt ihr jetzt nicht mehr selber machen in der SenioRita. Warum habt ihr euch entschieden aufzuhören?*

**Haase:** Wir wollen uns nicht komplett zurückziehen, aber wir denken, dass jetzt ein guter Zeitpunkt ist, dieses Projekt zu übergeben. Natürlich hoffen wir, dass die SenioRita in irgendeiner Form weitergeht.

**Will:** Ich höre auch aus Zeitgründen auf. Ich habe noch andere Themen, unter anderem »Die duale Schule«. Die SenioRita nimmt schon ganz schön Zeit in Anspruch: dreimal im Jahr, mit Vor- und Nachbereitung. Und mehrere Sachen gleichzeitig zu machen wie früher, das macht mir inzwischen doch einige Mühe.

*Und was habt ihr vor mit der neu gewonnenen Zeit?*

**Will:** Wenn es Corona zulässt, möchte ich gerne wieder reisen. Immer, wenn ich zuletzt hätte reisen wollen, musste die SenioRita gemacht werden. Und wenn die fertig war, war Corona wieder stärker. Nervig!

**Haase:** Ich habe so viel vor, ich muss erstmal sehen, wie das ist, wenn man Freizeit hat. Ich habe einige exotische Tauchurlaube nachzuholen und will mein Wohnmobil weiter nutzen. ■

*Wir danken euch für eure Arbeit und hoffen auf viele weitere Artikel in der bbz.*

Markus Hanisch,  
Geschäftsführer der GEW  
BERLIN und Mitglied  
der bbz-Redaktion



ZEICHNUNG: WOESSNER



# Bergwandern und Kultur

Die Jungen Alten suchen neue Herausforderungen in Bayern

Von Brigitte Dillinger

**E**ine Bergwanderung mit Gewerkschaftsmitgliedern, das ist doch was! Und der September ist perfekt für solch eine Unternehmung. Vom 12. bis zum 19. September 2021 wollten wir unterwegs sein. Acht Menschen packten ihre Rucksäcke, schwerer als 8 kg sollten sie nicht sein. Jedes Stück wurde gewogen. Reiner Brettel, Urgestein der GEW, Junger Alter, Schauspieler, Musiker, Initiator von Wanderungen und Museumsbesuchen in Berlin, 82 Jahre, hatte für uns diesen Aufenthalt langfristig vorbereitet. Wenn er nicht »über alle Berge« sei, wolle er uns in die Kunst der entspannteren Bewältigung eines felsigen Untergrunds einweisen.

## Nach Oberbayern wegen der Kultur

Wassily Kandinsky und Gabriele Münter kamen im Sommer 1908 gemeinsam mit anderen Künstlern nach Murnau. Angeregt von der großflächigen, im Süden von der Alpensilhouette gerahmten Landschaft mit ihren klaren Farben, dem intensiven Licht und dem darin ruhenden

Ort, fanden sie zu einer neuen expressiven Malerei. Hier entstanden zahlreiche Landschafts- und Ortsansichten, Portraits und Stillleben, die nicht mehr dem Naturvorbild folgten, sondern subjektive Eindrücke erfassten und die vorangegangene impressionistische Malweise hinter sich ließen. In den zahlreichen Museen dieser Gegend werden Werke von Kandinsky, Marc, Münter, Campendonk, August und Helmuth Macke präsentiert.

Die erste Begegnung mit diesen Kunstwerken fand nach entspannter Bahnfahrt im Museum von Penzberg statt, einer ehemaligen Bergarbeiterstadt. Erstaunlich, was dieser kleine Ort alles bietet:

Die weltweit größte Sammlung der Werke von Heinrich Campendonk, Werke von Gabriele Münter –, darunter auch beeindruckende Hinterglasmalerei, eine alte Volkskunst, die von den Expressionisten neu interpretiert wurde.

Außerdem kann man eine Bergarbeiterwohnung ansehen, bestehend aus Stube und Küche, in der bis zu 12 Personen lebten.

Für uns besonders beeindruckend war die Ausstellung über die Mordnacht von

Penzberg am 28. April 1945, in der 16 Einwohner und Einwohnerinnen von schon besiegt geglaubten Nazis grausam ermordet worden waren. Kirsten Boies Jugendbuch »Dunkelnacht« erzählt davon aus der Sicht von drei Jugendlichen.

Die erste Nacht verbrachten wir im Ort Lenggries in einem Jugendgästehaus, dessen Betreiber nach 18-monatiger Kommunikationsabstinenz zu diversen interessanten pädagogischen Inhalten Diskussionsbedarf hatte.

Am nächsten Morgen besuchten wir die Solidarische Landwirtschaft (Solawi) im Ort, sachkundig geführt durch Reiner Brettels Tochter Claudia. Der Hof erinnert an Bilderbücher »Leben auf dem Land«. Die 425 Genossenschaftler\*innen haben mit ihren Anteilen eine Fläche von rund 4,3 Hektar erworben und erhalten mit ihrem monatlichen Beitrag jede Woche eine Gemüsebox. Auf dem Gelände des Projektes arbeiten drei Gärtnerinnen und eine Azubi. Ein Geschäftsführer mit ökonomischen und kommunikationswissenschaftlichen Fachkenntnissen organisiert mit seiner vollen Stelle den Betrieb und

bindet die GenossenschafterInnen regelmäßig ein. Die anderen Mitarbeitenden arbeiten, um die Arbeitsfreude zu erhalten, mit halber Stelle. Rituale wie Gemeinschaftsgärtnern, Besprechungen und Kinderfeste fördern die Bindung und das Interesse der Genossenschafter\*innen an das Projekt.

### Von nun an ging es bergauf

Danach kam der »Weg zum Einlaufen«: Durch einen Wald bergauf, aber obwohl sich die Bäume lichteten und man den Sonnenschein immerhin erahnen konnte, hatten wir keineswegs unser Ziel erreicht. Doch immerhin kamen wir an Berggasthaus, mussten uns dann aber sputen, denn wir hatten im Ort einen Termin in einem Restaurant gebucht. Das lag allerdings auf dem Berg jenseits des Ortszentrums. Danach waren wir ziemlich eingelaufen!

Der dritte Tag präsentierte sich erneut mit blauem Himmel und Sonnenschein. Die Seilbahn brachte uns auf das Brauneck und wir stiegen zum Rotöhrlsattel auf und von dort zur Tutzinger Hütte ab. Der Weg erforderte volle Konzentration, denn es ging über Felsstufen auf- und abwärts, teilweise über feuchten Stein. Unsere Hütte erreichten wir nach vielstündiger Wanderung und konnten dann beim Abendessen entspannen und den Tag besprechen. Danach ging es dann ins Achtbettzimmer! Trotzdem haben alle gut geschlafen.

Es gibt kein schlechtes Wetter, es gibt nur unzweckmäßige Kleidung. So trotzten wir dem nächsten Tag, der neblig begann, sich aber doch noch positiv entwickelte. Eine Gruppe verfolgte den Weg zur Staffalalm, dort lockten zwei Fresken von Franz Marc und das Gerücht, die Wirtin serviere auch warmen Käsekuchen. Die zweite Gruppe begann den 950m-Abstieg nach Benediktbeuern. Treffpunkt war dann abends das Hotel »Schmied von Kochel«.

Der Regen am fünften Tag kam uns gerade recht. Wir fuhren mit dem Bus nach Murnau und gingen während einer Regenspauze in das Schlossmuseum, wo wir Werke der Künstler des »Blauen Reiter« bewundern konnten. Weiter gab es eine Ausstellung zum Thema »Kinderzeichnung und der Expressionismus« und eine Sonderausstellung zu Ödön von Horvath und seine Zeit in Murnau. Horvath muss-



te vor den Nazis fliehen und verarbeitet in seinem Roman »Jugend ohne Gott« Erinnerungen an die Murnauer Zeit. Das Haus, in dem Gabriele Münter lebte, war ein weiterer Anziehungspunkt an diesem Tag, der im »Schmied von Kochel« am eckigen Tisch endete.

Auf zum Walchensee, hieß es am nächsten Tag! Ziel war der Berggasthof »Herzogstand«. Aber vorher stand noch der Besuch im Franz-Marc-Museum an. Das Haus wurde 1986 gegründet, um Marcs Werk in der Landschaft darzustellen, die ihn als Meister geprägt hat. Das Museum zeigt neben der Kunst des »Blauen Reiter« Werke des Brücke-Expressionismus, sowie Arbeiten Paul Klees und Gemälde der abstrakten Malerei nach dem zweiten Weltkrieg.

Anschließend ging es 750 Meter aufwärts – mit der Seilbahn oder zu Fuß. Bei der Ankunft stellten wir fest: Wir werden immer besser. Denn die vom Alpenverein angegebene Zeit von 3 1/2 Stunden hatten wir gut eingehalten. Was sicherlich auch an unserem Coach Reiner lag, der den Aufstieg spielerisch mit einem Training zur Felsbezwingung verband. Oben dann Nebel, später Sterne, wir konnten nur alle bemitleiden, die sich so weit unter uns durch das Leben schlagen müssen.

Der Samstag begann mit Hochnebel, doch schon bald setzte sich wieder strahlende Sonne durch. Wir wollten heute zum Heimgarten wandern, der vom Herzogstand auf einem Grat erreichbar ist. Der Weg war felsig und ständig bergauf und bergab, teilweise mit Seilsicherung,

aber immerhin dazu viele freundliche und flotte Wandernde. Na ja: Auf der Hütte stellten wir fest, dass alle jünger sind als wir. Na und? Die 1000 Meter Abstieg gestalteten sich dann unproblematischer als wir gedacht hatten: Ein freundlicher Waldbesitzer ersparte uns den allerletzten Rest des Weges und kutscherte uns zur Bushaltestelle.

Letzter Abend, morgen fahren wir nach Bernried am Starnberger See ins Buchheim-Museum, das malerisch am Ufer des Starnberger Sees liegt. Lothar Günther Buchheim war ein begabter Mensch, der seine Begabung durch journalistische Beiträge und das Zeichnen heroischer Soldaten- und Kampfszenen, in den Dienst der Nationalsozialisten stellte. Er schrieb als Teilnehmer des U-Boot-Krieges den Weltbestseller »Das Boot«, der auch erfolgreich verfilmt wurde. Die Ausstellung »Die Farben der Avantgarde« war sehenswert, wurde jedoch geschmälert durch die ebenfalls gezeigten Kriegsgemälde Buchheims.

Die Deutsche Bahn brachte uns dann, 66 die Jüngste und 82 der Älteste, wieder zurück nach Berlin. Es hat sich wirklich gelohnt! Wir danken Reiner Brettel für diese großartige Idee. ■

Brigitte Dillinger,  
Lehrerin i. R.



FOTO: PRIVAT

# Einmal und nie wieder

Aus der Schilderung einer Referendarin wird deutlich, warum sie Berlin den Rücken kehrt und die Stadt ihren Lehrkräftemangel nur schwer abbauen wird

von Ulrike U.

Von der Ausbildungsschule erhalte ich im Vorfeld weder Informationen über meinen ersten Arbeitstag noch einen Stundenplan. Informationen über schulinterne Abläufe, Zugang zu Technik, Informationen über Schulregeln oder Hinweise auf zu verwendendes Arbeitsmaterial muss ich mir im Kollegium erfragen. Ich beginne meine Arbeit, indem ich meinen eigenen Beamer mitbringe. Ich werde zur Springer-Aufsicht eingeteilt, ohne eine Gebäudeführung erhalten zu haben. Es dauert sechs Wochen, bis meine Kopiermarke freigeschaltet ist, drei Monate, bis ich einen Schlüssel für die Technikschränke habe und ein Dreivierteljahr, bis ich in den relevanten Mail-Verteilern bin. Nach einem Dreivierteljahr begrüßt mich die Fachbereichsleitung meines Nebenfaches mit »Willkommen an unserer Schule und viel Erfolg im Referendariat«. Weiteren Kontakt während meiner Ausbildung haben wir nicht.

## Allein gelassen

Meinen Stundenplan soll ich mir auf Anweisung der Schulleitung selbst zusammenstellen, indem ich Kolleg\*innen anspreche, wer mir Unterricht abgeben könne. Auf diese Weise gerate ich in eine der schwierigsten Klassen der Schule, die bis zum Ende meines Referendariats meine Examensklasse bleiben wird. Bitten um Zuteilung einer weiteren Klasse als alternative Lerngruppe für das Examen werden nicht stattgegeben. Der doppelt gesteckte Fachkollege, mit dem ich mich bereits gemeinsam der Klasse vorgestellt habe, wird aus der Doppelsteckung genommen, damit ich lerne, eigenständig zu unterrichten. Ausbildungsunterricht unter Anleitung wird mir also verwehrt. Am Tag vor meinem Examen wird wegen Schülern der Lerngruppe zwei Mal die Polizei gerufen, beim zweiten Mal wird ein Schüler wegen Verstoß gegen das Waffen-

gesetz in Handschellen vom Schulhof geführt. Im Examen legt die Lerngruppe, gemessen am Unterrichtsalltag, eine Glanzleistung hin. Trotzdem werden meine Examensstunden in beiden Fächern mit »mangelhaft« bewertet.

Vom zuständigen Allgemeinen Seminar ist wenig Hilfestellung zu erwarten. Obwohl die Mittelstufe meiner Stammschule die Kriterien einer »Brennpunktschule« erfüllt, werde ich zwei Seminaren an bilingualen Gymnasien zugewiesen. Für die Modulprüfung »Unterrichten« erhalte ich einen Termin mitten im Lockdown, zu einem Zeitpunkt, an dem die von der Senatsverwaltung bereitgestellten Endgeräte für Schüler\*innen gerade erst ausgeliefert wurden. Hinzu kommt, dass in meinen Lerngruppen ein Drittel bis die Hälfte der Schüler\*innen in die Schuldistanz abrutschen. Die Pandemieverordnung mit der Möglichkeit, Aufgabenstellungen nicht mit aktuellen Unterrichtsbeispielen, sondern »theoretisch« beantworten zu können, wird nicht angewandt.

## Alarm schlagen vergeblich

Sechs Wochen nach Beginn des neuen Schuljahres schlage ich bei Schulleitung, Fachseminarleitung und Leitung des Allgemeinen Seminars Alarm: Viele Schüler\*innen meiner Examensklasse zeigen große Anpassungsschwierigkeiten an die Rückkehr in den Schulalltag. Unterricht ist phasenweise in der Klasse nur eingeschränkt möglich. Mir ist unklar, wie ich die Klasse auf eine Examensstunde vorbereiten soll. Es passiert: Nichts.

Noch im Auswertungsgespräch teile ich der Prüfungskommission mit, dass eine Verlängerung des Referendariats und eine Weiterbeschäftigung im Berliner Schuldienst für mich nicht in Frage kommen. Zwei Wochen später bestätige ich der Schulleitung gegenüber schriftlich meine Kündigung. Eine Antwort auf meine



»Nach einem Dreivierteljahr begrüßt mich die Fachbereichsleitung mit »Willkommen an unserer Schule.«

E-Mail erhalte ich nicht, das Ende meiner Tätigkeit kläre ich mit der Sekretärin.

Ich fordere die Senatsverwaltung dringend auf, die Ausbildungsbedingungen für Referendar\*innen und Berufseinsteiger\*innen zu verbessern. Ein »das ist eben im Berliner Schuldienst so« und ein »vielleicht liegt es ja an Ihnen« deuten auf ein Ausleseprinzip hin, das keinesfalls von Besten-Auslese, sondern von Gleichgültigkeit geprägt ist und in einem sozialen Beruf keinen Platz haben sollte. Erst recht ungeeignet ist das Vorgehen, um den eklatanten Lehrkräftemangel zu beheben. ■

Ulrike U.

(Die Autorin möchte anonym bleiben. Der Name ist der Redaktion bekannt.)

# Mehr Pluralismus zulassen

Ist es Lehrkräften in den Berliner Schulen möglich, ein sichtbares religiöses Symbol zu tragen und dennoch die Neutralität zu wahren? Die Berliner Senatsbildungsverwaltung bezweifelt das und verteidigt ihr Neutralitätsgesetz. Ein entscheidendes richterliches Urteil dazu steht kurz bevor

von Michaela Ghazi

**M**enschen sind nicht neutral! Aber Pädagog\*innen haben professionell, authentisch und empathisch zu sein, um glaubhaft lehren, erziehen und unterrichten zu können. Fachwissen immer vorausgesetzt. Diese Grundsätze sowie unsere, auf dem Grundgesetz basierenden, starken Gesetze und das Schulgesetz sollten die Grundlage sein, auf der entschieden wird, wer für den Schuldienst geeignet ist.

Der Berliner Senat hielt es im Jahre 2005 jedoch für notwendig, das Berliner Neutralitätsgesetz zu erlassen, das besagt, dass Pädagog\*innen innerhalb des Dienstes in allgemeinbildenden Schulen keine sichtbaren religiösen oder weltanschaulichen Symbole tragen dürfen.

Verfassungsfeindliche und indoktrinierende Ideologien können wir aber oft nicht an Äußerlichkeiten festmachen. Wenn es Verstöße gibt, müssen die Möglichkeiten, die es gibt, genutzt werden. Ein weiterer regulierender, kontrollierender Aspekt ist das sogenannte Überwältigungsverbot. Das pädagogische Personal darf die eigene politische oder religiöse Meinung Schüler\*innen nicht aufdrücken, sie nicht indoktrinieren.

## Nicht auf den ersten Blick sichtbar

Es wird jedoch ungeprüft befürchtet, dass genau dies geschehen wird, wenn Menschen religiöse oder weltanschauli-

che Symbole in der Schule sichtbar tragen. Es wird unterstellt, dass Pädagog\*innen, die eine Kippa, ein Christuskreuz am Halskettchen oder einen Hijab tragen, unfähig seien, Kindern und Jugendlichen ein Vorbild für einen reflektierenden Umgang mit Religion oder Religiosität zu sein, während alle anderen das sind. Dies allein ist schon höchst diskriminierend.

Die politische Deutung des Kopftuchs als ein von Männern oktroyiertes Kleidungsstück, das patriarchale Strukturen festige, ein Zeichen des Islamismus und der Unterdrückung der Frau sei und diese als Sexualobjekt sehe, die sich verhüllen müsse, ist sicherlich ein Aspekt der Diskussion, der relevant ist. Aber eben nur einer und kein ausschließlicher. Wenn

**»Wir sollten Pädagog\*innen zutrauen, reflektiert und professionell zu agieren, egal, was sie auf dem Kopf oder um den Hals tragen.«**

eine Muslima erklärt, ihr Kopftuch sei kein Zeichen eines missionarischen Auftrages, sondern ein freiwillig gewähltes religiöses oder traditionelles Kleidungsstück und kein Symbol der Unterdrückung, nutzt ihr das in der Regel wenig. Es gibt scheinbar Dinge, die sich selbst erklären: Kopftuch = Unterdrückung = Missionierung. Diese Frauen nicht unterrichten zu lassen, verwehrt das Recht auf Teilhabe, auf Inklusion als Menschenrecht und ist für Muslima einem Berufsverbot, hier wegen der religiösen und weltanschaulichen Gesinnung, gleichzusetzen.



## Schule ist nicht neutral

Schule ist aber gar nicht prinzipiell neutral. Immerhin ist der Ferienplan am christlichen Kalender orientiert, und wenn nicht schon zur Osterzeit entsprechende Bräuche und Traditionen schulübergreifend Einzug halten, dann aber sicherlich zu Weihnachten. Das ist auch völlig in Ordnung. Es braucht Traditionen als Pflöcke, an denen entlang man Ausrichtungen vornehmen kann. Nur ist das eben nicht neutral, wie in der Diskussion oft gerne vergessen wird.

Im ersten Paragraphen des Berliner Schulgesetzes war lange Zeit festgeschrieben, dass das Christentum Grundlage für die Heranbildung der Persönlichkeit sein soll. Erst in den Diskussionen zur Änderung des Schulgesetzes 2021 wurde anerkannt, dass auch andere Weltreligionen und Weltanschauungen hier Raum finden müssen.

Aber das Ende der Fastenzeit umfasst wie Weihnachten bei uns zwei Feiertage, bewilligt wird offiziell nur einer. Wird dieser dann von Schüler\*innen in Anspruch genommen, verursacht das bei einigen Kolleg\*innen durchaus Schnappatmung. Und man kann ja zum Ramadan stehen, wie man will, aber warum ist es nicht möglich, alle zehn bis zwölf Jahre das Sportfest so zu legen, dass es nach oder vor der Fastenzeit liegt? Schule ist ein Spiegel der Gesellschaft und diese ist vielfältig. Wo, wenn nicht in diesem geschützten Raum, können Kinder und Jugendliche lernen mit Vielfalt zu leben, sich damit auseinanderzusetzen, Widersprüche auszuhalten und Gemeinsamkeiten zu erkennen?

## Vielfalt ist mehr als das Feiern von Feiertagen

In der Mathematik widerlegt ein Gegenbeispiel eine Behauptung. Das ist auch hier möglich. Eine Vielzahl von kopftuchtragenden Schülerinnen wurde und wird seit Jahrzehnten von nichtkopftuchtragenden Kolleginnen unterrichtet. Es ist nicht bekannt, dass Massen von Schülerinnen konvertiert wären oder aufgehört haben, das Kopftuch zu tragen. Es gibt einige Referendarinnen mit Kopftuch und auch hier gibt es keine Erkenntnisse, dass in diesem Zusammenhang die Zahl der kopftuchtragenden Schülerinnen sprung-

## KLEINE HISTORIE DES KOPFTUCHES IN SCHULE (ohne Anspruch auf Vollständigkeit)

**2003** entscheidet das Bundesverfassungsgericht, dass einer muslimischen Lehrerin nicht ohne ein konkretes Gesetz verboten werden dürfe, im Unterricht ein Kopftuch zu tragen.

**2005** wird das Berliner Neutralitätsgesetz erlassen, das besagt, dass Pädagog\*innen innerhalb des Dienstes in allgemeinbildenden Schulen keine sichtbaren religiösen oder weltanschaulichen Symbole tragen dürfen. Es ist bundesweit das einzige Gesetz, das somit das Kopftuchtragen an Schule verbietet. In allen anderen Bundesländern gilt maximal die Einzelfallentscheidung als Ausschlusskriterium.

**2015** kippt das Bundesverfassungsgericht ein pauschales Kopftuchverbot für muslimische Lehrerinnen an öffentlichen Schulen. Ein Verbot sei nur möglich, wenn das Tragen der muslimischen Kopfbedeckung eine konkrete Gefahr für den Schulfrieden bedeute.

**2017** gibt das Landesarbeitsgericht Berlin-Brandenburg der Klage einer kopftuchtragenden muslimischen Referendarin wegen Ungleichbehandlung statt. Ein pauschales Verbot des Tragens religiöser und weltanschaulicher Symbole und Kleidungsstücke sei ein Verstoß gegen das Grundrecht auf Religionsfreiheit.

**2020** urteilt auch das Bundesarbeitsgericht, dass ein pauschales Kopftuchverbot für Lehrerinnen im Unterricht unzulässig sei und weist damit die Revision des Landes Berlin gegen das Urteil des Landesarbeitsgerichts ab.

**2021** ruft die ehemalige Bildungsministerin Scheeres das Bundesverfassungsgericht an, um die Verfassungskonformität des Berliner Neutralitätsgesetzes prüfen zu lassen. Die Entscheidung steht noch aus.

**Im Koalitionsvertrag der neuen Berliner Landesregierung heißt es:** »Die Koalition passt das Berliner Neutralitätsgesetz in Abhängigkeit von der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts an.«

haft angestiegen sei oder es in diesem Zusammenhang gar zu einer Massenislamisierung gekommen ist. Und unsere Schüler\*innen wissen sehr schnell und ziemlich genau, wo sie uns einzuordnen haben, und ansonsten fragen sie einfach nach. Ist nicht die eigentliche Frage: Wie viel Pluralismus trauen wir Bildungseinrichtungen zu, oder endet Vielfalt in der Schule mit dem Auflisten unterschiedlicher religiöser Feiertage, einem internationalen Buffet bei Schulfesten und der eigenen Tourismusmentalität, der in dem Besuch verschiedener Gotteshäuser gipfelt?

Viel Widerspruch und Ablehnung, wenn es um die Aufhebung des Neutralitätsgesetzes geht, kommt von Menschen, die Erfahrungen mit Regimen gemacht haben, in denen die Religion einen wesentlichen Teil der Staatsräson darstellt und das Befolgen religiöser Vorschriften mit Zwang und Gewalt umgesetzt wird. Mitunter haben sie selbst oder Menschen in ihrem direkten Umfeld diese Gewalt erfahren. Wir können wahrscheinlich nur

erahnen, welche Befürchtungen und Erinnerungen die jetzigen Diskussionen auslösen. Aber wir haben gute Gesetze, die Verfassung und unser Schulgesetz. Wir haben mehrheitlich starke Kollegien und Schulleitungen. Sollte man nicht auf deren regulierende und kontrollierende Kraft vertrauen können? Sollten wir nicht den Menschen, die erfolgreich ein Studium und ein Referendariat absolviert haben, unvoreingenommen zutrauen, dass sie reflektiert und professionell agieren, egal, was sie auf dem Kopf oder um den Hals tragen? ■



Weitere bbz-Artikel zum Thema haben wir hier zusammengestellt: [www.gew-berlin.de/zeitschrift-bbz/dossier](http://www.gew-berlin.de/zeitschrift-bbz/dossier)

Michaela Ghazi,  
Landesausschuss für  
Migration, Diversität und  
Antidiskriminierung  
(LAMA)



# Noch ein Projekt, kein Gesamtkonzept

**Die Senatsbildungsverwaltung hat für den Übergang von der Schule in den Beruf viele Projekte, aber eine verbindende, zukunftsweisende Idee hat sie nicht. Sie betreibt seit Jahren Flickschusterei. Andere können es besser**

von Manfred Triebe

**D**ie Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie (SenBJF) jubelt in ihrem Newsletter 34/2021: »Wir haben in Berlin den ersten Talente Check in Deutschland etabliert« und weiter: »Das wird unseren Schülerinnen und Schülern helfen«. Die Worte hören wir gerne, allein uns fehlt der Glaube.

Der Talente Check ist eine Idee aus Österreich. Es gibt den Check dort schon länger und in Österreich gibt es außer einer Ausbildungsgarantie auch eine Ausbildungspflicht, aber davon später. Die Senatorin hat die Idee erst 2017 entdeckt, dann allerdings vier Jahre gebraucht, um das Konzept umzusetzen. Der Talente Check soll die bestehenden Projekte der Berufs- und Studienorientierung »ergänzen und unterstützen« heißt es in einer Antwort von SenBJF vom August 2018 auf eine kleine Anfrage der FDP. Er »soll den teilnehmenden Jugendlichen ein aussagekräftiges und objektives Ergebnis über ihre Talente und Potentiale bieten.« Dazu nehmen die Heranwachsenden in einem Parcours an einer Reihe von spielerischen und gleichzeitig wissenschaftlich fundierten Tests teil, bei denen beispielsweise technisches Verständnis oder kognitive Fähigkeiten festgestellt werden. Dieser Parcours wird außerhalb der Schule durchgeführt. Im Klartext heißt dies, die Personen, die ihre Schüler\*innen kennen, sind außen vor.

## Inspiration aus Österreich

Sieht man sich die Geschichte der Berufsorientierung der letzten 40 Jahre an, kommt man ins Grübeln. Nach der Berufsorientierung (1970), der erweiterten Berufsorientierung (1990) und der vertieften Berufsorientierung (2001) folgte die erweiterte, vertiefte Berufsorientie-

rung (2007). Dann gab es noch »Komm auf Tour« und weitere Projekte, fast immer über freie Träger, und 2014 wurde schließlich die Jugendberufsagentur Berlin (JBA) gegründet. Alle Maßnahmen hatten das erklärte Ziel, jugendliche Schulabgänger\*innen nach der Schule problemloser in Ausbildung und Beruf zu bringen. Nun also der Talente Check.

Ein Blick auf die aktuellen Zahlen zeigt: Es hat sich in den letzten Jahrzehnten wenig geändert. Zwar ist die Zahl der Schüler\*innen ohne Abschluss in den letzten Jahren gesunken, dies ist allerdings einem statistischen Trick geschuldet. Denn SenBJF hat die Förderschulen

---

**»Ein Blick auf die aktuellen Zahlen zeigt: Es hat sich in Deutschland in den letzten Jahrzehnten wenig geändert.«**

---

aus der Statistik rausgerechnet. Aktuell liegt Berlin – trotz dieses Tricks – mit acht Prozent Schulabgänger\*innen ohne Abschluss nach wie vor an der Spitze der Bundesstatistik.

Gegen jedes einzelne Projekt ist im Grunde nichts einzuwenden, wenn es in ein Gesamtkonzept eingebunden wäre. So aber hat man den Eindruck, immer wenn es irgendwo »brennt«, die Zahlen eine schlechte Entwicklung zeigen, wird ein neues Projekt gestartet. Meistens außerhalb der Schule mit irgendwelchen Trägern, deren die Maßnahmen umsetzende Personen den Schüler\*innen nicht bekannt sind und die, wenn sie nach einer Projektphase leidlich bekannt sind, gegen

andere Personen und andere Träger ausgetauscht werden.

Projekte kann man schön präsentieren und darüber reden. Und falls die Zahlen am Ende wieder schlecht ausfallen? Startet man ein neues Projekt. Das ist kein Konzept, das ist Flickschusterei. Berufsorientierung bedarf einer Vertrauensbasis zwischen den Jugendlichen und den sie beratenden Lehrkräften, Berufsberater\*innen und anderen.

## Eine neue Institution soll alte Probleme lösen

Im September 2014 wurde also die Jugendberufsagentur Berlin gegründet. Berlin war bis dato bundesweites Schlusslicht bei den Schulabgänger\*innen ohne Schulabschluss. Bei den Ausbildungsabbrüchen und bei der Jugendarbeitslosigkeit allerdings Spitze. Sandra Scheeres, damals Senatorin für Bildung, erklärte: »Jeder und jede Jugendliche, der beziehungsweise die sich im Übergang von der allgemeinbildenden Schule in berufliche Qualifizierungswege befindet, soll effizienter und effektiver bei diesem Übergang eine individuelle Beratung finden. Fehlplatzierungen mit drohenden Abbruchszenarien müssen vermieden werden. Diese Ziele müssen absolute Priorität haben.«

Das kann man alles bedenkenlos unterschreiben. Es fragt sich allerdings, ob eine neue Institution die Problemlösung bringt und vor allem, warum sich die Senatorin um eine klare Beantwortung der Frage nach einer Ausbildungsgarantie drückte.

In einer kleinen Anfrage der Abgeordneten Katrin Seidel (ehem. Möller) (Die Linke) vom 14. Januar 2014 wurde eine solche vom DGB schon länger geforderte Ausbildungsgarantie sogar abgelehnt: Da »unmittelbare Verpflichtungen zu formu-



lieren keine Handlungsgrundlage für die Kooperation in dem Projekt JBA« ergebe, sondern es darauf ankommen werde, »die Ausbildungsbereitschaft der Betriebe für die große Gruppe von Jugendlichen mit durchschnittlichen und in manchen Fällen auch unterdurchschnittlichen Schulabschlüssen zu öffnen.«

Der Senat strebt eher eine Einbindung der Wirtschaft in die strategische Steuerung der Jugendberufsagentur an. Aktuell wirbt dagegen ein Papier der Bertelsmann Stiftung gerade für eine Ausbildungsgarantie, was gut für Jugendliche und Wirtschaft ist. Wir erinnern uns: der sogenannte Nationale Pakt für Ausbildung und Fachkräftenachwuchs der Bundesregierung von 2004 (*blz 11/2013*), der alle vier Jahre wiederholt wird und der auf Freiwilligkeit und Einbindung der Wirtschaft setzte, hat das Problem der Jugendarbeitslosigkeit nicht gelöst, allerdings eine Ausbildungsabgabe für Betriebe, die nicht ausbilden, verhindert.

### Willenserklärungen ohne Verbindlichkeit

Wir erinnern uns auch an die Vereinbarung der Regierungschef\*innen der Länder von 2018, die Quote der Schulabbrecher\*innen von acht auf vier Prozent zu senken. Wir sind heute knapp unter dem Stand von 2018. Es hat sich gezeigt, dass alle Pakte, Vereinbarungen und Modellversuche zu den genannten Problemen allenfalls Apelle oder Willenserklärungen ohne jede Verbindlichkeit waren.

Zurück zur Jugendberufsagentur: Da liegt inzwischen der 4. Evaluationsbe-

---

**»In Österreich gibt es eine Ausbildungspflicht und eine Ausbildungsgarantie. Wer keinen betrieblichen Ausbildungsplatz findet, bekommt eine gleichwertige staatliche Ausbildung.«**

---

richt vor. Die Kurzmitteilung von SenBJF vom 3. August 2021 erweckt den Eindruck, bis auf ein paar Probleme durch Corona läge alles im grünen Bereich. Wer den Volltext liest, kommt zu dem Ergebnis, dass noch viel getan und verändert werden muss, um die ursprünglich gesteckten Ziele zu erreichen, denn die JBA ist ein komplexes Produkt. Beteiligt ist die Bundesagentur für Arbeit, das Land Berlin, die Bezirke, verschiedene Rechtskreise aus dem Sozialgesetzbuch sind zu berücksichtigen und es gibt die verschiedenen Kooperationspartner aus der Wirtschaft und den Landesgremien. Ich will die JBA nicht schlecht reden, sondern darauf hinweisen, dass auch sieben Jahre nach Gründung die entscheidenden Probleme nicht gelöst sind.

Österreich praktiziert für jugendliche Schulabgänger\*innen meines Erachtens nach ein schlüssigeres Konzept. Neben dem Baustein Talente Check zur Orientierung gibt es eine sogenannte Ausbildungspflicht für die Jugendlichen, als Absicherung dieser Pflicht die Ausbildungsgarantie. Dies bedeutet, wer keinen betrieblichen Ausbildungsplatz findet, bekommt eine gleichwertige staatliche Ausbildung. Zur Absicherung und Unterstützung des Prozesses wurde das Jugendcoaching eingeführt, das für eine

Verbindung von Ausbildungspflicht und Ausbildungsgarantie sorgt. Es bietet bei persönlichen Problemlagen individuelle Beratung, Begleitung und Betreuung. Das Beratungsangebot Jugendcoaching soll insbesondere Jugendlichen mit Behinderungen sowie Jugendlichen mit Assistenzbedarf beziehungsweise mit multiplen Problemlagen eine Zukunftsperspektive eröffnen und sie befähigen, eigenständig die für sie passende Entscheidung für ihre Ausbildung nach Beendigung der Pflichtschulzeit zu treffen. Diese Zielgruppe ist genau die Gruppe, die bei uns mit den meisten »Projekten« kaum oder nur schwer erreicht wird.

SenBJF ist Spitze im Installieren immer neuer Projekte nicht nur für den Bereich der Berufsorientierung. Ein schlüssiges Konzept hat sie nicht. Ein Talente Check bei SenBJF würde deshalb erstaunliche Lücken in der Realitätswahrnehmung zu Tage fördern. ■

---

*Manfred Triebe,  
Vorsitzender der Gesellschaft für Arbeitslehre  
Berlin (GfAl)*



# Eine spannende Aufgabe

Die Betriebsratswahlen bieten Interessierten die Chance, in die Arbeitnehmer\*innenvertretung einzusteigen

von Jeannine Schätzle



**B**etriebsratswahlen finden in der Regel alle vier Jahre statt. In diesem Jahr ist es wieder soweit. Zwischen März und Mai werden alle Betriebsräte neugewählt – zumindest die, die noch bis zum Schluss ausreichend Mitglieder gehabt haben und das Prozedere nicht schon früher durchlaufen mussten.

Es ist eine schwierige Zeit für Wahlen. Wie können wir Kolleg\*innen zur Mitarbeit motivieren, wenn wir uns nicht persönlich treffen können? Wie funktioniert Werbung für einen Betriebsrat, der meist nur digital sichtbar ist? Betriebsversammlungen, auf denen man Kolleg\*innen trifft, persönliche Gespräche führt, gibt es nicht

---

**»Am Ende ist es oft der persönliche Kontakt, der Kolleg\*innen dazu bewegt zu kandidieren.«**

---

oder eben nur digital. Es ist toll, dass wenigstens diese Möglichkeit besteht und trotzdem fehlt etwas. Zumindest das persönliche Gespräch, in dem die engagierte Kollegin gefragt werden kann, ob sie Lust hätte, im Betriebsrat mitzuarbeiten oder auch Bedenken ausgeräumt werden können.

Ein guter Kontakt in die Belegschaft kann helfen. Wissen wir vielleicht schon, wer sich für die Betriebsratsarbeit interessiert und können einfach mal anrufen? Auf jeden Fall scheint es wichtig, sich in Erinnerung zu bringen, wenigstens digital auf der einen oder anderen Teamsitzung präsent zu sein oder beispielsweise live auf Arbeitssicherheitsbegehungen.

Am Ende ist es oft der persönliche Kontakt, der Kolleg\*innen dazu bewegt zu kandidieren. Dem geht jedoch voraus, dass der Betriebsrat seine Themen in die Belegschaft kommuniziert und die Kolleg\*innen sich davon angesprochen fühlen. Der Mythos des ausschließlich koffeintrinkenden Betriebsrates hält sich mancherorts leider hartnäckig. Dabei ist Betriebsratsarbeit eine komplexe Angelegenheit, manchmal auch abstrakt, juristisch und nicht immer leicht vermittelbar in ihrem Wert für die Mitbestimmung.

Betriebsratsarbeit kann für die neuen Betriebsratsmitglieder eine spannende Herausforderung oder Abwechslung zum Arbeitsalltag sein. Betriebsrät\*innen werden in den ersten Jahren intensiv geschult. Grundlagenschulungen zum Betriebsverfassungsrecht und zum Arbeitsrecht können und sollten alle Neuen in Anspruch nehmen. Daneben gibt es Spezialschulungen für die einzelnen Bereiche der Mitbestimmung, sei es IT, Arbeitsschutz oder Personal. Niemand muss sich Sorgen machen, dass er oder sie zu wenig über die Betriebsratsarbeit weiß. Und jede\*r hat die Möglichkeit, sich mit neuen, interessanten Themen auseinanderzusetzen. Wir sind alle keine Profis und haben deshalb die Möglichkeit, Anwält\*innen und Sachverständige hinzuzuziehen, wenn wir nicht weiterwissen. Die Kosten dafür trägt die Arbeitgeberin, wenn es sich um ein mitbestimmungsrelevantes Thema handelt.

Ein solches Thema ist die Gefährdungsbeurteilung psychischer Belastungen, die jede Arbeitgeberin für alle Kolleg\*innen durchführen muss. Hier kann der Betriebsrat beispielsweise bei den Maßnahmen mitreden, die ergriffen werden, um psychische Belastungen zu reduzieren. Wenn Kolleg\*innen sich durch den gro-

ßen Lärm in einer Kita besonders belastet fühlen, reichen Ohrstöpsel nicht aus. Erst müssen technische oder organisatorische Lösungen gefunden werden. So sieht es das Arbeitsschutzgesetz vor. Der Betriebsrat achtet darauf, dass das geschieht und er entscheidet mit darüber, welche Lösungen für die Kolleg\*innen die richtigen sind.

Weitere Bereiche, in denen der Betriebsrat und damit die Belegschaft mitbestimmen können, sind beispielsweise die Einstellung, Eingruppierung und Versetzung von Kolleg\*innen, die Arbeitszeitgestaltung oder die Nutzung von IT im Unternehmen. Die Aufgaben eines Betriebsrates sind also sehr vielfältig und umfangreich. Das macht es schwierig, auf alle Bereiche ein Auge zu haben, alle Rechte durchzusetzen. Und es geht nur mit einem starken Betriebsrat, der von einem möglichst großen Teil der Belegschaft gewählt wurde. Ein Betriebsrat braucht die Unterstützung der Kolleg\*innen, um sie stark und effektiv vertreten zu können und er braucht das Feedback aus der Belegschaft. ■

---

**»Jede\*r hat die Möglichkeit, sich mit neuen, interessanten Themen auseinanderzusetzen.«**

---

Jeannine Schätzle,  
Mitglied der bbz-Redaktion  
und Betriebsrätin  
beim Unionhilfswerk  
Sozialeinrichtungen gGmbH





# Betriebsratsarbeit läuft nicht von allein

Es braucht kontinuierliches Engagement, um die Mitbestimmung der Arbeitnehmer\*innen zu sichern

von Sabine Herzig

**O**b individuell oder gesellschaftlich – um ein Ziel zu erreichen, braucht es häufig große Anstrengungen. Hat man es dann erreicht, ist die Freude groß. Dass dann aber eigentlich die noch größere Herausforderung ansteht, dieses erreichte Ziel zu erhalten, wird oft unterschätzt. Gesellschaftlich lässt sich das gerade an sehr vielen Themen beobachten. Aber auch für die bestehenden Betriebsräte ist es nicht anders.

Es gibt viele Betriebe, in denen schon seit Jahren Betriebsräte bestehen und mit dem Arbeitgeber verlässliche und vertrauensvolle Strukturen der Zusammenarbeit aufgebaut wurden. Bei diesen wird

**»Die Beschäftigten müssen dafür sorgen, dass es auch weiterhin einen starken Betriebsrat gibt.«**

es bei der Betriebsratswahl höchstwahrscheinlich nicht darum gehen, ob es überhaupt wieder einen Betriebsrat gibt, sondern eher darum, dass sich genügend Kandidat\*innen finden. Jeannine Schätzle beschreibt in ihrem Artikel, welche Herausforderungen dafür zu meistern sind. Denn auch in solchen Betrieben bleibt die Betriebsratsarbeit anspruchsvoll. Trotz einer guten Kooperation mit der Arbeitgeberin wird es auch weiterhin Sachverhalte geben, bei denen beide Seiten unterschiedlicher Meinung sind und die Aushandlung eines guten Kompromisses notwendig ist.

In anderen Betrieben hadern Arbeitgeber\*innen durchaus damit, dass es in ih-

rem Betrieb einen Betriebsrat gibt. Das ist mitunter dort der Fall, wo Betriebsräte gerade gegründet wurden oder noch nicht sehr lange bestehen. Häufig müssen Betriebsräte in der ersten Phase nach ihrer Gründung – manchmal auch mit Unterstützung des Arbeitsgerichts – darum kämpfen, dass die Arbeitgeber\*in die im Betriebsverfassungsgesetz festgelegten Informations- und Mitbestimmungsrechte beachtet. Nicht selten ist die Freistellung für die Betriebsratsarbeit ein mühsamer Aushandlungsprozess.

Trotz dieser manchmal erschwerten Anfangsbedingungen sind die Betriebsräte die inhaltlichen Themen angegangen, für die sie zuständig sind (zum Beispiel Regelungen zum Arbeitsschutz prüfen, Regelungen zur Arbeitszeit vereinbaren). Hin und wieder ist die Auskunftswilligkeit von einigen Arbeitgeber\*innen gegenüber dem Betriebsrat nicht besonders stark ausgeprägt. Mitunter ist das Ringen um Betriebsvereinbarungen sehr zäh. Dennoch haben Betriebsräte häufig bessere Regelungen für die Beschäftigten durchgesetzt, Betriebsvereinbarungen abgeschlossen und ein gutes Fundament gelegt, damit die Betriebsratsarbeit fortgesetzt und weiterentwickelt werden kann.

Gibt es in einem Betrieb keinen Betriebsrat mehr, bleibt Beschäftigten nur, wieder individuell mit dem oder der Vorgesetzten über Verbesserungen zu verhandeln. Es ist sehr wahrscheinlich, dass dann nicht mehr die gleichen Bedingungen für alle gelten, sondern es sehr von der Gunst von Arbeitgeber\*in abhängig ist, wer seine Arbeitszeit flexibler gestalten kann, wer den genehmigten Urlaub doch noch mal verschieben darf oder wer etwas mehr Weihnachtsgeld in diesem Jahr bekommt. In der Rolle der Bittsteller\*in wird es schwerer werden, sich zu betrieb-

lichen Abläufen und Arbeitgeber\*innenentscheidungen kritisch zu äußern.

Deshalb ist es umso wichtiger, diesen Zustand nicht eintreten zu lassen. Vielmehr geht es darum, dass Erreichte zu erhalten! Es ist nun an den Beschäftigten, dass die Arbeit der engagierten Betriebsräte nicht umsonst gewesen ist. Sie müs-

**»In einigen Betrieben hadern Arbeitgeber\*innen noch damit, dass es in ihrem Betrieb einen Betriebsrat gibt.«**

sen dafür sorgen, dass es auch weiterhin einen starken Betriebsrat gibt. Je mehr Kandidat\*innen sich aufstellen lassen, desto besser lässt sich arbeiten. Es ist nicht sofort alles zu schaffen, man muss Prioritäten setzen. Und die GEW unterstützt und begleitet die Arbeit von GEW-Mitgliedern in den Betriebsräten.

Demokratie lebt vom Mitmachen, nicht vom Zuschauen! Wer etwas im Betrieb ändern will, hat dieses Jahr wieder die besten Chancen: durch eine Kandidatur für den Betriebsrat und – im besten Fall – auch die Wahl in den Betriebsrat. ■

Sabine Herzig, Referentin im Vorstandsbereich Beamten-, Angestellten- und Tarifpolitik der GEW BERLIN





»Es gibt eine strukturelle Benachteiligung von Frauen mit jüngeren Kindern. Da werden eine Menge Potenziale verschenkt.«

Friederike Peiser und  
Elke Gabriel

# Gemeinsam Verantwortung übernehmen

Jobsharing in schulischen Funktionsstellen wird in anderen Bundesländern bereits praktiziert. In Berlin ist es auch an der Zeit, dieses emanzipatorische und familienfreundliche Modell anzuwenden

von Elke Gabriel und Friederike Peiser

**J**obsharing ist ein Arbeitszeitmodell und bedeutet, dass sich zwei Arbeitnehmer\*innen eine Stelle teilen. Seit Jahrzehnten gibt es dieses Modell in großen europäischen Unternehmen, zeitgemäß ist es längst. In anderen Bundesländern ist Jobsharing in Schulen für Leitungspositionen bereits möglich, in Berlin noch

nicht. Obwohl im Berliner Landesgleichstellungsgesetz verankert ist, dass eine Teilzeitbeschäftigung bei der Besetzung keine Rolle spielen darf, fällt auf, dass Lehrkräfte mit Leitungsaufgaben nur zu einem sehr geringen Anteil von 12 Prozent in Teilzeit arbeiten, hingegen fast 34 Prozent der Lehrkräfte ohne Leitungsaufgaben. Auch heute noch sind es vor allem Frauen, die ihre Arbeitszeit aufgrund von Care-Arbeit reduzieren. Hier zeigt sich ein Gleichstellungsproblem, denn viele Lehrerinnen, die in den letzten Jahren eingestellt wurden, kommen in den Leitungspositionen nicht an. Sie wollen jedoch Schule mitgestalten und Verantwortung übernehmen und gleichzeitig Zeit für Privatleben und Selbstfürsorge haben.

Bei uns Frauenvertreterinnen wird Jobsharing nachgefragt. Wir haben mit Sabine Jennerjahn und Tanja Rublack ein Interview geführt. Die beiden haben sich gemeinsam auf eine Schulleitungsstelle beworben, in dem Wissen, dass dies formal in Berlin derzeit nicht vorgesehen ist.

*Gabriel und Peiser: Warum habt ihr euch im Dezember 2021 als Tandem auf eine Funktionsstelle als Schulleiter\*in an eurer Schule beworben?*

**Jennerjahn/Rublack:** Wir wussten, dass an unserer Schule die Leitung im August wechseln wird. Wir haben einfach Lust auf die Aufgabe und alle damit verbundenen Herausforderungen. Dann wurde die Stelle an unserer Schule ausgeschrieben. Wir hatten im Vorhinein diverse Gespräche mit der Schulleitung, der Schulaufsicht und der regionalen Frauenvertreterin und eine Bewerbung schon nicht mehr ins Auge gefasst. Uns wurde gesagt, dass es keine Möglichkeit gibt, sich diese Stelle zu teilen. Dann kam ein Anruf von der Gesamtfrauenvertreterin Elke Gabriel und es gab wieder Hoffnung, dass unser Vorhaben nicht direkt abgelehnt wird. Außerdem soll unsere Bewerbung auch ein Signal sein für Menschen, die sich vorstellen können in Leitungspositionen zu arbeiten, das aber allein nicht machen möchten, zum Beispiel weil die Kinder

## BADEN-WÜRTTEMBERG

In Baden-Württemberg werden alle Funktionsstellen mit Leitungsaufgaben (Rektor\*innen, Konrektor\*innen, Abteilungsleiter\*innen) auch als Jobsharingstellen (gemeinsam 100 Prozent) im Tandem ausgeschrieben. Die gemeinsame Funktionsstelle muss mindestens drei Jahre ausgeübt werden. Frauen sollen durch diese Maßnahme gestärkt werden, bereits früh eine Funktionsstelle zu übernehmen.

noch klein sind. Das andere Signal geht an die Senatsbildungsverwaltung. Es gibt Frauen mit Kindern im Kita-Alter, die Interesse an Leitung haben, dies aber aufgrund ihrer familiären Verpflichtungen nur in einem bestimmten Rahmen leisten können und wollen.

*Wie seid ihr auf diese Idee gekommen?*

**Jennerjahn/Rublack:** Wir haben im ersten Lockdown gemeinsam am Medienkonzept unserer Schule gearbeitet. Das hat sehr gut funktioniert. Privat verstehen wir uns auch gut und so kam es dann zu dieser Idee. Einmal ausgesprochen, fanden wir gleich Zuspruch im Kollegium. Für uns allein käme eine Leitungsstelle nur in Teilzeit infrage. Das ist in Berlin möglich. Das würde dann allerdings bedeuten, dass wir nur noch sehr wenig oder gar nicht mehr unterrichten. Da verliert man eventuell etwas die Bodenhaftung. Das war also für uns keine Option.

*Wer hat sich positiv und wer kritisch zu eurer gemeinsamen Bewerbung geäußert?*

**Jennerjahn/Rublack:** Besonders positiv haben sich Kolleginnen geäußert, aber auch Kollegen. Da gibt es eine Menge Erwartungen. Von der Schulleitung oder der Schulaufsicht kamen freundliche, aber auch kritische Nachfragen. Das soll nicht heißen, dass sie unserem Vorhaben nicht offen und unterstützend gegenüberstehen, sondern vielmehr, dass sie stellenwirtschaftliche und organisatorische Probleme sehen, für die es derzeit in Berlin keine Lösung zu geben scheint.

## NORDRHEIN-WESTFALEN

Ab dem Schuljahr 2018/19 wurde in NRW der Schulversuch TopSharing mit einem gemeinsamen Stellenanteil von bis zu 120 Prozent gestartet. Leitungsstellen stehen für alle offen, auch für Teilzeitlehrkräfte. Vorteile für das Schulleitungsamt werden vor allem in der doppelten Kompetenz, der Bereicherung durch Spezialisierungen und unterschiedliche Fächer sowie in der ständigen Präsenz einer Schulleitung gesehen. 2022/23 endet der Schulversuch und wird durch die Qualitäts- und Unterstützungs-Agentur Landesinstitut Schule (QUA-LiS NRW) evaluiert.

*Arbeitet ihr in Teilzeit? Und falls ja warum?*

**Jennerjahn/Rublack:** Wir arbeiten beide in Teilzeit. Der Grund ist bei uns beiden derselbe: So können wir sowohl unserem Beruf, unseren Familien und uns selbst einigermaßen gerecht werden.

*Welches Grundverständnis von Leitung habt ihr?*

**Jennerjahn/Rublack:** An erster Stelle steht der Teamgedanke. Wir verstehen uns als Teil des Teams Schule, welches sich durch flache Hierarchien, demokratische Entscheidungsfindung und Teilhabe aller innerhalb der Schulgemeinschaft auszeichnet. Dazu bedarf es Strukturen, sehr vieler Kommunikation, eines respektvollen Umgangs sowie einer wertschätzenden Grundhaltung.

*Glaubt ihr, dass Leitung als Tandem Auswirkungen auf die Schulentwicklung und auch auf die Beziehungen zu den an Schule Beschäftigten, den Schüler\*innen und Eltern haben wird?*

**Jennerjahn/Rublack:** Das hoffen wir. Grundsätzlich können alle doch nur davon profitieren, dass es zwei gleichberechtigte Schulleiterinnen gibt. Noch besser ist es, wenn beide zu einem großen Teil unterrichten oder Klassenleiterinnen sind. Wir haben unterschiedliche schulische Schwerpunkte und sind dadurch mit verschiedenen Kolleg\*innen, Schüler\*innen und Eltern bekannt. Dadurch ergibt sich eine bessere Ansprechbarkeit. Gleichzeitig haben wir jeweils einen anderen Blick auf bestimmte Situationen, was bei Problemlösungen durchaus fruchtbar sein kann.

*Wie stellt ihr euch praktisch die Aufgabenverteilung als Schulleiter\*in im Tandem vor, zum Beispiel Leitung der Gesamtkonferenz, Eltern- und Mitarbeiter\*innensprache führen, Teilnahme an Schulleitungssitzungen?*

**Jennerjahn/Rublack:** Zuerst müssten wir uns überlegen, wem was liegt und wo die persönlichen Interessen liegen. So können wir uns die Arbeit dann einteilen. Halten wir es für sinnvoll, gemeinsam ein Elterngespräch zu führen, dann machen wir das. An der Schulleitungssitzung kann auch nur eine von uns teilnehmen und wir tauschen uns anschließend darüber aus.

*Schule als Tandem leiten, meint herkömmlicherweise das Tandem aus Konrektor\*in und Schulleiter\*in. Inwiefern unterscheidet sich eure Vision des Tandems davon?*



Tanja Rublack und Sabine Jennerjahn

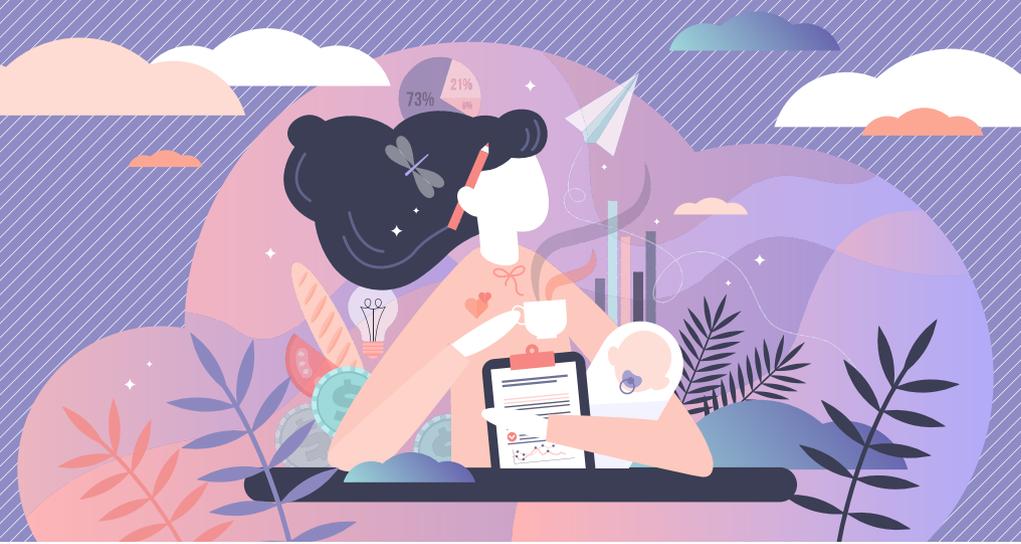
**»Wir verstehen uns als Teil des Teams Schule, welches sich durch flache Hierarchien, demokratische Entscheidungsfindung und Teilhabe aller innerhalb der Schulgemeinschaft auszeichnet.«**

**Jennerjahn/Rublack:** In unserer Vision gibt es mehr Schultern, die die Verantwortung tragen, und alle damit verbundenen Vorteile. Natürlich ist der\*die Konrektor\*in auch ein Teil des Teams. Wenn man Entscheidungen treffen oder Vorhaben umsetzen muss, ist es immer von Vorteil, sich auszutauschen. Wir stellen uns das zu dritt fruchtbarer vor. Manchmal kann es um Schulleitungen sehr einsam werden. Das wollen wir für uns nicht. Wir glauben, dass unser Modell dazu beitragen kann.

*Welche Unterstützung wünscht ihr euch von der Senatsbildungsverwaltung und der neuen Senatorin?*

**Jennerjahn/Rublack:** Wir wünschen uns, dass unsere Bewerbung berücksichtigt werden kann, indem die Senatsbildungsverwaltung die entsprechenden Strukturen schafft. Es gibt hier eine strukturelle Benachteiligung von Frauen mit jüngeren Kindern. Da werden eine Menge Potenziale verschenkt. ■

*Friederike Peiser und Elke Gabriel, Stellvertreterin und Gesamtfrauenvertreterin der Berliner Schulen*



# Zeit zu leben – Zeit zu arbeiten

Die GEW BERLIN lädt zu einem Fachtag über Arbeitszeit, Sorgearbeit und Zeitsouveränität am 11. Mai ein

von Martina Regulin und Tine Maier

**B**is 1976 war Frauen in der Bundesrepublik eine Erwerbstätigkeit nur gestattet, »soweit dies mit ihren Pflichten in Ehe und Familie vereinbar« war. Aus heutiger Sicht fast unvorstellbar. Dass der Ehemann von Außenministerin Annalena Baerbock seine Lohnarbeit aufgegeben hat, um sich primär um die Kinder und den Haushalt zu kümmern, ist allerdings auch am Ende des Jahres 2021 noch eine Schlagzeile wert gewesen.

Trotz formaler Gleichberechtigung werden nach wie vor viele Berufe eher Männern oder eher Frauen zugeschrieben – mit signifikanten Gehaltsunterschieden. Es gibt eine deutliche Benachteiligung von Frauen in wichtigen gesellschaftlichen Bereichen. Weitet man den Blickwinkel in Richtung von Mehrfachdiskriminierung, wird außerdem die Verschränkung mit anderen Ausgrenzungsmerkmalen deutlich. Doch auch bei einer Fokussierung auf die Kategorie Geschlecht zeigt sich, dass Frauen deutlich weniger verdienen als Männer, der sogenannte Gender-Pay-Gap. Und nach wie vor leisten Frauen den weit überwiegenden Teil der unbezahlten oder schlecht bezahlten gesellschaftlichen Sorgearbeit, der Gender-Care-Gap. Wie viele andere gesellschaftlichen Problemlagen wurde dieses Ungleichgewicht durch die Coronakrise verschärft. Die Vereinbarkeit von Familie

und Beruf, von ehrenamtlichem Engagement und Freizeit, von Sorgearbeit und Selbstfürsorge ist für viele Kolleg\*innen ein ständiger Balanceakt.

## Für mehr Zeitsouveränität

Deshalb ist die Suche nach neuen Modellen für Arbeits- und Lebenszeit und nach mehr Zeitsouveränität ein zentrales Thema für die GEW. Mit dem Antrag »Zeit zu leben – Zeit zu arbeiten« brachte der Bundesgewerkschaftstag der GEW 2017 eine breit angelegte gewerkschaftliche Debatte auf den Weg. Dabei geht es nicht nur um das Erstreiten kollektiver Arbeitszeitverkürzungen wie in den 1980er Jahren. Es geht um mehr Zeitsouveränität in allen Lebens- und Berufsphasen. Ziel ist eine lebenslauforientierte gewerkschaftliche Zeitpolitik mit flexiblen Modellen für unterschiedliche Bedürfnisse und Lebensphasen. Die GEW BERLIN greift diesen Diskussionsprozess auf und widmet dem Thema »Zeit zu leben – Zeit zu arbeiten« einen Fachtag.

Am Mittwoch, den 11. Mai 2022 laden wir die Personalratsmitglieder der schulischen Personalräte, die Frauenvertreterinnen und interessierte Kolleg\*innen herzlich ein, mit uns über Fragen von Arbeitszeit, Sorgearbeit und Zeitsouverä-

nität zu diskutieren. Auf dem Fachtag beschäftigen wir uns mit diesen Themen aus rechtlicher, gewerkschaftlicher und politischer Perspektive.

## Die Rechte von Beschäftigten stärken

Mit dem Landesgleichstellungsgesetz (LGG) und dem Berliner Personalvertretungsgesetz (PersVG) stehen zwei wichtige Instrumente zur Verfügung, um die Rechte von Beschäftigten in Bezug auf Arbeitszeit und Vereinbarkeit zu stärken. Impulsvorträge am Vormittag legen den Grundstein für die weiteren Diskussionen. Wir blicken zurück auf die Geschichte des LGG, dessen Einführung auch als Erfolg der Frauenbewegung gefeiert werden kann. LGG und PersVG eröffnen unterschiedliche Perspektiven auf das Thema Vereinbarkeit. Wir gehen der Frage nach, wie beide ineinandergreifen. Wir wollen darüber sprechen, wie diese beiden Gesetze in den Schulen helfen, Rechte durchzusetzen und neue Ideen umzusetzen. Und wir werfen selbstverständlich einen gewerkschaftlichen Blick darauf, wie die Vereinbarkeit von Berufstätigkeit, Sorgearbeit, Ehrenamt und Freizeit aus Sicht der GEW gewährleistet werden kann.

In mehreren Workshops gibt es die Möglichkeit, konkrete Aspekte zu vertiefen: Welche Mitbestimmungsmöglichkeiten gibt es und wie können Personalräte und Frauenvertretungen zusammenarbeiten, um Ansprüche geltend zu machen? Wie lassen sich Frauen- und Personalversammlungen nutzen, um die Interessen der Kolleg\*innen zu bündeln und zu vertreten? Wie können verschiedene Arbeitszeitmodelle in multiprofessionellen Teams zur gegenseitigen Entlastung beitragen? Welche Möglichkeiten bieten Frauenförderpläne? Diesen und vielen weiteren Fragen wollen wir mit den Teilnehmenden nachgehen. Im Anschluss an den Fachtag wird es die Möglichkeit zum Austausch und Netzwerken geben, um gemeinsam neue Ideen, Fragen und Modelle zu entwickeln. Wir freuen uns, euch am 11. Mai 2022 in der GEW BERLIN zu begrüßen. ■

Anmeldungen unter:  
[www.gew-berlin.de/veranstaltungen](http://www.gew-berlin.de/veranstaltungen)

Martina Regulin,  
Vorsitzende der GEW BERLIN  
Tine Maier, Referentin der Vorsitzenden

# Feminismus geht nur zusammen

Das Landesgleichstellungsgesetz war das Ergebnis der kombinierten Anstrengung unterschiedlicher feministischer Gruppen. Die Geschichte zeigt, dass Frauenrechte nur gemeinsam erkämpft werden können

von Carola von Braun

Im Jahr 1991 trat das Landesgleichstellungsgesetz zur Gleichstellung von Frauen und Männern im Berliner Landesdienst (LGG) in Kraft. Als ich in den 1980er Jahren die erste Berliner Senatsfrauenbeauftragte war, war die Forderung nach Einführung eines solchen Gesetzes zwar schon in der politischen Diskussion, aber seine Umsetzung noch in weiter Ferne. In der breiteren Öffentlichkeit waren noch erhebliche Vorbehalte gegen jede Art von Frauenförderung zu hören, insbesondere in männlich dominierten Entscheidungsgremien. Die Widerstände in Wirtschaft und Verwaltung waren enorm, konnten aber dank der funktionierenden Kooperation zwischen den Frauenorganisationen schließlich überwunden werden. Wie durch die gemeinsamen Anstrengungen verschiedener feministischer Gruppen solche Hürden genommen werden können, will ich in diesem Text mit Beispielen aus meiner eigenen Erfahrung veranschaulichen. Zunächst soll aber der historische Vorlauf des Kampfes um die Gleichstellung der Frauen umrissen werden.

## Historische Kämpfe

Die politische Frauenszene im Berlin der 80er Jahre, so wie ich sie erlebte, war besonders aktiv, aber auch tief zerstritten zwischen »autonomer Frauenbewegung«, die sich staatskritisch verstand, und den sogenannten bürgerlichen Frauenorganisationen, die sich auf die Förderung von Bildung und rechtliche Gleichstellungsforderungen konzentrierten. Eine Kooperation wurde von beiden Seiten verweigert.

Diese Trennlinie war in der Geschichte der gesamten deutschen Frauenbewegung seit 1848 immer wieder zu beobachten. Im Preußen des 19. Jahrhunderts waren die Lebensbedingungen der Frauen radikal unterschiedlich: Auf der einen Seite große Massen armer Arbeiterinnen und Bäuerinnen, auf der anderen wohlhabende bürgerliche Frauen. Gemeinsam war ihnen die Einschränkung ihrer Freiheiten durch die männlich dominierte Gesellschaft.

Als die Unterordnung der Frau unter den Mann im Jahre 1900 durch die Einführung des Bürgerlichen Gesetzbuches

»Erst in den 1970er Jahren beschloss die sozialliberale Koalition endlich die Abschaffung des »Gehorsamsparagraphen.«

mit dem sogenannten »Gehorsamsparagraphen« kodifiziert wurde, verstärkte das den Einigungsdruck in der Frauenbewegung. Die Frauenverbände kämpften gemeinsam dagegen an. Viele heute fast vergessene politische Vorkämpferinnen mussten deshalb unter schweren Repressionen durch die Staatsmacht leiden. Aber diese Verfolgung wurde in einer Flut von Protestversammlungen von Frauen aus allen Lagern massiv kritisiert, was auch Wirkung zeigte.

Im Jahr 1918, nach Weltkriegsjahren und schweren Entbehrungen, ging plötzlich alles ganz schnell: Abdankung des Kaisers, Ausrufung der Republik, Einsetzung eines ▶



Rats der Volksbeauftragten, die die Einführung des Frauen-Wahlrechts beschlossen, Wahlen festlegten. Am 19. Januar 1919 fand die Wahl zur Nationalversammlung statt, das parlamentarische System hatte sich durchgesetzt. Plötzlich entdeckten auch die bürgerlichen Parteien, dass sie auf die Stimmen der Wählerinnen angewiesen waren.

### Sie entschlossen sich zur Aufnahme von Frauen

Es gab aber auch nach Ende des Zweiten Weltkriegs und der Rückkehr zur Demokratie noch jede Menge Anlässe, sich einzubringen. In der verfassungsgebenden Versammlung für das neue Grundgesetz der Bundesrepublik saßen 61 Männer und vier Frauen. Unter ihnen Elisabeth Selbert. Sie fanden einen Verfassungsentwurf vor, der ausschließlich von Männern entworfen worden war und in dessen Gleichheitsartikel das Wort »Frau« nicht vorkam. Elisabeth Selbert setzte sich dafür ein, den Artikel 3 zu ergänzen um den Satz »Männer und Frauen sind gleichberechtigt«. Der Antrag wurde zunächst abgelehnt. Selbert drohte öffentlich, dass viele Frauen sich dafür einsetzen würden, dass die Verfassung diesen Zusatz erhält, und die Gefahr bestehe, dass Frauen – die die Mehrheit der Wähler\*innen stellten – die Verfassung bei der ursprünglich geplanten Volksabstimmung ablehnen könnten. Sie reiste von Versammlung zu Versammlung, waschkörbeweise trafen Protestbriefe ein. In der dann folgenden Sitzung des Hauptausschusses des Deutschen Bundestages wurde am 18. Januar 1949 einstimmig auch dieser Zusatz beschlossen. Ohne eine enge Zusammenarbeit der Frauenbewegung wäre das nicht möglich gewesen.

Aber der sogenannte »Gehorsamsparagraf« galt auch danach noch. Der § 1354 des Bürgerlichen Gesetzbuches gestand den Frauen zwar die Geschäftsfähigkeit zu und das neue Grundgesetz verlangte, dass »sämtliche Bestimmungen und Verträge im Hinblick auf den Gleichheitsgrundsatz zu überprüfen und zu verändern sind« und setzte dafür eine Übergangsfrist bis März 1953. Aber erst in den 1970er Jahren beschloss die sozialliberale Koalition endlich die Abschaffung des »Gehorsamsparagrafen«. Die DDR hatte das schon in den 1950er Jahren beschlossen.

## »Die Frauenbewegung hatte damals ein gemeinsames Ziel und hatte damit Erfolg.«

In meinem eigenen Engagement für die Gleichstellung der Frauen durfte ich selbst die Erfahrung machen, wie wirkungsvoll ein geeintes Auftreten von Frauenrechtlerinnen sein kann. In Berlin in der Mitte der 1980er Jahre stieg die Arbeitslosenzahl und viele arbeitslose Berliner\*innen brauchten ein Qualifizierungs- und Weiterbildungsangebot. Der Senat entwickelte die umfangreiche »Qualifizierungsoffensive«, die stark nachgefragt wurde. Aber unter den Fördervorschlägen gab es keine Maßnahmen direkt für Frauen. Nachdem sich zwischen vielen unterschiedlichen Frauenorganisationen ein anerkanntes überparteiliches Berliner Netzwerk entwickelt hatte, wurde dort entschieden, sich gezielt mit Anträgen zur Frauenförderung zu bewerben. Die zuständige Senatsverwaltung für Wirtschaft unter Senator Pieroth signalisierte Interesse.

### Zusammen gegen Widerstände

Ein Kreis von kompetenten Frauen aus Wirtschaft, Wissenschaft und Frauenprojekten wurde eingeladen, Ideen für gezielte Fördermaßnahmen für Frauen zu entwickeln. Innerhalb von kurzer Zeit entstand ein umfangreiches, qualifiziertes Paket von Anträgen. Das Ergebnis: Der Senat entschied sich, gezielt geeignete Maßnahmen für Frauen zu fördern, die konkreten Fördermaßnahmen wurden befürwortet. Damals ein absolutes Novum.

Aber nun musste das gesamte Förderpaket noch vom fachlich zuständigen Berliner Landesausschuss für Bildung bewilligt werden, dem traditionsreiche Vertreter\*innen der Arbeitgeber und der Gewerkschaften angehörten. Die Befragung endete in einem Fiasko: Die Unterstützung dieses wichtigen Gremiums blieb aus. Unter anderem wurde argumentiert, dass die Aufgabe der Frauen doch mehr bei Haushalt und Kinderbetreuung zu sehen sei. Zitat eines Teilnehmers: »Meine Frau fühlt sich zu Hause sehr wohl.« Es

genühten wenige Anrufe im Berliner Frauennetzwerk, die offenbar einen Proteststurm bei den damaligen Ausschussmitgliedern auslösten. Schließlich wurde zu einer zweiten Anhörung im Landesausschuss eingeladen und das Förderprogramm nun einstimmig bewilligt.

Die Frauenbewegung hatte damals ein gemeinsames Ziel und hatte damit Erfolg. Auch folgendes Beispiel zeigt, dass sich die Mühe und Ausdauer lohnen: Als ich 1984 das Amt der Frauenbeauftragten bekleidete, vertrat die vorwiegend männliche konservative Juristenmehrheit die Auffassung, dass der Staat keine Maßnahmen zum Nachteilsausgleich für Frauen vornehmen dürfe. »Das diskriminiert Männer«, habe ich damals wörtlich zu hören bekommen. Es dauerte nochmal bis 1994 – und brauchte den Einsatz vieler prominenter Juristinnen – bis endlich das Grundgesetz im Artikel 3, Absatz 2 um folgenden Satz erweitert wurde: »Der Staat fördert die tatsächliche Durchsetzung der Gleichberechtigung von Frauen und Männern und wirkt auf die Beseitigung bestehender Nachteile hin«. Erst dieser Halb-Satz öffnete die Türen für viele Maßnahmen, die davor undenkbar waren, 44 Jahre nach Verabschiedung des Grundgesetzes.

Es gibt noch etliche weitere Beispiele dafür, wie stark die Vorbehalte gegen eine gezielte Frauenförderung in Wirtschaft und Arbeitswelt waren und wie sie überwunden wurden. Sie zeigen, wieviel Erfolg auch heute eine überparteiliche und interdisziplinäre Kooperation aller Seiten haben kann, wenn es um die Durchsetzung eines gemeinsamen übergeordneten Zieles geht. ■



Unbeugsam geht es online weiter mit dem Dossier zum Frauen\*kampftag: mit einem Blick in die Zeit seit den wilden 90ern, als so manchem Gewerkschafter Frauenthemen als Neben-

widerspruch vorkamen. Momente aus der Geschichte der Frauen in der GEW BERLIN. Zwei Kolleginnen aus der Jungen GEW diskutieren wiederum die Perspektiven für aktuelle feministische Gewerkschaftspolitik.

Carola von Braun,  
Sprecherin der Überparteilichen Fraueninitiative Berlin-Stadt der Frauen e.V.



# Corona-Blog

## Corona beschäftigt die Bildungseinrichtungen in diesem Winter mehr denn je. Zeit für eine Zusammenfassung der letzten Monate

von Markus Hanisch und Joshua Schultheis

### 26. August 2021

Angesichts steigender Infektionszahlen mahnt die GEW BERLIN eine konsistente Strategie zur Bekämpfung der Pandemie in den Bildungseinrichtungen an. »Eine Reduzierung der Schutz-Maßnahmen im Schulbereich ist aktuell nicht verantwortbar. Wenn die Schulen so lange wie möglich das reguläre Angebot aufrechterhalten sollen, darf jetzt nicht an den falschen Stellen gespart werden«, erklärt der Vorsitzende der GEW BERLIN, Tom Erdmann. Zu diesem Zeitpunkt liegt die 7-Tage-Inzidenz der 10-14-Jährigen in Berlin bei 219.

### 25. November 2021

Die vierte Welle der Corona-Pandemie, Delta, zeitigt neue Höchstwerte bei den Infektionen. In Berlin liegt die 7-Tage-Inzidenz der 10-14-Jährigen in der zweiten Novemberwoche bei über 1.000. Gleichzeitig hebt die neue Ampel-Mehrheit im Bundestag die epidemische Lage mit nationaler Tragweite auf. Die GEW kritisiert diesen Schritt als falsches Signal und beklagt, dass es die Politik wieder versäumt habe, die Bildungseinrichtungen auf die nächste Corona-Welle vorzubereiten.

### 9. Dezember 2021

Einen Tag, nachdem die neue Bundesregierung unter Kanzler Olaf Scholz offiziell ins Amt gewählt wurde, treffen sich die Kultusminister der Länder, um über die epidemische Lage zu beraten. Die GEW begrüßt den Vorsatz der Kultusministerkonferenz (KMK), in den Bildungseinrichtungen so weit wie möglich auf Präsenz zu setzen und die Einrichtungen offen zu halten. Die Bundesvorsitzende Maike Finnean mahnt an: »Impfen, impfen, impfen und testen, testen, testen! Regelmäßige Tests sind in Kitas, Schulen und Hochschulen notwendig. Gleichzeitig müssen umgehend Luftfilteranlagen, eingebettet in Raum-, Lüftungs- und Hygienekonzepte, eingebaut werden.« Das ist längst nicht überall der Fall.

### 15. Dezember 2021

Impfangebote direkt an Berliner Grundschulen sorgen für Irritationen. Es fehlt an Equipment und Personal. Die Nachfrage bleibt recht gering. Manche\*r Schulleiter\*in sieht sich hingegen Verleumdungen von radikalen Impfgegnern ausgesetzt, weil die eigene Schule für die Impfkation zur Verfügung gestellt wurde.

### 3. Januar 2022

Durch die Omikron-Variante verschärft sich auch an den Schulen die pandemische Lage deutlich. Die GEW BERLIN fordert: Pädagog\*innen, Schüler\*innen und Eltern sollten bei der Entscheidung über Präsenz-, Wechsel- und Distanzunterricht mit einbezogen werden. Zweitens müsse endlich zu täglichen Tests in der Schule zurückgekehrt werden. Drittens müsse der Bedarf an FFP2-Masken an Schulen und Kitas dringend gewährleistet werden, und Kita- und Schulbeschäftigte sollten bei PCR-Tests priorisiert werden. In Anbetracht der wachsenden personellen Engpässe an den Schulen auf Grund von Quarantäne fordert die GEW BERLIN zudem ein Konzept, nach welchem die Schulen entsprechend ihrer personellen Kapazitäten die Stundentafel reduzieren können.

### 24. Januar 2022

Während noch am Vormittag beteuert wurde, am Präsenzunterricht festzuhalten, beschließt die neue Bildungssenatorin Astrid-Sabine Busse nachmittags, die Präsenzpflcht an den Schulen bis Ende Februar auszusetzen. Vorausgegangen war eine Entscheidung der Kinder- und Jugendärzte, die Kontaktverfolgung und Quarantäne für schulische Kontaktpersonen auszusetzen. Aus Sicht der GEW BERLIN ist dieses überstürzte Verfahren der traurige Höhepunkt eines desaströsen Krisenmanagements. »Die Verantwortlichen in der Senatsbildungsverwaltung und den Gesundheitsämtern stellen ohne

jeglichen Vorlauf die Schulen vor vollendete Tatsachen. Auch nach fast zwei Jahren Pandemie werden die Schulen an einem Nachmittag über Maßnahmen informiert, die ab dem nächsten Morgen umzusetzen sind. Kurzfristige Entscheidungen schaffen sehr viel Chaos und Verunsicherung auf allen Ebenen«, kritisierte Tom Erdmann.

### 31. Januar 2022

Die GEW BERLIN weist auf chaotische Zustände in den Berliner Kindertageseinrichtungen hin und fordert dringende Entlastung für die Kita-Beschäftigten. Die Berliner Kitas sind im Ausnahmezustand. Die Kolleg\*innen vor Ort können den eingeschränkten Regelbetrieb nur unter höchster Not aufrecht halten«, erklärte Martina Regulin, Vorsitzende der GEW BERLIN. Die GEW BERLIN fordern den Senat auf, dringend Maßnahmen zur Entlastung der Erzieher\*innen zu ergreifen.

### 10. Februar 2022

Die GEW BERLIN kritisiert die neue Teststrategie an Schulen. Insbesondere die Vorgabe, dass infizierte Schüler\*innen sich am Tag 5 nach einem positiven Testergebnis in der Schule freitesten sollen, hält die Bildungsgewerkschaft für problematisch. »Diese Regelung muss unverzüglich zurückgenommen werden«, forderte Tom Erdmann, Vorsitzender der GEW BERLIN. »Wenn infizierte Personen nach nur fünf Tagen Isolation ohne ein qualifiziertes Testergebnis die Schulen betreten, erhöht das die Infektionsrisiken für Pädagog\*innen, Mitschüler\*innen und ihre Familien deutlich. Das Freitesten von infizierten Personen sollte nicht im Schulkontext, sondern durch qualifiziertes Personal in einem Testzentrum erfolgen«.

Markus Hanisch und Joshua Schultheis,  
Mitglieder der bbz-Redaktion



# Kleinere Klassen für weniger Belastung

Die GEW hat den neuen Finanzsenator aufgefordert, in Verhandlungen über einen Tarifvertrag zum Gesundheitsschutz der Lehrkräfte einzutreten

von Anne Albers

Im Januar 2021 habt ihr, liebe Kolleg\*innen, in unserer Umfrage zur Arbeitsentlastung deutlich gemacht: Wir wollen kleinere Klassen! Kleinere Klassen würden uns Lehrer\*innen dringend benötigte Entlastung bringen und ganz nebenbei auch die Bildungsbedingungen der Lernenden verbessern.

Im Juni 2021 haben wir den damaligen Finanzsenator Matthias Kollatz (SPD) erstmals zu Verhandlungen aufgefordert. Weil die Antwort ausblieb, haben wir dann am

6. Oktober 2021 erstmals gestreikt. Wir haben damals nur exemplarisch die Kolleg\*innen an 28 Schulen aufgerufen, um die Streikbereitschaft zu demonstrieren ohne zusätzlich zu den Schwierigkeiten durch die Pandemie großflächig für weiteren Unterrichtsausfall zu sorgen. Eure starke Beteiligung und die vielen positiven Rückmeldung zum Tarifprojekt haben trotzdem überdeutlich gemacht: Arbeitsentlastung ist dringend notwendig! Und darum wollt ihr kleinere Klassen!

Das zahlenmäßige Verhältnis von Schüler\*innen zu Lehrkräften, eine wichtige Stellschraube für die Arbeitsbelastung, wird derzeit in Verwaltungsvorschriften geregelt. Die GEW-Personalräte äußern jährlich in ausführlichen Stellungnahmen Kritik, die hier und da kleine Verbesserungen erwirkt. Stattdessen einen handfesten, rechtssicheren Tarifvertrag abzuschließen, den die GEW BERLIN mit dem Finanzsenator für ihre Mitglieder verhandelt, wäre nicht weniger als ein Paradigmenwechsel und ein bundesweites Novum.

Seit kurz vor Weihnachten ist die neue Regierung im Amt. Drei von drei beteiligten Parteien haben in ihren Wahlprogrammen kleinere Klassen gefordert. Jetzt wollen wir Taten sehen! Am 4. Januar 2022 haben wir den neuen Finanzsenator Daniel

**»Kleinere Klassen würden uns Lehrer\*innen dringend benötigte Entlastung bringen und ganz nebenbei auch die Bildungsbedingungen der Lernenden verbessern.«**

Wesener (Grüne) angeschrieben und zu Gesprächen über einen Tarifvertrag Gesundheitsschutz aufgefordert. Bis Redaktionsschluss ist leider keine Antwort bei uns eingegangen.

Anfang März trifft sich erneut die Tarifkommission. Dort werden Vertreter\*innen aus allen Bezirken weitere Schritte beraten, um den Finanzsenator von der Notwendigkeit zu überzeugen, sich mit uns an den Verhandlungstisch zu setzen. Dass unsere Kolleg\*innen eine hohe Streikbereitschaft haben, wurde zuletzt in der Auseinandersetzung zum TV-L deutlich, als wir mit bis zu 8.000 Streikenden vor dem Brandenburger Tor standen. Einige warten schon darauf, dass auch mal ein Streiktag bei angenehmeren Temperaturen stattfindet. Wir halten euch auf dem Laufenden.



Für aktuelle Informationen und Aktionen zum Tarifprojekt schaut bitte auf unsere Website unter [www.gew-berlin.de/tvgesundheitschutz](http://www.gew-berlin.de/tvgesundheitschutz)

Anne Albers,  
Leiterin des Vorstandsbereichs Beamten-, Angestellten- und Tarifpolitik der GEW BERLIN



»Wir werden im März weitere Schritte beraten, um den Finanzsenator von der Notwendigkeit zu überzeugen, sich mit uns an den Verhandlungstisch zu setzen.«

## Wahlausschreiben

für die Wahlen in der Personengruppe »Senior\*innen« der GEW BERLIN am 8. Juni

Liebe Seniorinnen und Senioren,

entsprechend der Satzung und der »Ordnung über die Durchführung von Direktwahlen« der GEW BERLIN, Ziffer 4, hat das Leitungsteam am 7. Dezember 2021 beschlossen, dass die Wahl der Leitung der Personengruppe »Senior\*innen« in der GEW BERLIN im Rahmen einer Mitgliederversammlung stattfindet.

### »SENIOR\*INNEN«-WAHL

Mittwoch, 8. Juni 2022, 10 – 13 Uhr  
in der »Alten Pumpe«, Lützowstraße 42,  
10785 Berlin

Wahlberechtigt sind alle Ruheständler\*innen der GEW BERLIN, deren Aufnahme in die GEW spätestens zu Beginn des Monats Juni 2022 vollzogen ist. Wählbar sind alle Ruheständler\*innen, die der GEW mindestens seit dem 9. Dezember 2021 angehören. Vorausgegangene Mitgliedszeiten in anderen DGB-Gewerkschaften werden angerechnet. Es steht der Wahlmitgliederversammlung frei, zwischen der Wahl eines Leitungsteams oder der Wahl einzelner Funktionsträger\*innen zu entscheiden.

Alle wahlberechtigten Mitglieder können Kandidat\*innen benennen. Jedes wahlberechtigte Mitglied kann sich selbst vorschlagen. Die Benennung muss schriftlich erfolgen; hierzu muss die Einverständniserklärung der Vorgeschlagenen beigefügt

sein. Weitere Kandidat\*innen können auf der Wahlmitgliederversammlung durch die Anwesenden benannt werden.

Das Wähler\*innenverzeichnis kann in der Geschäftsstelle der GEW BERLIN eingesehen werden. Sollte die pandemische Lage eine Wahlmitgliederversammlung in Präsenz nicht zulassen, erfolgt eine Briefwahl. Darüber entscheidet das Leitungsteam in Abstimmung mit dem Landesvorstand der GEW Berlin. ■

Das Leitungsteam der Senior\*innen



# Der falsche Fokus

**Das Konzept der »konfrontativen Religionsbekundung« und der Plan für eine diesbezügliche Meldestelle weisen aus einer rassismuskritischen Perspektive zahlreiche Probleme auf**

*von Juliane Karakayalı und Meltem Kulaçatan*

**D**ie Forderung nach einer »Anlauf- und Dokumentationsstelle konfrontative Religionsbekundung« für Berliner Schulen des Vereins Demokratie und Vielfalt (DeVi e.V.) hat zu Beginn dieses Jahres in der Öffentlichkeit hohe Wellen geschlagen. Auslöser der Debatte war das vom Verein veröffentlichte Dokument »Broschüre«, das die Pläne für eine solche Anlauf- und Dokumentationsstelle umreißt, und das Dokument »Bestandsaufnahme«, das in der Presse inkorrekterweise häufig als »Studie« zitiert wurde. Die »Bestandsaufnahme« gibt Aussagen von acht pädagogischen Mitarbeiter\*innen und vier Schulleitungen von Neuköllner Schulen wieder, in denen Probleme mit muslimischen Schüler\*innen thematisiert werden. Damit soll der Bedarf an einer Anlaufstelle zur Meldung solcher Vorfälle begründet werden.

Der Begriff »Studie« erscheint hier indes nicht angemessen, weil das Papier wissenschaftlichen Ansprüchen nicht genügt: Die Auswahl der Interviewten wird nicht begründet, es fehlt ein Theorieteil, eine Auswertungsmethode ist nicht erkennbar; insofern bleibt unklar, wie die Autor\*innen zu ihren Schlussfolgerungen kommen.

Der folgende Beitrag problematisiert dieses Vorhaben aus einer Perspektive der kritischen Rassismusforschung sowie pädagogischer Überlegungen. Vorab sei angemerkt, dass das Vorhaben der Einrichtung einer Meldestelle vermutlich sowohl den Datenschutz als auch das Grundrecht auf freie Religionsausübung und geltendes Antidiskriminierungsrecht verletzt; diese juristischen Aspekte werden aber im Folgenden nicht adressiert.

## **Ungenauere Begrifflichkeit**

Die von DeVİ e.V. angebotene Begriffsdefinition bleibt vage: »Unter konfrontativer Religionsbekundung an Schulen verstehen wir religiöse Praxen sowie religiös konnotiertes (Alltags-)Verhalten, die in der (Schul-)Öffentlichkeit ausgelebt und

ausagiert werden, auf die Herstellung von Aufmerksamkeit zielen, provozieren wollen, erniedrigen und/oder Dominanz herstellen sollen.« Die Bestimmung, was als »Verhalten« gilt, welches mutmaßlich auf die Herstellung von Aufmerksamkeit zielt und provozierend sei, wird in dem geplanten Projekt der subjektiven Einschätzung von Lehrkräften überlassen.

Lehrkräfte sind aber nicht »neutral«, wie es die beiden DeVİ-Papiere nahelegen: In vielen Studien wurde darauf hingewiesen, dass auch Lehrkräfte rassistische Wir-Sie-Unterscheidungen vornehmen, ob intendiert oder nicht – bis hin zu schlechteren Bewertungen von Schüler\*innenarbeiten, wenn ein türkischer Name darauf steht. Das drückt sich auch darin aus, dass Lehrkräfte Konflikte mit muslimischen Schüler\*innen schnell auf deren kulturellen Hintergrund zurückführen.

**»Bereits die Verwendung des Wortes »Allah« statt »Gott« wird als problematisch empfunden. Damit gerät potenziell jede religionsbezogene Äußerung unter Generalverdacht.«**

Insofern ist es problematisch, wenn die Deutung der Lehrkräfte zum einzigen Maßstab der Bewertung wird.

Die Schwierigkeit zu bestimmen, ob eine religiöse Praxis konfrontativ ist oder nicht, muss zudem vor dem Hintergrund betrachtet werden, dass in einer säkularen beziehungsweise christlich mitgeprägten Gesellschaft erst einmal jede Religionsausübung auffällig ist, die von einem bestimmten, damit verbundenen Konsens abweicht. Das wird auch in den Interviews mit den Lehrkräften deutlich, die zum Beispiel bereits den Wunsch muslimischer Schüler\*innen, nach dem Schwimmunterricht nicht nackt duschen zu müssen, oder die Verwendung des Wortes »Allah« statt »Gott« als problematisch empfinden. Damit gerät potenziell jede religionsbezogene Äußerung unter Generalverdacht. Die gesamte Rassismusforschung, die diese Zusammenhänge sichtbar macht, wird von DeVİ allerdings als nicht relevant befunden; vielmehr wird unterstellt, mit der Thematisierung von Rassismus werde islamistische Radikalisierung relativiert. Das ist sachlich falsch.

### Selektiver Blick

Der Fokus auf eine bereits rassistisch diskriminierte Gruppe verstärkt immer auch weiter gehende Stigmatisierungsprozesse. In diesem Fall wird allein die Gruppe der muslimischen Schüler\*innen adressiert und damit an gesellschaftlich weit verbreitete Ressentiments angeknüpft. Das schürt den antimuslimischen Rassismus.

In den Interviews findet sich außerdem keine Aussage, die auf aktuelle islamistische Radikalisierung von Schüler\*innen hinweist. Von einigen Fällen wird berichtet, die mehrere Jahre zurückliegen. Vielmehr sind es Homo- oder Transphobie, Rassismus, Antisemitismus oder dominantes männliches Verhalten, Mobbing und religiöser Konformitätsdruck, die beobachtet werden. All das darf an der Schule selbstverständlich nicht geduldet, sondern muss pädagogisch bearbeitet werden. Die entsprechenden Maßnahmen existieren längst, nur fehlen finanzielle und personelle Mittel. Das sagen auch die von DeVİ interviewten Personen, die sich mehr und besser ausgebildetes Personal und einen guten Islamunterricht wünschen. Den Wunsch nach einer Meldestelle hingegen äußert niemand der Befragten.

Was passiert, wenn Kinder und Jugend-

---

**»Allein die Gruppe der muslimischen Schüler\*innen wird adressiert und damit an gesellschaftlich weit verbreitete Ressentiments angeknüpft. Das schürt den antimuslimischen Rassismus.«**

---

liche durch eine solche Meldestelle erfasst werden? Welche Auswirkungen hat das bei ihrer Suche nach einem Praktikumsplatz oder einer Arbeitsstelle? Welche Auswirkungen hat das auf die Erziehungsberechtigten mit Blick auf ihr Vertrauensverhältnis zum Regelsystem und dessen Akteur\*innen in Schule, Justiz, Behörden et cetera? Was passiert mit den Daten, wenn diese von Lehrkräften untereinander für die Meldestelle »geteilt« werden?

### Religion als Ressource

Religion als mögliche beziehungsweise bestehende Ressource für die lebensweltliche Orientierung junger Menschen kommt hier nicht vor und wird stets mit der pauschalen Feststellung einer sich stetig säkularisierenden Gesellschaft oder einer sich areligiös orientierenden Gesellschaft skeptisch bis kritisch abgelehnt. Dabei kann Religion als mentale, psychische und habituelle Ressource verstanden und daran kann pädagogisch angeknüpft werden. Ja, Anbieter\*innen von geschlossenen Weltbildern, die im Kontext des islamistisch orientierten Extremismus aktiv sind, arbeiten mit den gleichen Argumentationen, jedoch mit einer klaren missbräuchlichen Zielsetzung. Genau das muss unterschieden werden und braucht die Zusammenarbeit zwischen Schulleitung, Lehrkräften und entsprechenden Expert\*innen, die den Lehrkräften zur Seite stehen. Gerade in Metropolregionen und in Ballungszentren artikulieren sich aus den jeweiligen Communities heraus kompetente Akteur\*innen, die einen unmittelbaren Zugang zu den Menschen und den jeweiligen Religionsgemeinschaften besitzen. Auch sie arbeiten im Kontext von Demokratiebildung, Familienarbeit, Kinder- und Jugendarbeit sowie Sozialer Arbeit. Häufig haben sie einen Vorbildcharakter, der in der Arbeit mit den Betroffenen zum Ausdruck kommt und der Türen öffnet. Entsprechende Expert\*innen und Akteur\*innen stehen jedoch insgesamt vor der Herausforderung, dass ihre Arbeit im Rahmen von Präven-

tion, Demokratiebildung und Sozialer Arbeit kaum Beachtung findet und chronisch unterfinanziert bleibt.

In den bereits existierenden Präventionsprojekten und Präventionsstellen arbeiten erfahrene Expert\*innen, die Schulen und weiteren pädagogischen Handlungsfeldern kompetent zur Seite stehen. Sie sollten und müssten die ersten Anlaufstellen sein, um bei möglichen Konflikten zu beraten und zu begleiten. Das große bundesweite Problem mit Blick auf die strukturellen Bedingungen der Beratungsstellen ist zum einen die begrenzte Laufzeit der vorhandenen Stellen und zum anderen die fehlende dauerhafte und nachhaltige Finanzierung. So kann eine vertrauensvolle und langfristige Zusammenarbeit kaum gewährleistet werden. Ebenfalls müssen Kompetenzen und Schlüsselqualifikationen, die auf den

---

**»Religion kann als mentale, psychische und habituelle Ressource verstanden und daran kann pädagogisch angeknüpft werden.«**

---

Konzepten von »religious literacy« oder »political literacy«, also auf einer Art sachlich fundierten und gebildeten Grundbelesenheit, fußen, ein obligatorischer Bestandteil in der Lehramtsausbildung werden. Wo es diese Angebote gibt, werden sie stark wahrgenommen, da den Studierenden bewusst ist, dass sie in der Schule als heterogen zusammengesetztem Lehr-Lern-Szenario ein umfangreiches Handwerkszeug benötigen. Daran gilt es anzuknüpfen. ■

---

*Juliane Karakayali, Professorin für Soziologie an der Evangelischen Hochschule Berlin; Meltem Kulaçatan, Erziehungswissenschaftlerin an der Goethe-Universität Frankfurt am Main*



# Pippi, Jim und all die anderen Struwwelpeter

**Auf seiner Website stellt Jens Mätschke-Gabel seit sechs Jahren Kinder- und Jugendbücher vor, die sich durch ihre vorurteilsfreie Darstellung menschlicher und kultureller Vielfalt auszeichnen**

Das Interview führte Laura Pinnig

*bbz:* Jens, wie bist du auf das Thema »diskriminierungsfreie Kinderliteratur« gekommen?

**Mätschke-Gabel:** Der Ausgangsimpuls war vor elf Jahren ein Antirassismus-Training, in dem ich mich mit meiner eigenen Lesesozialisation in der DDR und der Darstellung von Schwarzen auseinandergesetzt habe. Aus den Erkenntnissen ist meine Abschlussarbeit zu Rassismus im Comic MOSAIK entstanden. Ich schaute mir aktuelle Kinder- und Jugendbücher an und war frustriert. Immer noch werden Schwarze klischeehaft und abwertend dargestellt. Der Kontinent Afrika ist meist eine exotische Kulisse für Tiere und naive, arme Menschen mit vielen Problemen. Klischees und Vorurteile sind heute noch in fast allen Büchern vorhanden, sobald Schwarze darin vorkommen. Diesem Frust wollte ich etwas entgegensetzen und suchte nach positiven, diskriminierungsfreien Büchern. Anfangs fand ich nur wenige, mittlerweile werden es mehr. Ich habe 2015 die Webseite erstellt und an verschiedenen Empfehlungslisten mitgearbeitet.

*Im Jahr 2020 wurden über 8.000 Kinder- und Jugendbücher veröffentlicht. Wie findest du da Bücher für deine Liste?*

**Mätschke-Gabel:** Die meisten Bücher finde ich über thematische Facebook-Gruppen, Hinweise von Freund\*innen oder spezialisierte Buchhandlungen wie die Dante-Connection. Die Empfehlungslisten der Fachstelle Kinderwelten sind ebenfalls eine große Inspiration. Ich empfehle nur Bücher, die ich selbst gelesen habe.

*Wie gehst du vor, wenn du ein Buch untersuchst?*

**Mätschke-Gabel:** Ich lese jedes Buch mehrmals. Meist achte ich anfangs auf den konkreten Text und die Geschichte. Beim zweiten Durchgehen stehen dann die Bilder im Vordergrund. Grundsätzlich frage ich mich, welche Personen und Gruppen werden benannt, wie voneinander abgegrenzt und mit welchen Eigenschaften präsentiert. Ich habe Kriterien erstellt, die auch auf meiner Webseite zu finden sind. Meist kann ich dann einschätzen, ob ich ein Buch vorstellen oder

nicht. Es gibt aber auch Bücher, wo ich mir unsicher bin. Da helfen mir Gespräche mit Freund\*innen, die einen diskriminierungssensiblen Blick haben.

*Musst du manchmal abwägen: Dieses Buch ist zum Beispiel vorurteilsfrei in Bezug Hautfarbe und Herkunft, aber transportiert – vielleicht auch nur subtil – tradierte Rollenbilder von Elternschaft?*

**Mätschke-Gabel:** Ja, das ist manchmal schwer. Beispielsweise gibt es tolle Sticker-Alben mit vielen Akteur\*innen of Color. Gleichzeitig entsprechen alle Frauen einem vermeintlichen Schönheitsideal und diese sollen mit Schmuck und teurer Kleidung beklebt werden. Solch sexistische, vor allem Mädchen unter Druck setzende Bücher nehme ich nicht auf. In Bezug auf Familienbilder ist dies noch einmal schwieriger. Das Problem ist ja nicht die Hetero-Darstellung mit Mutter, Vater und Kind, sondern die Unterrepräsentation von weiteren Familien- und Rollenbildern. Gute Bücher, die all diese Ebenen berücksichtigen, sind selten.

**»Auch moderne Klassiker wie Asterix, Die drei Fragezeichen oder TKKG enthalten rassifizierende Elemente.«**

*Warum sind Bücher deiner Meinung nach wichtig, wenn es um Demokratiebildung geht? Manche würden sagen: »Das ist doch nur ein Buch!«*

**Mätschke-Gabel:** Ich glaube auch, dass nicht ein einzelnes Buch junge Menschen so stark beeinflusst, dass sie abwertende Darstellungen von bestimmten Menschengruppen aufnehmen. Es ist die Summe der Bücher, verbunden mit Filmen, Serien, Werbung, Geschichten der nahen Bezugspersonen, Kinderlieder und so weiter durch die Kinder Rassismus, Sexismus oder andere diskriminierende Weltansichten erlernen. Als verantwortungsvolle Bezugspersonen vor allem in Bildungseinrichtungen können wir mithilfe von guten Kinderbüchern schon kleinen Kindern diverse Sichtweisen auf Menschen und Beziehungen aufzeigen. Die Wahrscheinlichkeit ist aber groß, dass junge Menschen an die Klassiker gelangen. Dann hilft ein Gespräch über die Inhalte und Bilder. Von Verboten halte ich nichts.

---

**»Der Kontinent Afrika ist meist eine exotische Kulisse für Tiere und naive, arme Menschen mit vielen Problemen.«**

---

Bestimmte Kinder- und Jugendbücher gelten als »Bildungskanon«, sind aber durchaus umstritten. »Pippi Langstrumpf« wird in diesem Zusammenhang oft genannt. Gibt es Klassiker, von denen du sagen würdest, dass man sie heutzutage Kindern nicht vorlesen beziehungsweise zum Lesen geben sollte?

**Mätschke-Gabel:** Leider muss ich sagen, dass mir kein Klassiker einfällt, in dem Menschen of Color vorkommen und diese würdevoll, klischeefrei dargestellt sind. Beispielsweise sind Pippi Langstrumpf, Jim Knopf, Robinson Crusoe, Dr. Dolittle oder Mary Poppins sehr kritisch zu sehen. Auch moderne Klassiker wie Asterix, Die drei Fragezeichen oder TTKG enthalten rassifizierende Elemente. Dabei geht es nicht um einzelne Wörter, sondern um eine grundsätzlich kritikwürdige Darstellung von bestimmten Gruppen und Handlungen.

Ich habe oft beobachtet, dass Menschen bei einer Kritik an den Klassikern emotional und vorwurfsvoll reagieren. Ich glaube, diese Reaktion passiert, weil man eigene schöne Leseerfahrungen nicht schlecht gemacht bekommen oder nicht als »schlechter Mensch« dastehen will. Diese Impulse verstehe ich, allerdings erlauben sie keinen inhaltlichen Blick auf die Bücher. Ich hoffe, dass die Gleichzeitigkeit erkannt werden kann: Das Lesen von Robinson Crusoe war für mich sehr interessant und spannend und gleichzeitig habe ich abwertende Bilder von Schwarzen erlernt. Für letzteres bin ich heute sensibilisiert und arbeite daran, diese unschuldig aufgenommenen Bilder aufzuweichen und möglichst frei und selbstkritisch in Begegnungen mit Schwarzen zu gehen.

Was hältst du von dem Ansatz, Bücher mit Kindern zu lesen, um zu verdeutlichen, dass wir gesellschaftlich bestimmte Themen schon weitestgehend überwunden haben, zum Beispiel gewalttätige Erziehung, wie sie in »Struwwelpeter« dargestellt ist?



Jens Mätschke-Gabel ist Diplom-Informatiker und staatlich anerkannter Sozialarbeiter. Er leitet in Berlin ein Bündnis, in dem unter anderem der DGB ein Hauptakteur ist, und berät soziale Organisationen und Individuen bei Reflexions- und Entwicklungsprozessen. Zum Thema »Diskriminierungssensible Arbeit mit Kinderbüchern« hat er an der Alice-Salomon-Hochschule Berlin gelehrt.

---

**»Mithilfe von guten Kinderbüchern können wir schon kleinen Kindern diverse Sichtweisen auf Menschen und Beziehungen aufzeigen.«**

---

**Mätschke-Gabel:** Ich bin mir unsicher, ob es Bücher für ein derartiges Gespräch braucht. Um beispielsweise über Geschlechterklischees und Sexismus zu reden, brauche ich keine Kinderbücher, in denen Frauen herabwürdigend dargestellt sind. Da würde ich mir eher Beispiele aus dem Alltag des Kindes wie zum Beispiel sexistische Werbung aussuchen und besprechen. Und der Struwwelpeter – mit abgeschnittenen Daumen und platzenden Kindern – hat mich persönlich ziemlich geprägt und Ängste erzeugt. Rückblickend wünschte ich mir, dass ich diese Geschichten nicht gelesen hätte.

Welche Bücher sind deine Top-Empfehlung und warum?

**Mätschke-Gabel:** Als erster Lesestoff gefallen mir die Bilderbücher von Constanze von Kitzing. Sie zeigen diverse Kinder liebevoll in ihren Unterschieden und Gemeinsamkeiten. Meine Tochter liebt das diverse Wimmelbuch von Ulrike Haas und Nicola Boyne, welches durch eine Crowdfunding Kampagne entstehen konnte. Mit sehr viel Wärme und intersektionalem Blick hat Jessica Love zwei

Bücher über Julian erstellt. Die Reihe »Little People, big dreams« ist großartig für Erstleser\*innen. Viele unter anderem Schwarze Persönlichkeiten werden vorgestellt. In Bezug auf Jugendliche war ich sehr beeindruckt von Angie Thomas »The Hate U Give« oder der Comicreihe »Aya« von Marguerite Aboutet und Clément Oubriere.

Das Attribut »of Color« bezieht sich nicht in erster Linie auf Hautfarbe, sondern damit werden Menschen bezeichnet, die geteilte Rassismuserfahrungen gemacht haben.

Auf [www.MeineKinderbücher.de](http://www.MeineKinderbücher.de) finden sich über 250 Buchempfehlungen. Daneben werden Kriterien zur Einschätzung von Büchern und viele weitere Informationsquellen oder Empfehlungslisten vorgestellt.



---

Laura Pinnig,  
Grundschullehrerin und Personalrätin



**Test-to-stay Verfahren  
in Berliner Kitas startet**

**Als Beschäftigte fühlen wir uns  
im Stich gelassen. Gesundheitsschutz  
sieht anders aus.**

Lavinia Neumann, Erzieherin im Eigenbetrieb NordOst

*Ramona Pietsch: »Mir fällt dazu auch nix mehr ein ... jetzt mit den Lollitests ist genau so ein Hohn. Ich höre an allen Ecken, sei es in meinem privaten wie auch beruflichen Umfeld, das die nix bringen. Nachweislich positive Kinder, sind alle mit den Lollitests negativ. Abstrich mit dem Nasentest zeigt klar positiv. Wir als Team fühlen uns nur noch veräppelt und alleine gelassen liebe GEW Berlin.«*

*Sahra El Sherbiny: »Die Trefferquote bei den lollitests liegt bei 39 %, dass sagt doch schon alles. Ich freu mich jeden Tag auf die Arbeit 🤗.«*

*Jan Harms: »Liebe GEW, ganz richtig. Der letzte Schutz den die Kitas jetzt haben: kleine Gruppen und infolge dessen kürzere Öffnungszeiten, treibt einen Keil zwischen Kitas und Elternschaft. Das hat der Senat nun leider verbockt. Verantwortung Mal ganz schnell abgeschoben. Danke für's alleine lassen. Ach ja und eine tolle Unterstützung für Arbeitgeber. Die Eltern werden's jetzt wohl nicht mehr einfach haben und ihre Kinder aus der durchseuchten Gruppe rausnehmen können. Und zuletzt: der Schutz und die Gesundheit von uns Erziehern ist Mal wieder vollkommen egal.«*

In unserem Facebook-Post vom 7. Februar haben wir das Corona-Management in den Berliner Kitas kritisiert.

**»Diskriminierungssensible Pädagogik«  
bbz Januar/Februar 2022**

**M**an muss der *bbz* danken für diesen thematischen Schwerpunkt. Alle, die im Berliner Schulwesen arbeiten – oder wie ich gearbeitet haben – kennen das Gewicht von Diskriminierung in der pädagogischen Praxis auf allen Ebenen. Aber neben einer »...diskriminierungskritischen Professionalisierung und Qualifizierung von Führungskräften und Pädagog\*innen...«, wie sie neben vielen anderen wichtigen Forderungen der lesenswerten Artikel »Vernetzt gegen Diskriminierung« benennt, fehlt ein wichtiger Gesichtspunkt: wir arbeiten in einer Schulstruktur, die mit ihrer frühen Auslese für das gegliederte System systemisch diskriminierend ist. Dazu gibt es schließlich nationale und internationale empirische Studien in Fülle. [...] Ich hätte mir gewünscht, dass das Thema Schulsystem in diesem inhaltlichen Schwerpunkt der *bbz* einen angemessenen Platz bekommen hätte.

Thomas Isensee

terricht«) sogenannter Kritik des Kolonialismus von ... – ja, von was eigentlich? Leider stimmt es nämlich nicht, daß der »Vitruvianische Mensch« unter diesem Titel von Leonardo da Vinci geschaffen wurde – seine Zeichnung ist unbetitelt, der Titel modern. [...] Leonardo war der Meinung, Architekturästhetik könne nicht auf die Darstellung des menschlichen Körpers übertragen werden [...]. Das Verbreiten von derart oberflächlichen »Informationen«, geradezu von Gerüchten über Kunstgeschichte – das muß doch wirklich nicht sein! Da wäre auch die Redaktion gefragt, die das hätte merken sollen. Carmen Mörsch darf doch auch ohne derart schiefgewinkelte Klischees gerne ganz ehrlich sagen, daß sie etwas anderes machen und unterrichten möchte als Proportionsstudien. Ich denke auch, daß es in der realen Schulpraxis die Pseudo-Renaissance-Schulzeichnerie, die der Autorin hier offenbar vor Augen steht, doch kaum noch gibt. Kritisiert wird also ein Popanz, auf allen Niveaus.

Susanne Deicher, Mitglied Abt. Hochschule

hat man sich als ewig Gestriger geoutet. Es bedarf noch vieler Fort- und Weiterbildungen, bis Lehrkräfte z.B. begreifen, dass Schüler, die sich weigern, ein Portrait nach vorgegebenem Proportionschema zu zeichnen, und stattdessen Shishas malen, sich damit gegen die Körperrnorm des weißen männlichen Europäers und dessen Kolonialismus zur Wehr setzen. Solche Analysen sind es, die die Schule befrieden und Shishazeichner zu erfolgreichen Schulabschlüssen führen.[...] Die Liste grandioser Ideen für eine diskriminierungsfreie Schule, wie sie dieses Heft vorstellt, könnte fortgesetzt werden. Auffällig ist, dass Diskriminierung immer nur von »biodeutscher« Seite auszugehen scheint und dass »Antisemitismus« nicht vorkommt. Vielleicht kriegt unsere »Bildungsgewerkschaft« es hin, Interviews kritischer zu führen und die Zusammenhänge zu hinterfragen, anstatt lediglich ein naiv-einfältiges Propagandaforum zu liefern. Mit Sicherheit ergäbe eine Recherche über Antisemitismus in der Schule reichlich Stoff für eine weitere Schwerpunktausgabe der *bbz*. An der Zeit wäre es auch zu untersuchen, ob es den ein oder anderen Menschen mit Migrationshintergrund gibt, der wie Igor Levit in einem RBB-Interview sagt, er habe diesem Land sehr viel zu verdanken. *Peter Lassau*

**W**ohl selten habe ich derart viele kunsthistorische Fehlinformationen in so wenigen Zeilen angetroffen, wie in Carmen Mörschs (Artikel »Kolonialität und Diskriminierungskritik im Kunstun-

**E**s ist kaum zu glauben, wie schnell man in die Rassismus-Falle tappen kann. Vom »Goldenen Schnitt« im Kunstunterricht bis zum böswilligen Gerede über angebliche Clankriminalität: Im Nu

[...]

**S**eit ich vor 35 Jahren am Institut für Interkulturelle Pädagogik der FU studiert habe, hat sich, außer bei einigen Begriffen, nicht viel geändert. Ob wir damals Mölln, Solingen oder Rostock thematisieren oder jetzt den NSU oder Hannau. Es ist einfach deprimierend zu sehen, dass dieser braune Mist immer noch nicht weg ist und wir an den Schulen mit Materialien arbeiten, die teilweise ein Bild zeigen, als lebten wir noch 1950. Immer noch erlebe ich Kolleg\*innen, die zwischen »unseren Kindern« und »denen« unterscheiden oder Sätze raushauen wie »die müssen sich uns anpassen«. [...] Ich habe allerdings die Hoffnung, dass mit dem Wechsel der Generationen mehr Kolleginnen und Kollegen in die Schule kommen, die selbst einen Migrationshintergrund haben. Der demografische Wandel wird unsere Gesellschaft diesbezüglich gehörig aufmischen. *Dr. Olaf Schäfer*

**G**ehts noch? Da versucht man in Berlin endlich etwas rigider gegen die Unterwanderung der Clans vorzugehen – die kriminellen Machenschaften in Verbindung mit Shisha Bars, Barber-Shops, Spätis, Wettbüros etc. sind vielfach belegt – und schon finden sich selbsternannte Sittenwächter, die das typischerweise als rassistisch verleumden. Die *bbz* übernimmt dann noch in dem Interview – völlig kritiklos – die einseitige Einschätzung eines Sebahat Kandemir als absolut gegeben hin. Nicht eine kritische Nachfrage – kein Verweis auf die Clankriminalität: alles nur arme Opfer staatlicher Willkür. Unmöglich! *Bernd Koim*

### Zur Verbeamtung-Diskussion

**I**ch finde in der *bbz* keinen klaren Katalog mit Forderungen der GEW zur Verbeamtung. Welche Verbeamtungsaltersgrenze strebt die GEW-Berlin an? (Bis vor einem Jahr gab es keine gesetzliche Altersgrenze in Berlin für die Verbeamtung. Sie wurde durch Änderung des Landesbeamtengesetzes eingeführt – mitten in der Diskussion über die Lehrerverbeamtung! Jetzt wird nur Ungenaues in die Welt gestellt – zusammen mit der Drohung, das Pensionseintrittsalter in Berlin zu erhöhen.) Ich denke es muss klar sein, dass die GEW als Eintrittsaltersgrenze 55 Jahre oder höher fordert, samt Sonderregelun-

gen für die Notversorgung und die Beibehaltung der »65« für die Pensionierung. Was fordert die GEW-Berlin als Ausgleichsmaßnahmen für die KollegInnen, die wegen gesundheitlicher Probleme nicht mehr auf Lebenszeit verbeamtet werden? Bitte klare Forderungen Frau und Herr Vorsitzende/r! Was fordert die GEW-Berlin als Übergangsregelung für langjährige Angestellte, die inzwischen Funktionsämter ausüben, für ihre Beamtenlaufbahn? Was fordern wir als Form von Altersteilzeitregelung zum gleitenden Ausstieg? Das ist doch dringend notwendig – insbesondere dann, wenn die Tarifparteien und leider auch die Gewerkschaften das Thema »Arbeitszeitverkürzung« einfach aussparen. Der Streit um den Lehrkräftestatus »Beamte« oder »Angestellte« ist alt – und nicht »objektiv« entscheidbar: Beamte sind »bräver«, streiken in der Regel nicht, kosten aber und kriegen eher etwas mehr Geld im Lauf des Beamtenlebens. Dies gilt besonders für die »Versorgungs-Phase«. Angestellte können selbstbewusster sein, demokratischer Agieren – das haben die Berliner Angestellten in den vergangenen Jahren bei vielen Streikaktionen gezeigt, weil das bescheuerte Beamtenrecht nicht für sie gilt – dafür erhalten sie wohl weniger Geld, vor allem eine deutlich schlechtere Versorgung als RentnerInnen. Ob für den Arbeitgeber oder Dienstherrn die Angestellten oder Beamten kostengünstiger sind – das stellt sich erst heraus, wenn aus dem politischen Prozess die wesentlichen Bedingungen entschieden sind. In der Berliner Diskussion spielt die Hoffnung darauf, im Beamtenstatus mehr ausgebildete Lehrkräfte bekommen bzw. am Wegzug nach der 2. Staatsprüfung hindern zu können, eine große Rolle. Wie weit und effektiv das geht, ist auch nicht klar. In dieser schwierigen Situation aber wie Tom Erdmann im »Standpunkt« das ganze Problem auf Individualentscheidungen und die Personalrats-Beratung zu schieben, ist affig. »Es geht hier ja (noch) nicht darum, »allen Kolleg\*innen zu ihrem Recht zu verhelfen« und »viele Fragen individuell zu beantworten«, nein, es geht vorneweg noch darum dieses Recht mitzugestalten als Gewerkschaft und die Normen mitzuformulieren im politischen Streitprozess!« Und wenn Martina Regulin auf Seite 37 der *bbz* »vorsichtig optimistisch« ist, offensichtlich darauf, dass die Regierung Frau Giffey von alleine, ohne die Forderungen einer selbstbewusst auftretenden GEW Berlin beachten zu müssen,

zur höheren Einsicht kommt die GEW-Forderungen von sich aus zu erfüllen – könnte ja noch alles gut werden. Leider haben wir vielfach erlebt, dass es so nicht funktioniert. Mit solidarischem Gruß in entnervtem Zustand *Knut Langenbach*

### Mit zwölf ist man fein raus

**M**eistens fällt mir ja erst auf, wie blöd etwas geregelt ist, wenn ich selbst betroffen bin. Jetzt zum Beispiel, nachdem das Kind 12 geworden ist. Jetzt ist es nämlich kein Kind mehr, jetzt ist es erwachsen und kann für sich selbst sorgen. Tschüss Aufsichtspflicht! Außerdem ist es strafmündig, es darf wählen gehen, den Führerschein machen, über seine Religion entscheiden, alleine zum Arzt/ zur Ärztin – Was? Nein? Doch nicht? Das geht alles erst mit 14 oder 16 oder noch später? Oh, dann muss ich das verwechselt haben, denn alleine zum Arzt/zur Ärztin, das geht auf alle Fälle mit 12. [...] Da braucht's keine Erziehungsberechtigte mehr für. Da kann Mutti und Vati einfach weiter zur Arbeit gehen, das Kind sorgt schon für sich. Auch bei 40 Grad Fieber. Mit 12 kann es das anscheinend alles selbst regeln, denn da gibt's jedenfalls kein Kinderkrankengeld mehr. Da muss ich mir dann unbezahlten Urlaub nehmen, wenn ich keine andere Betreuungsperson finde. [...] Bis 1992 lag die Altersgrenze für Kinderkrankengeld bei 8 Jahren und wurde dann auf 12 Jahre angehoben. Applaus! Im April 2018 haben sich die Mitglieder des Petitionsausschusses des Deutschen Bundestags für eine Anhebung der Altersgrenze für das Krankenpflegegeld ausgesprochen. Die Deutsche Gesellschaft für Kinder- und Jugendmedizin (DGKJ) begrüßte die Initiative: »Die Altersgrenze von 12 Jahren ist aus kinderärztlicher Sicht nicht verständlich, denn auch ältere Kinder und Jugendliche brauchen im Krankheitsfall selbstverständlich häufig häusliche Betreuung und Pflege.« Passiert ist bis jetzt: genau nichts. Schade. Wirklich schade. Naja, nicht mehr lange und das Kind ist 14. Dann darf es ein paar von den eingangs erwähnten Dingen endlich selbst entscheiden. Vielleicht ein Trost. Mitmachen hier: <https://weact.campact.de/petitions/kinderkrankengeld-auch-mit-12-1>

*Juliane Kühne*



In »#diawelle2020« greift das GRIPS Theater den weltberühmten Roman »The Wave« von Morton Rhue auf und verpflanzt in eine Berliner Gesamtschule im Jahr 2020. Dort gerät das zunächst lustig gemeinte Experiment einer Lehrerin mit ihrer Klasse aus dem Ruder. Das Theaterstück wird für die Klassen 9-12 empfohlen und läuft noch bis Ende April.

FOTO: DAVID BALTZER / BILDBUEHNE.DE

## BÜCHER

### Eine Waldgemeinschaft lernt recyceln

Das Elsternpaar Tim und Tina sind dabei, für ihren Nachwuchs ein Nest zu bauen. Die Überlegung, was denn der Nachwuchs so brauchen könnte, ruft so allerlei Bedürfnisse hervor und regt damit zu immer größer werdenden Anschaffungen an. Was mit Zweigen, Lehm und vielleicht noch Babysocken begann, kulminiert mit Kuckucksuhr, Fahrrädern und Auto in einer Gigantomanie. Der große Zusammenbruch des Elsternestes ist förmlich vorprogrammiert. Die Geschichte um die

Sorge des Nachwuchses erzählt sich mit viel Humor in Paarreimen. Den sukzessiven Nestbau des Elsternpaars auch im Bild begleitend, bersten die gereimten Zweizeiler beim Zusammenbruch des Nests genauso quer und schräg auseinander wie die gesammelten Gegenstände aus dem Nest fallen. Die anderen Waldbewohner\*innen sind zum Glück sofort zur Stelle. Und somit treten beim Aufräumen auch die aus anderen Bilderbüchern von Emily Gravett bekannten Figuren in Aktion, wie zum Beispiel der ordnungsliebende Dachs aus dem Bilderbuch »Aufgeräumt«. Viel zu viel Zeug! ist ein Bilderbuch, das mit viel Humor in Bild und Text eine Waldgemeinschaft zwischen Konsumschlacht, Wiederverwertung und der Entdeckung, was wirklich notwendig ist, zeigt.

Rezension von Farriba Schulz

### Kindgerechtes Erzählen von der Shoa

Selma feiert als Hochbetagte ihren Geburtstag. Sie hat Anton eingeladen, ihren Freund aus Kindertagen. Im Fotoalbum blättern erfahren Selmas Urenkelin Miri und Antons Urenkel Tom viel über alte Zeiten: über Kinderspiele, Spaß und Zusammenhalt, aber auch über Ausgrenzung, denn Selma ist als Jüdin immer stärker

von Antisemitismus bedroht. Doch die beiden bleiben Freund\*innen fürs Leben. Ihre Stärke und ihren Mut geben sie an die Urenkel\*innen weiter. »Selma und Anton – die Geschichte einer langen Freundschaft« ist eine behutsame Erstbegegnung mit dem Thema Judenfeindlichkeit für Kinder ab vier Jahren. Es geht darum, der Opfer des Nationalsozialismus zu gedenken, aber auch darum, für die Zukunft vorzusorgen. Der zeitliche Abstand zur Shoa wird immer größer. In diesem Buch kann die jüngste Generation etwas über die Gesellschaft im Nationalsozialismus und die Erfahrungen der Ausgrenzung und Verfolgung lernen.

ANZEIGE

## Extra Buch

VIELSEITIG UND MIT REDUZIERTEN PREISEN

z.B. Geschichte, Politik, Literatur, Sprachen, Kunst, Bilderbuch, Kinder- & Jugendliteratur, Kreativ-Techniken, Lernhilfen, Psychologie, Wissenschaften, Berlin, Kochen, Reisebuch, Foto, Garten, Natur, Musik, Theater, Film...

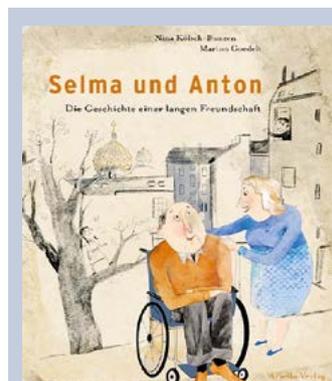
Mehringdamm 66  
10961 Berlin

(030) 789 51 797  
extrabuch@t-online.de  
www.extra-buch.de

Mo-Fr 10-20 Uhr • Sa 10-18 Uhr



→ Emily Gravett (2021): »Viel zu viel Zeug!« Sauerländer, 32 Seiten, 15 Euro, ab 4 Jahren



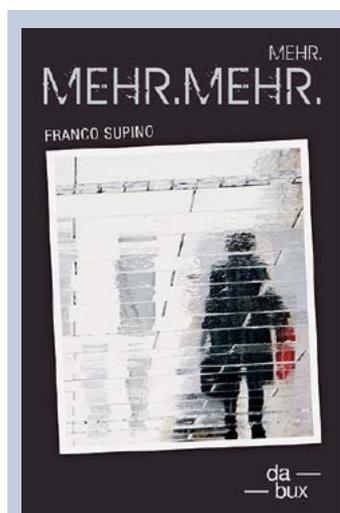
→ Nina Kölsch-Bunzen (2021): »Selma und Anton – die Geschichte einer langen Freundschaft.« Ariella Verlag, 32 Seiten, 16 Euro, ab 4 Jahren

nur informativ, sondern auch sehr hilfreich und leicht lesbar! Rezension von Detlef Träbert

➔ *Dr. med. Michael Elpers (2021): »Wenn die Kinderseele streikt. Warum immer mehr Kinder psychisch erkranken und wie wir sie schützen können.« Beltz, 278 Seiten, 20 Euro*

### LesePeter im Februar

Im Februar 2022 erhält den LesePeter das Jugendbuch »Mehr. Mehr. Mehr.« von Franco Supino. Im Tagebuchformat verarbeitet die namenlos bleibende Hauptfigur die Erfahrungen mit ihrer Bulimie. Schonungslos und direkt gewährt sie einen Einblick in ihren Alltag, der einerseits von Scham und Angst, andererseits von der Ess-



➔ *Franco Supino (2021): »Mehr. Mehr. Mehr.« Werdenberg, 52 Seiten, 11,88 Euro, ab 12 Jahren*

störung bestimmt ist. Unmittelbar erzählt der Autor von der Dynamik einer Krankheit, die oft versteckt und tabuisiert wird.

### LesePeter im März

Im März 2022 erhält den LesePeter das Sachbuch »Fiese Viecher?« von Véro Mischitz und Claudia Gotthardt. Der Kreislauf der Natur verfolgt eigene Gesetze und wird meist durch das Eingreifen des Menschen gestört. Zu allem Überfluss haben sich Vorurteile über die Nützlichkeit und Gefährlichkeit verschiedener Tiere in unseren Köpfen gebildet und beeinflussen unser Verhalten gegenüber diesen Tieren. Zum Glück gibt es jetzt dieses Buch. Es räumt auf mit Vorurteilen und Halbwahrheiten. Es regt an, über Ansichten nachzudenken und Einstellungen zu verändern.



➔ *Véro Mischitz / Claudia Gotthardt (2021): »Fiese Viecher? Warum Ratte, Wespe & Co. viel cooler sind, als du denkst!«. Franckh-Kosmos, 37 Seiten, 15 Euro, ab 6 Jahren*



➔ *Jordan Scott und Sydney Smith (2021): »Ich bin wie der Fluss«. Thienemann/Eslinger, 44 Seiten, 18 Euro, ab 5 Jahren*

### LesePeter im April

Im April 2022 erhält den LesePeter das Bilderbuch »Ich bin wie der Fluss« von Jordan Scott und Sydney Smith. Ein Junge verzagt wegen seines Stotterns in der Schule. Am Nachmittag mit dem Vater am Fluss fühlt er endlich seine Kraft und kann zu sich kommen. Kurze Texte, geprägt von rhythmischen Wiederholungen, und Bilder voller Bewegung veranschaulichen Gedanken und das Innenleben eines Heranwachsenden, der gewohnt ist, um jedes Wort zu ringen.

### Mit Slow Food gegen die Gentrifizierung

Yasmina, eine leidenschaftliche Köchin, versorgt sich und ihren Vater täglich mit Gerichten, die sie mit viel Liebe zubereitet. Mit »Gefüllte Auberginen mit Couscous, Möhren, Birne und Kürbis«



➔ *Wauter Mannaert (2021): »Yasmina und die Kartoffelkrise.« 152 Seiten, 20 Euro, ab 8 Jahren*

oder einer Bentobox ist Yasmina in der Kombination und Zubereitung erfinderisch. Dieser Erfindergeist zeigt sich auch bei der Beschaffung der Zutaten. Noch bevor Yasmina morgens in die Schule geht, holt sie diese bei den befreundeten Kleingärtnern Marco und Cyril. Als ein Großkonzern die Grundstücke von Marco und Cyrils für die Großproduktion von genmanipulierten Kartoffeln nutzt, versiegt nicht nur Yasmianas Gemüsequelle, sondern wird die Stadt auch mit Kartoffelchips überschwemmt. Diese haben zudem bedrohliche Auswirkungen auf die Menschen der Stadt. Gemeinsam mit ihren Freunden schafft es Yasmina aber als einflussreiche Super-Köchin die Stadt davon zu befreien. Zwischen Fragen zu Gentrifizierung und gesunder Ernährung wird in diesem Comic wie auch schon in dem Filmklassiker »Brust oder Keule« mit Lou-

ANZEIGE

# KUBINAUT

## Projekte schneller finden!

Jetzt bequem und schnell Angebote der Kulturellen Bildung für Ihre Klasse oder Gruppe finden! [www.kubinaut.de](http://www.kubinaut.de)

Kulturelle Bildung ist seit 2021 übergreifendes Thema des Rahmenlehrplans für Berlin und Brandenburg.

Projekte für Schulen und Kitas lassen sich nach Jahrgängen, Bezirken und Unterrichtsthemen sortieren, sodass Sie schnell das richtige Angebot finden können.

Für Lehrkräfte und pädagogisches Fachpersonal gibt es außerdem Inspiration und Weiterbildungsangebote.

Die eigene Angebotssuche lässt sich speichern, sodass Sie passende Vorschläge per E-Mail erhalten.

is de Funès die Fastfood-Industrie kritisiert und Slow Food gefeiert. Wauter Mannaert setzt Yasminas Abenteuer nicht nur in der besonderen Figurenbesetzung, der Landschaft und Raumgestaltung und den gewählten Bildausschnitten so in Szene, dass die Leser\*innen filmisch abtauchen können, sondern lädt mit einer Vielzahl an detailreichen Einzelbildern zum Entdecken ein. Im Dekodieren und Zusammensetzen der vielfältigen Informationen erweitert sich das Erzählte dann sequenzartig, sodass die Bildsymbolik gleich auf mehreren Erzählebenen wirkt. Wem beim Lesen bereits das Wasser im Mund zusammengelaufen ist, kann die Rezepte des Comics nachkochen. Im Nachwort »Kochen mit Yasmina« sind diese Schritte für Schritt als Comicstrip erklärt. *Rezension von Farriba Schulz*

## MATERIAL

### Podcast: WTF happened to Ken Jepsen?

Für seine sechsteilige Podcast-Serie »Cui bono? WTF happened to Ken Jepsen?« hat der Journalist Khesrau Behroz den Deutschen Reporter\*innen-Preis gewonnen. In dem Podcast geht es um den Weg Ken Jepsens vom innovativen und provokanten Radio-Moderator zu einem der einflussreichsten Verbreiter von Verschwörungstheorien im deutschsprachigen Raum. Der Podcast eignet sich besonders gut zum Einsatz im Oberstufen-Unterricht, da er auf zeitgenössische und für Jugendliche attraktive Art und Weise das Thema »Verschwörungstheorien« und »Fake News« behandelt und damit

zur digitalen und politischen Kompetenzbildung für Schüler\*innen beitragen kann. Unter folgendem Link befinden sich Hintergrundmaterialien zum Podcast: [www.bpb.de/lernen/projekte/337796/cui-bono-bpb-angebote](http://www.bpb.de/lernen/projekte/337796/cui-bono-bpb-angebote)

### Projekt: Wo kommt dein Essen her?

Das Projekt »Wo kommt dein Essen her?« bietet kostenfreie, didaktisch geprüfte Bildungsmaterialien für Grundschüler\*innen aus Berlin und Brandenburg, um die Wertschätzung für Lebensmittel zu steigern und die Vorzüge regionaler und biologischer Lebensmittel zu verdeutlichen. Dabei knüpft dieses Ernährungsbildungsangebot direkt an den Alltag der Kinder – das Schulmittagessen – an. Zu den Materialien zählen Videoportraits der Akteur\*innen entlang der Wertschöpfungsketten, interaktive Spiele und Mitmach-Kisten für die ganze Klasse. Dabei sind die Materialien für den Unterricht, die Projektarbeit und auch fürs Home-Schooling geeignet. Auf der Projekt-Website können Lehrkräfte jeweils zum aktuellen Ernährungsthema (Getreide, Milch, Gemüse, Obst, Kartoffel) kostenfrei eine Mitmach-Kiste für ihre Schulklasse bestellen. Die Angebote sind zu finden unter folgendem Link: <https://wo-kommt-dein-essen-her.de/fuer-lehrkraefte/>

### Abgabe: Material Englisch-Unterricht

Wer unterrichtet noch ohne Buch und hat Interesse, viel Material für spielerischen Unterricht von Kollegin wegen Pensionierung zu

übernehmen? Kontakt: [griet.fuerst@gmx.de](mailto:griet.fuerst@gmx.de)

### Abgabe: Material Biologie-Unterricht

Biologie-Unterricht Sek I und II Lehrmittel abzugeben: AB, OH-Folien, Abiturprüfungen – alles in Ordnung. H.B. Menerich, Kontakt: 030/751 65 06

### Abgabe: Bücher Grundschule

Nach dem Ende meines Schuldienstes lagern etliche Schul- und Sachbücher aus dem Grundschulbereich in meinem Regal. Zum Beispiel zu den Bereichen Kunst, Sachkunde, Forscher-AG und Montessori. Kontakt: [dieter.w.schulze@web.de](mailto:dieter.w.schulze@web.de)

## AKTIVITÄTEN

### Einladung zur Fahrrad-Sternfahrt »Stopp Air Base Ramstein«

Seit dem Jahr 2011 ist die Flugleitzentrale auf der US-Militärbasis Ramstein Dreh- und Angelpunkt für völkerrechtlich umstrittene Kampfdrohnen-Einsätze der USA gegen mutmaßliche Terroristen in Irak, Afghanistan, Jemen und Pakistan. Die Satellitendaten der Drohnen werden in Ramstein empfangen und an die steuernden Drohnenpiloten in den USA übertragen. Von den USA aus werden dann Verdächtige per Drohnenangriff getötet. Auf dem Fliegerhorst Ramstein – etwa 10 Kilometer von Kaiserslautern entfernt – befand sich auch eines der in Deutschland verbliebenen US-Atomwaffendepots. Seit 2005 sollen alle dort gelagerten takti-

schen Atombomben geräumt worden sein. Es ist nicht bekannt, ob dies tatsächlich in vollem Umfang geschehen ist. Die Initiative »Stopp Air Base Ramstein« ist seit dem Jahr 2015 aktiv. Kriege, die von Ramstein ausgehen, sollen verstärkt in die Öffentlichkeit gebracht werden. Aufklärung über die zentrale Rolle, die Ramstein in der NATO-Kriegsführung spielt, ist das Ziel. Mit vielfältigen Aktionen soll ein Klima in der Gesellschaft geschaffen werden, das ein Schließung der Militärbasis auf die politische Tagesordnung setzt. Vom 19. bis 26. Juni 2022 findet eine Aktionswoche rund um Ramstein statt. Eine Demonstration, ein Friedenscamp als Herzstück der ganzen Woche und weitere Veranstaltungen werden vorbereitet. Für den 19. Juni 2022 ist eine Fahrradsternfahrt von Kaiserslautern, Homburg, Pirmasens und Kusel nach Ramstein geplant. Die AG Friedenerziehung und Friedenspolitik der GEW Berlin unterstützt die Aktionswoche und ruft zur Teilnahme an der Fahrradsternfahrt auf. *Treffpunkt ist der Hauptbahnhof Kaiserslautern am Sonntag, den 19. Juni 2022 um 12 Uhr. Kontaktaufnahme für eine gemeinsame Bahnreise aus Berlin: [joachim.Dillinger@web.de](mailto:joachim.Dillinger@web.de). Mehr Infos unter [www.ramstein-kampagne.eu](http://www.ramstein-kampagne.eu)*

## SENIOR\*INNEN

Die Veranstaltungen der Senior\*innen sind offen für alle GEW-Mitglieder und Gäste! Eintrittsgelder müssen selbst getragen werden. Wenn du über die Angebote für GEW-Senior\*innen auf dem Laufenden sein möchtest, schicke eine Mail an [seniorinnen-team@gew-berlin.de](mailto:seniorinnen-team@gew-berlin.de) oder schau in

ANZEIGE

Die DebeKa-Gruppe

TRADITIONELL GUT ABGESICHERT

www.debeka.de

Traditioneller Partner des öffentlichen Dienstes

**Debeka**

Das **Füreinander** zählt.

**Debeka-Landesgeschäftsstelle**  
Werdauer Weg 3 a  
10829 Berlin  
Telefon (030) 7 88 06 - 0

den Veranstaltungskalender unter [www.gew-berlin.de/veranstaltungskalender](http://www.gew-berlin.de/veranstaltungskalender)  
Euer Senior\*innen-Team

**Senior\*innen/Junge Alte**

• **Sonntag, 24. April 2022 | 11 Uhr**  
**Rätsel-Löse-Spaziergang**  
»Mit Hermann Muthesius, einem Generalfeldmarschall und dem blinden Wandervogel mit dem Rosenkranz von der Spiegelwand, über die Luther-Eiche durchs Bäke-Tal zum (ehemaligen) WVHA« Rätsel-Löse-Spaziergang mit Dr. Christian Meyer durch das Zentrum von Steglitz, circa 2 Stunden; Treffpunkt: Muthesius-/Ecke Schloßstraße; Anreise: U9 Schloßstraße, Bus M48, M85, 186 Kieler Straße; Anmeldungen bitte bis zum 15. April 2022 unter: [chrme@t-online.de](mailto:chrme@t-online.de)

**Senior\*innen Lichtenberg**

• **Freitag, 4. März 2022 | 16 Uhr**  
**Lesung zu Helene Weigel**  
Den Internationalen Frauentag wollen wir gemeinsam mit den Marzahner Kolleg\*innen begehen. Wir sind zu einem musikalisch-literarischen Nachmittag über Helene Weigel mit den Kulturschaffenden Sabine Trost und Christine Wachholz eingeladen. Eine Anmeldung bei Kollegin Ute Thomas ist bis 28. Februar 2022 erforderlich. Treffpunkt: 16 Uhr Marzahner Promenade 38; linker Eingang der Volkssolidarität; Fahrverbindung: Tram 6 und 16; Bus 191, 192 und 195 bis Marzahner Promenade; Kontakt: Ute Thomas, Tel. 0174 /2543807

• **Donnerstag, 21. April | 10.30 Uhr**  
**Wanderung am Ufer des Rummelsburger Sees**  
Wenn die Sonne wieder höher steigt, ist es Zeit für eine Kiezwanderung. Auf geschichtsträchtigem Gelände gehen wir vorbei an der ehemaligen Haftanstalt sowie an den ursprünglichen Waisenhäusern, wovon noch zwei Knabenhäuser erhalten geblieben sind. Entlang des Paul-und-Paula-Ufers erreichen wir nach circa 3 km den Bahnhof Ostkreuz. Treffpunkt: 10.30 Uhr, Tram 21; Haltestelle Gustav-Holzmann-Straße; Kontakt: Christa Veit, Tel. 030/9727875

**Senior\*innen Pankow**

• **Donnerstag, 10. März 2022 | 14 Uhr**  
Eine verspätete **Frauentagfeier** bei Kaffee und Kuchen und kleinen Überraschungen, Treffpunkt: 14 Uhr in der Begegnungsstätte Friedrichshain 15/Ecke Bötzwowstrasse; Verantwortlich: Kollegin Slateff, Tel. 030/9864837

• **Dienstag, 26. April 2022**  
**Führung in der Berliner Philharmonie**  
Treffpunkt: noch nicht bekannt, Herbert-von-Karajan-Str. 1, 10785 Berlin, Eintritt: 5 Euro, verantwortlich: Kollegin Lange, Tel. 030/65484250

**Stammtisch GEW Ruheständler\*innen**

25. März und 22. April um 15 Uhr im GEW-Haus, Kontakt: Monika Rebitzki, Tel.: 030/4716174




**Von hier an geht es aufwärts!**  
Hier erwarten Sie ein intensives und individuell ausgerichtetes Psychotherapieangebot, erstklassiges Krisenmanagement, viele erlebnisintensive Erfahrungen, erfreulicher Rahmen (moderne Einzelzimmer, Genießer-Küche, wunderbare Umgebung). Wir behandeln die gängigen Indikationen wie Depressionen, Burn-Out, Ängste etc.  
**Kostenübernahme:** Private Krankenversicherungen / Beihilfe

**Info-Tel.: 07221/39 39 30**

Gunzenbachstr. 8, 76530 Baden-Baden  
[www.leisberg-klinik.de](http://www.leisberg-klinik.de)



01. MÄRZ	18.00 UHR	AG Lehrkräftebildung
01. MÄRZ	19.00 UHR	AG Schwule Lehrer
07. MÄRZ	17.30 UHR	AG Berufsverbote
09. MÄRZ	19.00 UHR	Fachgruppentreffen Kinder-, Jugend- und Sozialarbeit
15. MÄRZ	17.00 UHR	Abteilung Berufsbildende Schulen
16. MÄRZ	18.00 UHR	AG Lesben
17. MÄRZ	18.00 UHR	Kita AG
22. MÄRZ	16.30 UHR	AG Gesundheit
22. MÄRZ	17.00 UHR	AG Quereinstieg
23. MÄRZ	19.00 UHR	LGBTQIA Sozialpädagog*innen
29. MÄRZ	12.00 UHR	Vertrauensleute-Konferenz Tempelhof-Schöneberg
29. MÄRZ	19.00 UHR	AG Schwule Lehrer
04. APRIL	16.30 UHR	GEW-Betriebsgruppe HU
04. APRIL	17.30 UHR	AG Berufsverbote
05. APRIL	17.00 UHR	Abteilung Berufsbildende Schulen
13. APRIL	19.00 UHR	Fachgruppentreffen Kinder-, Jugend- und Sozialarbeit
20. APRIL	14.00 UHR	Senior*innen/Junge Alte
21. APRIL	18.00 UHR	Kita AG
27. APRIL	17.00 UHR	AG Medienbildung
27. APRIL	18.00 UHR	AG Lesben
28. APRIL	17.00 UHR	AG Quereinstieg
28. APRIL	15.30 UHR	AG Jugendliteratur und Medien

**HINWEIS**

Das GEW-Haus ist, abhängig von der aktuellen Entwicklung rund um die Corona-Pandemie, nur eingeschränkt geöffnet. Bitte informiert euch über den aktuellen Stand unter [www.gew-berlin.de](http://www.gew-berlin.de). Wenn ihr Fragen habt, meldet euch unter [info@gew-berlin.de](mailto:info@gew-berlin.de).

ANZEIGEN

**THE COMMUNICATION ACADEMY BERLIN**  
*Vielfalt als Ressource & Vielfalt als Chance*  
**Fortbildungen 2022**

- Theatermethoden für Sprech- und Stimmtraining
- Umgang mit unfairer Argumentation
- Das Puppenspiel in der pädagogischen und sozialen Arbeit
- Lampenfieber als Herausforderung

Dr. Karin Iqbal Bhatti / Frank Morawski, M. A.  
Kalkreuthstr. 10, 10777 Berlin, Tel. 030-23 63 91 77  
[www.communication-academy.org](http://www.communication-academy.org)

**Ihre Farbanzeige in der bbz**

Zum Beispiel Vierfarbdruck für nur 57 Euro zuzüglich Mehrwertsteuer. Siehe auch die neue »Preisliste Farbanzeigen«. Tel. 030 - 613 93 60 oder [info@bleifrei-berlin.de](mailto:info@bleifrei-berlin.de)

**KLAPPE AUF, GRIPS AN.**



**Das schönste Mädchen der Welt** 13+

Nach dem gleichnamigen Film von Aron Lehmann in einer Bearbeitung von Karsten Dahlem

**NEU!**

Eine moderne Liebesgeschichte voll poetischer Sprengkraft

**Uraufführung: 31. März 2022 | 18 Uhr**

Ort GRIPS Hansaplatz, nur mit Kartenreservierung  
Tickets & Infos 030 - 39 74 74 - 77 oder [www.grips-theater.de](http://www.grips-theater.de)



FOTO RÜCKSEITE: ADOBE STOCK/SUNNY STUDIO

# Immer top informiert!

Ihr wollt auf dem Laufenden sein, was  
in der GEW BERLIN passiert? Dann meldet  
euch für unseren Newsletter an.



Anmeldung dringend empfohlen!  
[www.gew-berlin.de/  
newsletteranmeldung](http://www.gew-berlin.de/newsletteranmeldung)

Die *bbz* erscheint alle zwei Monate. Um auch in der Zeit  
dazwischen über Aktivitäten, Veranstaltungen und  
Positionen der GEW BERLIN zu informieren, verschicken  
wir einmal monatlich unseren Newsletter.